

**Broschüre zu den WILDCAT-
Diskussionsversammlungen
im Mai 1987**

Wir haben im Mai in insgesamt fünf Städten zwei Versammlungsreihen gemacht: die eine zum Buch über die Kolonne Walter Alasia "Fabrikguerilla in Mailand"; die andere zum Buch über die Riots in England "Zehn Tage ...". Die Versammlungen hatten wir in den Städten im Abstand von etwa 14 Tagen angesetzt, so daß wir von zwei Polen revolutionärer Politik am Anfang der 80er Jahre ausgehend so ziemlich alle aktuellen politischen Probleme diskutieren konnten.

Bei den Versammlungen hat uns überrascht, wie ähnlich die Diskussionen in den verschiedenen Regionen sind, wie sehr sich die Probleme gleichen, vor denen wir alle gerade stehen. Die revolutionäre Linke in der BRD ist gerade in einer Phase von Diskussion und Neuorientierung. Als einen Ausdruck davon sehen wir auch, daß bei den Versammlungen über 500 Leute anwesend waren, die zum Teil mit großem Interesse sechs Stunden lang diskutiert haben. Es warten überraschend viele junge GenossInnen da, für die viele Fragen offensichtlich ganz neu waren. Dies wirft einige Probleme auf, die wir nicht unmittelbar lösen konnten: zum einen unsere eigenen Erfahrungen der letzten Jahre aufarbeiten zu wollen, zum anderen sind sehr viele Leute da, denen unsere Begriffe nichts sagen. Schwierig also, aber gerade um so wichtiger, aus diesen beiden historischen Erfahrungen nicht hoppla-di-hopp "das neue Konzept" hervorzuzaubern.

Aufarbeitung und Neuorientierung laufen aber nicht spontan, sondern wir müssen sie organisieren in einer politischen Debatte. Diese Debatte setzt voraus, daß wir unsere Erfahrungen politisch einschätzen und in einen größeren Rahmen stellen lernen. Die Versammlungen konnten hier natürlich nur ein erster Anstoß sein, ganz entscheidend ist jetzt, ob in lokalen Zusammenhängen die aufgeworfenen Fragen nun kollektiv (und praktisch!) vertieft werden.

In diesem Info ist ein erster Beitrag aus Frankfurt zur dortigen Walter-Alasia-Veranstaltung abgedruckt. Wir haben unsere Beiträge und weiteres Material zu den Versammlungen in einer Broschüre zusammengefaßt, um sie der regionalen Diskussion, die sich hoffentlich an die Veranstaltungen angeschlossen hat, zur Verfügung zu stellen. Im einzelnen ist drin:

- * Vorbemerkung zu den Versammlungen
- * Klassenzusammensetzung und Organisation (zur Walter-Alasia-Versammlung)
- * Riots und Klassenautonomie (zur England-Versammlung)
- * Nachbemerkung zu den Versammlungen
- * Das autonome Kollektiv Barona (aus: KSZ Nr. 34)
- * Vorbemerkung zum Artikel über die Hafentarbeiter
- * Hafentarbeiterkämpfe in Großbritannien
- * Die unmögliche Klasse (aus: "we want to riot...")
- * Vom Angriff zur Verteidigung zum ...? (aus: "we want to riot ...")

Die Broschüre könnt ihr durch überweisen von 5,- DM (inkl. Porto und Verpackung) bestellen: Konto-Nr. 31 502 109, Sonderkonto Zeitung, Postgiro Berlin, Stichwort: Doku. Schreibt unbedingt "Sonderkonto Zeitung" mit drauf, sonst kommt's nicht an!!

Arch W
3461

Wildcat

INFO 14

JULI 87



Das Info ausweiten, die Debatte organisieren!

Das Wildcat-Info entstand vor einem Jahr auf dem No-Work-Shop als Forum für die "interne Debatte". Es wurde seither nur an die TeilnehmerInnen dieses Workshops und Leute, die hatten kommen wollen und aus irgend welchen Gründen verhindert gewesen waren, verschickt. Diese Begrenzung war erwünscht und wohl auch nötig gewesen, um die Diskussion unter den verschiedenen GenossInnen und Gruppen überhaupt in die Gänge zu bringen. Mit dieser Debatte wollten wir die örtlichen Kleingruppendiskussionen aufbrechen. Auf dem Workshop hatte sich gezeigt, daß die Wildcat von den meisten GenossInnen nicht dafür benutzt wurde, sondern eher als Analyse-Lieferant, als politische Linie für die Theoriebildung vor Ort.

Deshalb sollte das Info nicht die x-te Kopie autonomer Info-Läden-Infos sein, sollte keine lose Flugblätter-Sammlung sein, sondern "die Debatte organisieren". Das heißt, die Beiträge sollten aufeinander bezogen sein, die Diskussion und den Erfahrungsaustausch unter handelnden Kollektiven aufbauen helfen. Dazu sollte einerseits all das gehören, was unsere alltägliche Praxis ausmacht (also schon Flugblätter, Job-Erfahrungsberichte, Berichte über Demos und Veranstaltungen usw.), zum anderen wollten wir versuchen, aus all dem mehr und mehr politische Linien einer revolutionären Debatte herauszuarbeiten.

Nach einem Jahr ist das Resumé ambivalent: zum einen hat es viele Ansätze zu einer gemeinsamen Diskussion gegeben, zum anderen haben wir den Eindruck, daß die zentralen Probleme noch nicht angepackt worden sind.

Das Verhältnis Macher/Konsumenten ist mit dem Info ein Stück weit durchbrochen worden. Die hauptsächlichsten Diskussionsstränge waren einmal die Internationalismusdebatte, die am kontinuierlichsten lief und am meisten aufeinander bezogen war, insgesamt aber ziemlich an der Oberfläche geblieben ist. Dann die Auseinandersetzung um "soziale Bewegung und Klassenkampf", zum Teil als Kritik autonomer Politik, zum Teil als Überlegungen zu Interventionen im Stadtteil/Häuserkampf. Dann kamen Beiträge zum bewaffneten Kampf, ausgelöst durch das Karlsruher Thesenpapier zu den Hausdurchsuchungen.

Die MU-Diskussion ist in den ersten Nummern vor allem zu Sklavenhändlern begonnen worden, hat dann aber stagniert. Die Job-Berichte standen oft einfach nur als akribische Beschreibung von kapitalistischer Technologie und Planung nebeneinander oder als Beschreibung einer Einzelerfahrung in einem Betrieb. Eine gemeinsame Diskussion über Klassensubjektivität und Interventionsansätze gab es bisher nicht. Auch die Ansätze, im Info grundsätzlicher über unsere Politik, unseren Bezug zur Klasse usw. zu diskutieren, blieben ohne Reaktion: mit den Negri- und Tronti-Texten konnte offensichtlich kaum jemand was anfangen, das gleiche gilt wohl für die Auseinandersetzung mit den italienischen Genossen, die wir dokumentiert haben. Aber auch auf Thesen zu "den Sozialrevolutionären" kam keine Antwort.

Außerdem ist die Zufälligkeit des BezieherInnenkreises im Verlauf des Jahres immer offensichtlicher geworden, war doch die Zusammensetzung auf dem Workshop schon stark von den damaligen Kontakten abhängig. In der Zwischenzeit haben sich Gruppen aufgelöst und neue gebildet, viele Leute, die sich an der Debatte beteiligen, bekommen das Info nicht. Von den ca. 500 Leuten, die an den Diskussionsversammlungen im Mai teilgenommen haben, kriegen die allerwenigsten das Info. Inzwischen gibt es Leute, von denen Beiträge im Info waren, und die es nicht kriegen, gibt es mehr und mehr GenossInnen und Gruppen, wo wir auch ein Interesse daran hätten, daß die sich mit den Sachen im Info auseinandersetzen.

Auf einem Treffen an Pfingsten, zu dem alle Info-BezieherInnen eingeladen waren, haben wir deshalb beschlossen:

das Info steht ab jetzt allen Genoss/innen zur Verfügung, die sich daran beteiligen möchten; es erscheint jeweils zum Monatsanfang (in den Monaten, in denen die Wildcat erscheint, wird das Info als "Beilage" der Wildcat veröffentlicht; in der nächsten Nummer der Wildcat stellen wir das Info vor.); der Bezug ist wie bisher nur über Direkt-Abo möglich; Einsendeschluß ist Ende des Vormonats, einen Redaktionsvorteil gibt es nicht.

Redaktionsschluß ist jeweils am 26. des Vormonats; bis dahin müssen Eure Beiträge (die mit SCHWARZEM Farbband in normal großer Schreibmaschinenschrift auf Din A-4 mit mindestens zwei Zentimeter Rand an jeder Kante geschrieben sein müssen !!!), bei folgender Adresse angekommen sein:

Info
Postfach 35 31
3300 Braunschweig

Leute, die das Info zum ersten Mal kriegen und es weiterhin haben möchten, müssen in den nächsten Wochen Kohle überweisen. Überweist die Kohle für diese und die nächsten zwei Nummern im Voraus, also bis einschließlich Info 16 auf folgendes Konto:

Sonderkonto Zeitung
Konto-Nr. 31 502 - 109
Postgiro Berlin-West

Schreibt auf jeden Fall dazu: "Sonderkonto Zeitung", sonst kommt es nicht an und wird zurückgeschickt (die Leute, die es schon versucht haben, sollen es mit diesem Zusatz nochmal versuchen!!)

Den Betrag errechnet Ihr so: ein Info kostet zwei Mark, Porto und Verpackung kostet 1 Mark pro Sendung

wenn Ihr also ein Info abonnieren wollt, überweist 9.-DM $\langle 3 + 2 \times (2 + 1) \rangle$,
wenn Ihr zwei wollt, überweist 13.-DM $\langle 3 + 2 \times (4 + 1) \rangle$ usw.

alles klar?

Inhalt Info 14

- | | |
|---|---|
| * Vorwort | * Kritik am Eisenbaherartikel in der Wildcat 41 |
| * Papiere zur Wildcat | * Brief von Klaus Viehmann |
| * Artikelvorschau | * Bericht der Hannoveraner Jobbergruppe |
| * Beiträge zum Pfingsttreffen | * Zur Walter-Alasia-Veranstaltung in Frankfurt |
| * Zur Debatte über "Stadtteil-Stadtteilpolitik" | * Vorstellung der Broschüre zu den Wildcat-Diskussionsversammlungen im Mai 1987 |
| * Rezension italienischer Zeitschriften | |
| * Klassenkämpfe in Südkorea | |
| * weitere Kämpfe der belgischen Bergarbeiter | |

Die Wildcat zum Ort revolutionärer Theoriebildung und kollektiver Bestimmung von Intervention machen!

Das Info wird nur ein Schuh, wenn wir gleichzeitig die Arbeit mit der Wildcat auf neue Füße stellen. Unsere Debatte stärker aufeinander zu beziehen, ist ja keine Frage des schlechten oder guten Willens, sondern die politische Frage nach einer gemeinsamen Theoriebildung und politischer Intervention, nach gemeinsamen Handlungsperspektiven.

Auf dem Workshop waren wir noch von der Existenz arbeitender Gruppen ausgegangen, die über das Info die Auseinandersetzung untereinander führen. Viele dieser Gruppen haben sich in der Zwischenzeit aufgelöst, sind an ihrer eigenen (Abschottungs-)Dynamik kaputtgegangen. In Niedergangsphasen der Bewegung entstehen immer wieder Jobber-Inis oder Betriebsgruppen in Abgrenzung von der "Scene". Diese Abgrenzung geht oft soweit, daß sie sich jeder weitergehenden politischen Diskussion verweigern und damit zum Spiegelbild der autonomen Gruppen werden. Der Großteil von ihnen geht aber später wieder in einer neuen Phase von Bewegung auf. Z.B. ist innerhalb vieler Gruppen der Widerspruch Selbstorganisation als Jobber, Soziempfänger etc. /Organisation als Revolutionär nie gelöst, oft nicht mal gesehen worden. Eine Aufarbeitung dieser Konstituierungsprozesse müssen wir dringend anpacken; wir müssen die Frage "wie organisieren wir uns" explizit zum Thema machen.

Im Moment sind wir jedenfalls mit der Tatsache konfrontiert, daß sich die Zeitungsarbeit trotz aller Bemühungen unsererseits nicht als "Zusammenarbeit von Gruppen" organisieren läßt. Die "Produktion revolutionärer Theorie" ist damit gerade in dem Moment in der Krise, wo sie am meisten gebraucht würde: es gibt seit einem Jahr ein ständig wachsendes Interesse an Aufarbeitung und Neuorientierung, Teile aus der Wildcat werden als "Schulungstexte" verwendet, obwohl sie viel zu wenig vertieft sind usw. Gleichzeitig sind "untergründige Diskussionsnetze" entstanden, die über das ganze Bundesgebiet und teilweise westeuropäisch funktionieren.

Die Arbeitshypothese der Wildcat-Redaktion ist der Versuch, die kollektive Debatte und revolutionäre Theoriebildung über die Arbeit mit der Zeitung zu organisieren und die Zeitung gleichzeitig genauer als bisher auf diese untergründigen Diskussionsprozesse zu beziehen. Wir schlagen die Arbeit an der Zeitung als Netz zwischen lokalen und regionalen Kernen vor, in dem wir arbeitsteilig und gemeinsam (das heißt weg mit dem Spezialistentum!) die Thematiken vertiefen.

Zur Geschichte der Wildcat

Die "Karlsruher Stadtzeitung" entstand im Herbst 77, als die linksradikale Bewegung in der BRD mit dem Rücken zur Wand stand. Sie war wenige Monate lang Diskussionsforum "der Bewegung". Mit dem Abdriften der Mehrheit der damaligen Bewegung (und der ursprünglichen Redaktion) in grüne Partei und Alternativunternehmertum haben wir uns stärker an unseren Erfahrungen in der Maloche und dem Kampf dagegen orientiert. Die "Stadtzeitung" hat dadurch unter anderem die Entstehung des Karlsruher "Jobber-Zentrums" angeregt und war dann zwei, drei Jahre lang das "Organ" der Karlsruher JobberInnen-Gruppen, die darin ihre Erfahrungen und Diskussionsergebnisse veröffentlichten. Nach dem Niedergang der 80/81er Bewegung stieß sie mehr und mehr auf überregionales Echo, aber alle Versuche, mit interessierten Gruppen zu einer gemeinsamen Herstellung der Zeitung zu kommen, haben nicht geklappt. Die Karlsruher Gruppe hat sich in dieser Phase zwischen zwei Ansprüchen zerrieben: einerseits dem

Versuch, von den Begrenzungen der Jobber-Organisation zur militanten Untersuchung als offeniv bestimmter Klassenpolitik überzugehen, zum anderen dem Versuch, den überregionalen Charakter der Zeitung politisch mit Substanz zu füllen. In den letzten drei Jahren wurde die Zeitung faktisch von der Mehrheit des Arbeitskreises Militante Untersuchung gemacht, der sich aus GenossInnen aus mehreren Städten zusammensetzte. Wir haben weiterhin Versuche gemacht, darüber hinausgehend zu einer Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zu kommen, die haben sich sämtlich zerschlagen. Es gibt im Moment kein Konzept mehr, wie Gruppen ihre Erfahrungen aufarbeiten und veröffentlichen. Aber wie soll dann revolutionäre Theoriebildung aussehen, wenn die Gruppen, die jahrelang Praxis machen, nicht zur Reflexion fähig sind?

Dieses Problem haben wir in den letzten beiden Jahren nicht mehr lösen können. Unsere Kritik an der Art von Theorieproduktion a la "Autonomie" haben wir nicht mehr praktisch umsetzen können - sondern nur noch negativ: im Verzicht auf die weitere theoretische Arbeit. Die "theoretischen" Artikel der letzten Nummern waren entweder Übersetzungen, oder wir haben damit von früheren eigenen Erfahrungen gezehrt. Die Zeitung wurde dadurch nicht "immer theoretischer", aber "immer abgehobener", unsere eigenen Erfahrungsberichte haben wir auch nicht mehr in die Zeitung gemacht, wodurch diese um so mehr an Lebendigkeit verloren hat.

Im Gegensatz zur Situation vor 5 Jahren etwa stehen wir heute mit unserem Ansatz nicht mehr allein da; Begriffe wie Klassenkampf, Klassenzusammensetzung tauchen überall in den autonomen Flugblättern auf. Die Wildcat läßt sich immer besser verkaufen. Wie es dazu gekommen ist, können wir nicht recht sagen. Aber wenn Begriffe aus unserer Diskussion in Flugis auftauchen, so sind sie selten Werkzeuge, mit denen die jeweiligen Gruppen praktisch was anfangen, oft nur durchgepauste Begriffsjongliererei. Gleichzeitig haben wir selber immer mehr das Gefühl, daß wir nicht mehr richtig weiterkommen, daß unsere Diskussionen lange nicht mehr so kreativ sind.

Wie weiter

Es ist ein politisches Problem, "woher die revolutionäre Theorie kommt". Die Herstellung eines Artikels wie z.B. über die Arbeit auf der AKW-Baustelle ist ein Prozeß von mehreren Monaten und erfordert einiges an Diskussionen, Vermittlung zwischen Theorie und Praxis. "Zeitungsarbeit" stellt also die Frage nach politischen Kollektiven, die diesen Prozeß immer wieder neu ermöglichen und weiter-treiben können. Diesen Prozeß nicht mehr auf eine Kleingruppe zu beschränken, sondern überregional anzupacken, stellt uns vor eine ganze Latte von Problemen neuer Art (denn so was hat es bisher nicht gegeben; überregionale Zeitungen waren entweder zentral bestimmte Parteiblätter oder lose Ansammlungen "unterdrückter Nachrichten").

Das Hauptproblem besteht in dieser Phase im Aufbau kollektiver Strukturen, die revolutionäre Praxis und Theorie wieder zueinander in Beziehung setzen können. Solche Organismen ergeben sich nicht spontan aus der Bewegung, sondern aus den Erfahrungen und der Einsicht von Militanten der verschiedenen Inis, die über die Begrenztheiten der spontanen Zusammenschlüsse und Teilbereichsinitiativen rauskommen wollen.

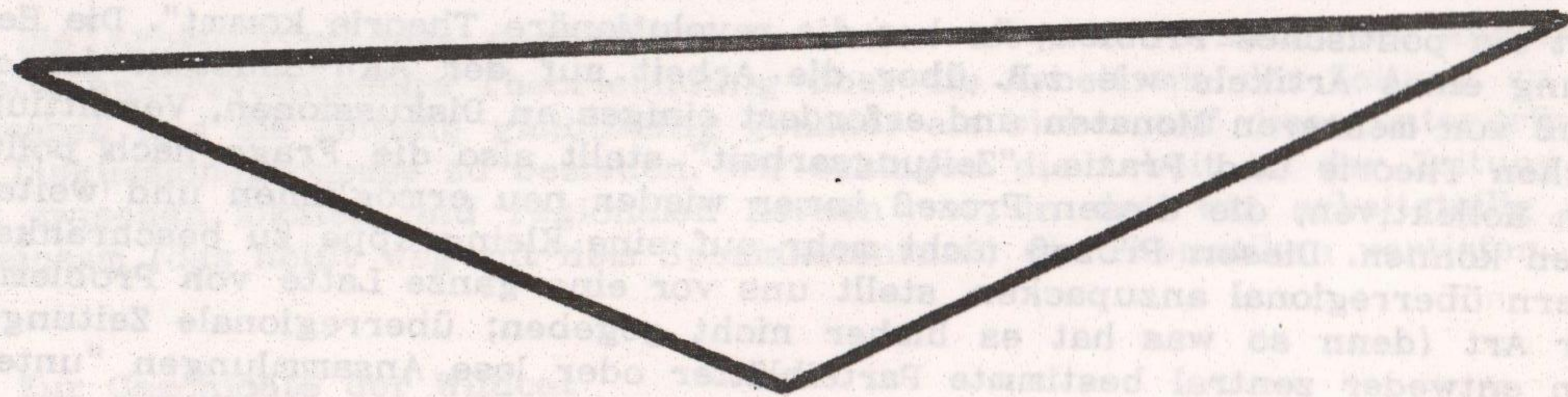
Die Arbeit an und mit der Wildcat kann dazu beitragen, diesen Schritt zu machen, Kollektive aus mehreren Städten bzw. Regionen, die vor Ort Schnittpunkte zwischen revolutionärer Praxis und Theorie sind, können die Wildcat zum Medium ihres eigenen Diskussionsprozesses machen, zum Ort kollektiver Ausarbeitung revolutionärer Theorie.

Die Zeitung kann und soll nicht unmittelbarer Ausdruck und Spiegelbild der Bewegung sein, sondern sich aktiv, eingreifend und kritisch zu ihr verhalten (das gilt sowohl für die sogenannten "sozialen" Bewegungen als auch für die

Klassenbewegungen). Das heißt einerseits, die authentischen Diskussionen und Erfahrungen dieser Bewegungen aufzunehmen, Bezugspunkt und Forum für solche Diskussionen zu werden. Das heißt andererseits, Ort revolutionärer Theoriebildung zu werden. Es ist entscheidend, ob es uns gelingt, unsere alte Kritik an der losgelösten "Theorieproduktion" à la Autonomie wieder praktisch zu wenden und die Zeitung wieder zum Zusammenhang von Praxis und Theorie zu machen. Auf der Ebene der Bewegung setzt das voraus, daß wir den Abschottungsprozeß der Kleingruppen überwinden und eine umfassende revolutionäre Debatte organisieren.

Unsere Aufmerksamkeit muß sich also auf zwei Fragen richten, wenn wir diesen Sprung nach vorn richtig anpacken wollen: welche Strukturen brauchen wir selber, um diese Arbeit machen zu können? und zweitens: wie setzen wir die Zeitung als Ort kollektiver politischer Diskussion und Theoriebildung ins richtige Verhältnis zu den Diskussions- und Organisationsprozessen in der Bewegung und in der Klasse? (also das Problem von "Verständlichkeit" und das Problem von "Forcierung").

Auf dem Pfingsttreffen haben GenossInnen aus neun Städten über diese Probleme zu diskutieren angefangen. Über die Probleme waren wir uns zunächst mal einig, aber auf einem zweitägigen Treffen konnten wir naturgemäß die Diskussion noch nicht bis zu praktischen Konsequenzen führen. Wir haben deshalb ein Folgetreffen am 29./30. August verabredet. Wenn sich bis dahin in einzelnen Städten Redaktionsgruppen gebildet haben, können wir hoffentlich dran gehen, dann das neue Konzept für die Zeitung zu diskutieren und die Analyse und Theoriebildung gemeinsam und arbeitsteilig anzupacken. Das Treffen soll gleichzeitig Endredaktion für die Nr. 42 (10-Jahre-Jubiläums-Nummer und gleichzeitig Auftakt der in der Nr. 36 angepeilten "neuen Folge") sein, deren Editorial gemeinsam diskutiert werden soll.



Die letzten zehn Nummern der Zeitung - zwischen sozialer Revolte und Klasse?

(Beitrag vom Pfingsttreffen, jetzt fürs Info etwas ausführlicher gemacht)

Ich will versuchen, unsere politischen Vorschläge zu einer revolutionären Klassenpolitik anhand der Zeitungen ab der Nummer 30 grob zu skizzieren. Es wird dabei besonders darum gehen, wie wir das Verhältnis zwischen Klasseninitiative und sozialer Revolte jeweils bestimmt haben, welche Veränderungen sich darin vollzogen haben, welche Hoffnungen wir hatten und wo wir stecken geblieben sind. Dabei beziehe ich mich hauptsächlich auf die Editorials, in denen öfters eine politische Situationsbestimmung versucht wurde, oder auf die wichtigsten Artikel.

Nach der Nr. 28, die im Herbst 82 den Schwerpunkt **Krieg** unter dem Titel "Nie wieder Friede" bringt, und der Nr. 29, die versucht, die ganze Breite der **prekären Arbeit** abzubilden - Zwangsarbeit, Lager, Drücker, Tankputzen -, bringt die Nr. 30 im **Frühling 83** unter dem bekannten Titel "Nerven wie Stahlseile" den politischen Vorschlag **Militante Untersuchung**. Mit diesem Vorschlag verbindet sich zugleich eine Neubestimmung der Zeitung: "Stadtzeitung im Umbruch". Die Zeitung wird bereits zur Hälfte außerhalb von Karlsruhe gelesen und thematisiert "strategische, theoretische, grundsätzliche und ähnliche schwierige Sache". Die Zeitung soll daher auch verstärkt in Bezug auf "überregionale Diskussionen in der revolutionären Bewegung" entwickelt werden, die Kommunikation mit den auswärtigen Lesern intensiviert werden. Mit dem Vorschlag der militanten Untersuchung ist die Kritik am Konzept der Jobberselbstorganisation verbunden, d.h. an einem Versuch, an den sozialen Verhaltensweisen der Szene anzuknüpfen. "Dies hat so nicht geklappt, weil die breite Proletarisierung dieser Schichten nicht dazu geführt hat, daß sich individuelle Verhaltensweisen zusammengefunden und verdichtet hätten zu einem Begreifen der gemeinsamen sozialen Existenz, im Gegenteil!" Es geht um einen Sprung von der Selbstorganisation zur revolutionären Klasseninitiative. Der Reichtum der sozialrevolutionären Bewegungen in den letzten Jahren bleibt eine wichtige Initiative. "Aber heute sollten wir gelernt haben, daß sich diese Sachen entweder der Mehrheit der Klasse vermitteln, oder daß sie in Drogen, Einzeltrips und Resignation untergehen." In dem Vorschlag zur MU, deren vorläufige "Hypothesen" immer noch aktuell sind, werden dann zwei Probleme angesprochen, die uns bis heute zu schaffen machen: 1. Das Fehlen von Arbeiternetzen, an die wir anknüpfen könnten, und 2. gibt es kein eindeutiges Zentrum für dieses Projekt, vergleichbar der Großfabrik in den 60er Jahren.

Militante Untersuchung ist hier also ein klarer Vorschlag gegen die sozialen Tendenzen in der Szene und zur Überwindung der in der Selbstorganisation zum tragen kommenden Szeneschränken. Das Jammern über die eigene Proletarisierung kann noch keine revolutionäre Klasseninitiative hervorbringen!

In den folgenden drei Nummern werden dann eine Reihe von Einzelerfahrungen als Ansatzpunkte des vorgeschlagenen Untersuchungsprojekts zusammengestellt: Artikel zum Jobben bei der Post, zu betrieblichen Kämpfen bei Rockwell und Kreimeyer, zu Reha-Umschülern. Die Analysen zur Rolle der Sklavenhändler sollen Hintergrundmaterial für eine im Sommer 1983 vorgeschlagene überregionale Kampagne zu Sklavenhändlern bilden. Mit dieser Kampagne hätte auch klarwerden sollen, daß militante Untersuchung immer gleich Initiative heißt, nie bloße Beobachtung. Auf dem Hamburger Workshop 1984 wird aber die Verweigerung gegenüber solchen Aufgabenstellungen endgültig deutlich. "So weit wir es beurteilen können, hat sich ein Teil der Städte zumindestens für den Moment aus der umfassenden Thematisierung der kapitalistischen Wirklichkeit zurückgezogen und auf Themen wie 'Erwerbslosen-Initiativen' und 'Sozi-Empfänger' spezialisiert." (Vorwort Nr. 33, **September 84**) Die Ansätze aus der Szene verteidigen also hartnäckig die diversen Vorstellungen von Selbstorganisation. Die Nummer 33 kritisiert mit dem Artikel zum Berliner Häuserkampf und den Thesen aus Braunschweig "Autonome und revolutionäre Politik" nochmal sehr gründlich die Grenzen der autonomen Politik, aber der Vorschlag zur Klassenpolitik wird selbst von den "sozialrevolutionären" Gruppen abgelehnt. Auch die Artikel zur 35-Stunden-Kampagne der Gewerkschaften in diesen Nummern können daher nicht verhindern, daß sich einige Gruppen aus ihrer Logik als "Erwerbslosen-Gruppen" solidarisierend auf die Gewerkschaftspolitik beziehen.

Das Projekt Militante Untersuchung bleibt also äußerst minoritär, kann sich nicht mit einer breiteren politischen Initiative verbinden und wird damit zwangsläufig zu dem, was wir später Vor-Untersuchung genannt haben. So erklärt sich auch, daß wir in der folgenden Zeit der autonomen Leserschaft immer wieder "die Klasse näherbringen" wollen und zum Teil recht ungenau wieder Hoffnungen auf eine neue soziale Revolte richten.

Deutlich wird dies zum Beispiel in der Vorbemerkung zur folgenden Nummer 34 - **Januar 85**. "Stagnation. Frust. Rückzug. Verzweiflung." Dieser Selbsteinschätzung der Bewegung in ihrer eigenen Nabelschau wird die Existenz des Klassenkampfes entgegengehalten: "Allright, die Bewegung ist im Eimer - aber das heißt noch lange nicht und keineswegs, daß der allgemeine gesellschaftliche Stillstand, Ruhe im Land, Friede in den Fabriken ausgebrochen sei. Die Malocher wehren sich weiterhin gegen die Arbeit, der Kleinkrieg auf den Ämtern geht weiter, überall gräbt der Maulwurf." Aber genau das bleibt un-

ser Problem: einer Linken immer wieder die bloße Existenz der Klasse als ständiges Kampfverhältnis nahebringen zu wollen. Die beiden Artikel zur Tertiarisierung und "Taylor II" zum Zusammenhang von neuen Spaltungslinien auf dem Arbeitsmarkt und neuen Formen der Arbeitsorganisation sind in diesem Sinne auch wichtige Beiträge zur Kritik gängiger Mystifizierungen dieses Kampfverhältnissen. Aber sie sind bezeichnenderweise am Schreibtisch entstanden. Im Vorwort können daher über den "Maulwurf" hinaus nur die Schwierigkeiten benannt werden: "Richtig ist, daß die Linke nirgends in der Lage ist, diese Prozesse überhaupt aufzuspüren, sich auf sie zu beziehen, **daraus Kraft für einen Neuanfang zu schöpfen** - oder gar, sich aktiv in sie einzumischen. Auch die Gruppen, die in den letzten Jahren angefangen haben, sich auf das sogenannte 'soziale Terrain' zu beziehen, hatten nicht die von vielen erhofften kurzfristigen Erfolge. Die soziale Verankerung hat nicht hingehauen, die Massenkämpfe sind noch immer nicht in Sicht. Gesamtgesellschaftliche Prozesse laufen nun mal nicht mit der Geschwindigkeit von 'Bewegungen' ab - und das hat ja auch sein Gutes!" Die darauf beruhende Resignation vieler Initiativen war Grundlage eines verbreiteten Bezugs auf die reformistische bzw. neoliberale Forderung nach einem **Mindesteinkommen**. Wir haben dann ziemlich viel Mühe, vor allem in der nächsten Nummer, darauf verschwendet, diese Forderung zu kritisieren - ohne damit irgendwie der Begründetheit dieser Forderung in der Resignation entgegenzutreten zu können. Der Artikel zur "Neuen Arbeit" in einer Region (Nr. 33) kapituliert vor dieser Schwierigkeit genauso: Es wird die Neuzusammensetzung durch prekäre Arbeitsbedingungen beschrieben, ohne darin noch ein lebendiges Kampfverhältnis ausmachen zu können. Dem Appell in der Nachbemerkung, in Zukunft über die passive Analyse der Umstrukturierung hinaus sich der politischen Klassenzusammensetzung zuzuwenden, können wir selbst keine praktische Wendung geben. Der Artikel zu Rombach in derselben Nummer enthält zwar Vorstellungen genau in die Richtung: "Im weiteren geht es uns darum, **Kontakte** zu anderen Betrieben herzustellen, uns mit Leuten zusammensetzen, die in ähnlichen Situationen stecken, über die Maloche und weitere Entwicklungen zu diskutieren. Wenn es sich praktisch umsetzen läßt, vielleicht eine kleine **Zeitung** machen. Gleichzeitig wollen wir damit **Anlaufpunkte** schaffen für all diejenigen, die nicht übernommen worden sind, nicht übernommen werden wollen, die jetzt (wieder) zwischen Sozi, Schwarzmaloche, Arbeitsamt und neuem Zeitvertrag rumgeschoben werden oder rumstreunen." Dies blieben aber bisher nur die **Fragestellungen**, wie unter den Bedingungen prekarierteter Arbeit und der fehlenden Zentralität einer bestimmten Ausbeutungssituation Arbeiternetze und politische Initiative verwirklicht werden können.

Die Nummer 35 im **Frühling 85** soll endgültig die letzte Nummer in der alten Weise sein und mit der nächsten Nummer ein Übergang eingeleitet werden. Wohin? Die Zeitung soll noch weiter ausgeweitet werden, daher technische Vereinfachungen wie Format usw., sie soll aber dabei auf keinen Fall eine "linke Zeitung" in journalistischer Manier werden. "Die Zeitung wird auf jeden Fall so bleiben, daß Genoss/inn/en über das schreiben, **wo sie selber drinstecken**, daß wir **Analysen** abdrucken, die uns in unserem täglichen Kampf weiterbringen - und vielleicht kann sie in Zukunft auch zu einem **Forum** werden, in dem wir wichtige Themen diskutieren". Diese und auch die folgenden Nummern werden diesem Anspruch nur ungenügend gerecht. So enthält die Nummer 35 eigentlich nur zwei eigenständige Beiträge: den zur Debatte ums Mindesteinkommen (s.o.) und eine zusammenfassenden Artikel "**Krasse Zeiten, Klasse Kämpfe**".

Dort wird zunächst die Hoffnung auf eine schnelle Verbindung von sozialer Revolte und Klasseninitiative zurückgewiesen: "Wir sahen die sozialen Bewegungen vor einem Strudel der 'Proletarisierung', in der und gegen die sie sich eine kollektive soziale Existenz würden erobern müssen. Und das hat so nicht gestimmt und stimmt auch heute so nicht. Zum einen, weil der Begriff einer 'breiten Proletarisierung' die tausenderlei Möglichkeiten unterschätzt, mit denen sich die Scene neue, individuelle Einkommensmöglichkeiten auftut ... Zum anderen, weil es einen feinen, in diesem Fall aber entscheidenden Unterschied zwischen 'Proletarisierung' und 'Marginalisierung' gibt: der Ausgrenzungsprozeß breiter Teile der sozialen Bewegungen spielte sich nicht kollektiv anhand des Widerspruchs Arbeitsverweigerung-Arbeitszwang ab, sondern individuell entlang des Widerspruchs Marginalisierung-Selbstmarginalisierung." Die Zielsetzung bleibt aber weiter, "**die Subjektivität der sozialen Bewegung mit der Sprengkraft der Klassenbewegung zusammenzubringen**, den Klassenkampf als Kampf um Befreiung zu verstehen und zu praktizieren". Nur daß wir da auch

wenig Perspektiven zu bieten haben: "Zugegeben, es ist ganz schön schwierig, sich in solchen Situationen zu bewegen und noch so viel unklar zu haben." Und der Aufruf zu einem langen Atem: "Die 'spontanen' Kämpfe der 90er Jahre vorbereiten."

Das obige Zitat markiert in seiner Mißverständlichkeit unsere eigenen Probleme, in einer Situation ohne offene Zusammenstöße zwischen Klasse und Staat an der historisch einzig revolutionären Perspektive von Klassenkampf festzuhalten. Sieht es doch so aus, als würden wir nach einem externen Moment von Subjektivität suchen, das zur Klasse hinzutreten muß, während wir grundsätzlich sagen, "die einzige materialistische Basis der Subjektivität ist die Klassenzusammensetzung". Noch stärker wird dies dann in "**die phase**" aus der Nr. 38 betont (im **Frühjahr 86**, als die soziale Revolte schon deutliche Gestalt annahm): "Im Zeitalter der dezentralisierten Fabrik, der Zerstörung und Kommerzialisierung sämtlicher Jugendkulturen, der Isolation in der Heimarbeit am Computer und in den Montagegruppen in der Fabrik ..., können wir uns die Neuzusammensetzung der Klasse mehr denn je nur im Zusammenkommen und sich gegenseitig Verstärken von sozialer Bewegung und Klassenkampf vorstellen." Das widerspricht völlig unserer früheren Polemik gegen die in der Linken verbreiteten "Zersetzungs-Horrorvisionen", denen wir ständig entgegenhielten, daß das Kapital die Klasse nur zersetzen kann indem es sie neu zusammensetzt, auf einem neuen Niveau gesellschaftlicher Kooperation.

Bleiben wir noch bei diesem Vorwort der Nr. 38, weil hier zum letztenmal eine Einschätzung der Situation und der anstehenden Aufgaben vorgelegt wird. Einen historischen Rückblick auf die verschiedenen Phasen des Zusammenkommens bzw. Auseinanderfallens von sozialer Revolte und Klassenbewegung haben wir in der Nr. 40 unternommen. Dies und die Thesen zum Häuserkampf sind eine Antwort auf die Enttäuschung der vorschnellen Hoffnungen, die wir mit dem Aufkommen der neuen Bewegung 85/86 gepflegt haben. In "**die phase**" wird diese Hoffnung so ausgedrückt: "Wir sehen gute Möglichkeiten, daß die entstehende Bewegung das packt; daß sich ein neuer Kampfzyklus zusammensetzt, der die 80/81er Bewegung weit in den Schatten stellt und Dimensionen wie 68 bis 73 annimmt." Dies wird einmal mit der größeren Breite der Bewegung gegenüber der von 80/81 begründet und zum zweiten mit verstärkten "Signalen aus den Fabriken". Bei beidem handelt es sich um recht schwache Vermutungen: weder läßt sich die These der größeren Breite so einfach nachvollziehen, noch konnten wir diese "Signale" genauer belegen: 78/79 gab es durchaus gewichtigere Signale aus den Fabriken, die die Gewerkschaften noch zu Streiks wie dem in den Häfen oder der Stahlindustrie zwangen, oder autonome Bewegungen wie die bei Michelin und eine Reihe von Besetzungen. Gut, es handelte sich auch nur um "vorläufige Überlegungen", aber wir haben es dann immer weniger geschafft, sie kontinuierlich zu überprüfen und zu korrigieren. Zu oft haben wir uns damit in eine Position hineinmanövriert, wo es uns nur noch darum ging, der Bewegung die Klasse durch vage Hinweise auf irgendwelche Entwicklungen näherzubringen. Auf der einen Seite haben wir damit die ernsthafte Untersuchung der Ansätze und Schranken der Klasseninitiative vernachlässigt, auf der anderen Seite blieb die Frage nach einer materialistischen Grundlage des Zusammenkommens oder eben der notwendigen Trennung von Bewegung und Klasse unbeantwortet.

Zurück zu den Nummer 36 bis 38 bzw. 39. Wir haben gesagt, daß diese drei Nummern "als Ganzes zu sehen" sind, da die 36 "zu theoretisch abstrakt war", die 37 zu sehr um mündliche Erfahrungen kreiste und die 38 mehr über Job-Erfahrungen und Interventionsversuche bringen sollte. Insgesamt finden sich in diesen Nummer eine ganze Menge Berichte die aus der unmittelbaren Beteiligung heraus geschrieben sind, und jeder für sich wirft auch **Fragestellungen** zu weiteren Praxis auf. Es gelang uns aber bisher nicht, daraus einen politisch genaueren **Vorschlag** zu entwickeln.

(36) **Produktionsarbeiterinnen in der Elektronikindustrie** untersucht die Situation und das Verhalten unter den Bedingungen neuer arbeitsorganisatorischer Versuche des Kapitals. **umschulen - programmieren - hacken?** kritisiert die vorschnellen Hoffnungen auf eine neue Technikersabotage, deutet aber auch Bruchpunkte in diesem Arbeitsbereich an. (37) Eine Schweizer Gruppe diskutiert in **Bucklige Schwarze Katze gegen AKW Leibstadt** die Schwächen ihres Interventionsversuches. (38) In **Kabelziehhunde und Sklavenhändler** wird - drei Jahre später - die Erfahrung aus dem KKW Philippsburg aufgearbeitet, aus der damals der Vorschlag einer Sklavenhändlerkampagne resultierte. Der erneute Vorschlag wurde zwar

auf dem Work-shop 86 diskutiert, in Köln hatte es aufgrund der Erfahrungen mit einer Initiative gegen Zwangsarbeit (Nr. 38/39) ähnliche Überlegungen zu Sklavenhändlern gegeben, aber unter den Gruppen gibt es keine Einigkeit für eine solche Kampagne. (39) Aus einem Zentrum technischer Neuzusammensetzung heraus wird die Erfahrung der Umstrukturierung bei Triumph-Adler beschrieben, wobei die Frage nach den neuen Arbeiterfiguren offen bleiben muß. Auch aus der unmittelbaren Beteiligung heraus entstehen die Artikel zu Wackersdorf und zur Geschichte des Frankfurter Häuserkampfes.

Aus diesen einzelnen Erfahrungen setzt sich aber kein neuer Vorschlag zusammen und wir sehen es jetzt als unsere Aufgabe, diese Erfahrungen in einen Zusammenhang zu den Beiträgen über Kämpfe in Westeuropa zu stellen, um genauere politische Thesen zur Situation entwickeln zu können.

Die letzten beiden Nummer sind deutlich von dieser offenen Situation gekennzeichnet: sie machen keine neuen Vorschläge, die meisten Artikel haben dicke Fragezeichen am Ende und die Nr. 41 öffnet sich stärker für Diskussionsbeiträge. Viele Leute haben das gar nicht schlecht gefunden, daß wir nicht mit großartigen Orientierungen ankommen, die auf schwachen Füßen stehen, sondern die Fragen, die wir selbst nicht beantworten können auch offen lassen. So der bezeichnende Abschluß des Arbeitsmarktartikels (40), der eigentlich die gesamte Breite der Neuzusammensetzung darstellen sollte, um daraus unsere Initiativen präziser bestimmen zu können. Stattdessen konstatiert er weithin das Fehlen von Initiative: "Aus den einzelnen Facetten der Neuzusammensetzung ergibt sich noch kein einheitliches Bild, kein politisches Projekt der neuen Kämpfe. Der proletarische Maulwurf blockiert zwar wieder die Entwicklung der Verwertung, aber mehr indem er sich weigert, die kapitalistische Entwicklung zu tragen, als daß er sich ihr aktiv entgegenstellt." Ich denke wir könnten dies heute aus einer vom internationalen Klassenverhältnis ausgehenden Sichtweise präzisieren - aber gerade dafür ist die Aufarbeitung unserer bisherigen Entwicklung (Zeitung und Militante Untersuchung) eine wichtige Voraussetzung!

Artikel- und Themenplanung für die nächsten Nummern der WILDCAT

Um in Zukunft die Arbeit an der Zeitung für mehr Leute offen zu machen und Möglichkeiten der Beteiligung auf breiterer Ebene zu schaffen, um die Zeitung als Ort einer politischen Debatte überhaupt greifbar zu machen, wollen wir in Zukunft kontinuierlich über Artikelvorhaben, wichtige erforderliche Diskussionsbeiträge usw. im Info berichten, oder auch sie in der Zeitung ankündigen.

Für die nächste Nummer (Nr. 42) haben sich aus dem Zeitungstreffen über Pfingsten bereits einige Themenschwerpunkte ergeben:

Militante Untersuchung:

a) Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen des AKMU. Dieser Arbeitskreis entstand aus dem Hamburger Jobbertreffen im Frühjahr 1984; mit welchen Fragestellungen und Projekten sind wir losgezogen; wo haben wir Sachen einfach liegenlassen; warum konnten wir unsere Ausgangsfragestellungen nicht mehr politisch zuspitzen - welche Resultate hat er aber auch erbracht, die wir jetzt nicht genügend beachten, bzw. die für eine neue Aufwertung der politischen Fragestellungen fruchtbar sein könnten. (1984 hatten wir uns zunächst die Untersuchung der ganzen Breite von Ausbeutungssituationen an 5 exemplarischen Situationen vorgenommen:

1. Die Punkte höchster organischer Zusammensetzung,
2. Situationen von Arbeitermassierungen,
3. wie funktioniert das Transportsystem,
4. die verstreute Ausbeutung vor allem für Frauen,
5. die Ausbeutung der Ausgesonderten.

Diese "ersten Linien für eine militante Untersuchung" haben wir im Grunde alle beackert - vom roboterjob über die Frauenelektronikkitsche bis zur Zwangsarbeit. Warum ist es uns immer weniger gelungen, das wieder zusammenzubringen?

b) Um diese "subjektive" Entwicklung deutlicher zu machen, müßte sie an einigen Beispielen verdeutlicht werden, wo dann auch der Zusammenhang zwischen unserer Entwicklung und der Klassenrealität deutlicher wird.

c) Aufschlüsselung von Ansatzpunkten der Brüche an den Sektoren und der Frage nach der Zentralität; welche Schlüsse können wir aus der Umgestaltung der produktiven Kooperation für neue Formen der Arbeiterkommunikation ziehen; die Organisierung innerhalb der Klasse und deren Probleme, wo gibt es da für Kampfstrukturen Anknüpfungsmöglichkeiten oder Hemmnisse?

d) Das Umfeld, in dem sich der Vorschlag Militante Untersuchung bewegt hat, waren die Jobbergruppen. Und die Überwindung der Jobber-Selbstorganisation in Richtung revolutionäre Klassenpolitik hat bisher nur in Ansätzen geklappt. Und die (wohl notwendige) Distanzierung von der Scene hat eher zu einer Selbstverstümmelung, zu einer Abstinenz von politischen Fragen geführt, als daß sie das Kleingrupplertum überwinden konnte und einen politischen Ansatz in der Klasse ermöglicht hätte. Das führt bis zu der Weigerung, über uns selber als Revolutionäre und unser Verhältnis zu den "Massen" nachzudenken.

Klassenkämpfe:

* Streiks bei Putzkolonnen; neue Bedeutung dieses Sektors nach einem Jahrzehnt der Auslagerung von produktiven "Dienstleistungen" aus den Fabriken.

* Internationalismus: Anknüpfend an die Schluß-Thesen des Brasilien/Argentinien-Artikels in der letzten Nummer ist die aktuelle politische Entwicklung in den beiden letzten entwicklungssträchtigen "Schwellenländern" - Brasilien und Südkorea - von zentraler Bedeutung für den weltweiten Klassenkampf. Zur Zeit können wir hierzu kaum auf genaueres Material zurückgreifen, halten aber eine kurze Einschätzung in bezug auf die Bedeutung der Kämpfe fürs Weltkapital und das Verhältnis zwischen demokratischer Form der Kämpfe und deren klassenpolitischen Inhalten für wichtig.

Ein weiterer Beitrag, der sich gegen die problematische Richtung der IWF-Kampagne richten soll, wäre ein Artikel zum Geld. In ihm soll die gesellschaftliche Gültigkeit des Geldes und sein politischer Gebrauch in allgemeiner aber verständlicher Weise auf die realen Klassenbeziehungen und deren Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren zurückgeführt werden. Damit wollen wir auch darauf aufmerksam machen, daß der IWF in sämtlichen trikontinentalen Ländern sehr gezielt als außenpolitischer Buhmann benutzt wird, um die Klassenbeziehungen im eigenen Land zu befrieden. (So rührt das momentane Erschrecken in Brasilien über neue Kämpfe gegen das Sanierungsprogramm auch daher, daß sich die Regierung nicht länger hinter dem IWF verstecken kann, sondern die Klassenlinien deutlich werden!) Diese Ambivalenz der "Anti-IWF-Kämpfe" wird in der hiesigen Kampagne überhaupt nicht thematisiert und sie droht daher mit ihrer Konzentration auf diese Geld-Institution ihrerseits zur Ausblendung des bestimmenden Klassenantagonismus beizutragen.

Häuserkampf und Stadtteil

Auf der Grundlage der beiden Thesenpapiere zu Häuserkampf und Stadtteil wollen einige Städte in den nächsten Wochen eine genauere Diskussion führen, in die die jeweiligen Erfahrungen einfließen. Ebenso wären Versuche, in bestimmte

(nicht von der Szien dominierte) Stadtteile reinzugehen genauer darzustellen, soweit es sie gibt.

Kreuzberg - ein halbes Jahr später

Was hat sich seitdem getan, welche Diskussionen und welche praktischen Versuche hat es von Seiten der Autonomen gegeben? Gibt es neue Versuche, sich mit der Klassenrealität auseinanderzusetzen?

Weitere Artikelplanungen für spätere Nummern:

Klassenkämpfe in den USA; Industrialisierung im Süden, Migration und neue Kämpfe; das Dilemma der neuen Einwanderungsgesetzgebung - nordamerikanische Klassenbeziehungen und mittelamerikanische Aufstandsbekämpfung, die Angst El Salvadors vor einer Rückkehrerwelle usw.

Übersetzung aus *Processed World* zur Arbeitsorganisation im Silicon Valley und neuen Streiks

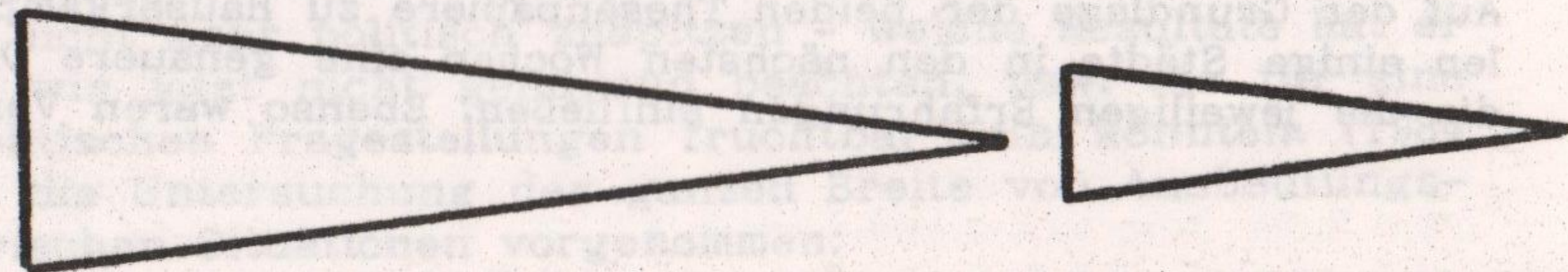
Die Rolle der Nicht Staatlichen Organisationen (NSO) und der sogenannten "neuen sozialen Bewegungen" als Entwicklungsagenturen und Instrument der Durchdringung und Klassenspaltung in trikontinentalen Ländern; politische Rückwirkungen dieser alternativen Entwicklungsagenturen auf die hiesige Solidaritätsarbeit.

Studentenbewegung in der BRD: waren unsere Thesen, im Licht der hiesigen Bewegung betrachtet, zu euphorisch, läßt sich aus den Widersprüchen der zukünftigen Führungselite zu ihrer Zurechtweisung auf die Klassenbeziehungen schliessen, steckt da wirklich mehr dahinter als das Interesse an vernünftig geregelter Karriereschienen? Auf jeden Fall müssen unsere Thesen kritisch untersucht und auf eine materielle Grundlage gestellt werden.

Auswertung unserer konkreten Betriebserfahrungen

Zum Pfingsttreffen

An Pfingsten fand in Braunschweig das in Nr. 13 angekündigte Wildcat-Treffen statt. Wir verzichten darauf, hier im Info ein ausführliches Protokoll wiederzugeben, das doch Widersprüche und Ecken der Diskussion nur unzureichend wiedergeben kann. Stattdessen haben wir verabredet, lieber subjektive Einschätzungen zu veröffentlichen, die eher das wiedergeben, was die Leute vom Treffen mit nach Hause genommen haben, als einen geschönten Bericht zu veröffentlichen. Was das Treffen an wirklichen Ergebnissen gebracht hat, wird sich eh erst in den nächsten Monaten an der Entwicklung der Zusammenarbeit zeigen (siehe dazu auch die Papiere zu Info und Wildcat weiter vorne). Anschließend nun ein paar Vorüberlegungen bzw. kurze Einschätzungen verschiedener TeilnehmerInnen.



Nicht nur zum Pfingsttreffen. . .

In der Diskussion ums Info war ein wichtiger Punkt die Bestandsaufnahme. F estgestellt wurde, daß kaum noch Gruppen vom letzten Jahr Workshop bestehen, bzw am Info mitmachen, und fast nur noch Einzelpersonen sich daran beteiligen. Da wo es Gruppen gibt, gibt es Schwierigkeiten. Berlin scheint damit am meisten Probleme zu haben. Genaueres sollte aus Berlin selbst kommen. In Frankfurt ist es bisher nicht gelungen eine kontinuierliche Diskussion um die "Wildcat" zu entwickeln. Bisher ist die Vermittlung innerhalb des autonomen/anarchistischen Bewegungen geblieben und hat sich nicht in Richtung Nachbarn oder Kollegen bewegt. Aber schon die Vermittlung innerhalb der Bewegung ist schwierig, weil bereits da die Frage auftaucht, wer oder was ist das? Schon da gibt es unterschiedlichste Erfahrungen und Überlegungen.

Wenn ich nun die einzelnen Punkte des Pfingsttreffens behandle, so tue ich das nicht alleine mit Hilfe der Diskussionen, die da gemeinsam gelautet sind, sondern dazu kommen die Gespräche die ich zwischen durch, die ich vor dem Treffen und die die ich danach geführt habe. Das verdeutlicht, daß es um einen Diskussionsprozeß geht. Die Auseinandersetzung über hunderte von Kilometern ist ziemlich schwierig. Bis die Antwort zu irgendwas kommt kann eine Diskussion schon ganz woanders angelangt sein. Grad bei persönlichen Sachen ist eine Klärung so kaum möglich. Da läßt sich teilweise dann gar nicht mehr nachvollziehen was persönliche Probleme sind und was politische Debatten sind.

Ich fang jetzt mit dem Internationalismustreffen an. Ich versuche die Bedeutung, die Zielsetzung des Internationalismustreffens herauszuarbeiten. und damit die Ablehnung dieses Treffens in Frage zu stellen.

Heute sieht es so aus, daß "Wildcat"Redakteure unglücklich darüber sind, daß das Internationalismustreffen nicht zur Internationalismustredaktion geworden ist. Der Vorschlag das Treffen aufzulösen und stattdessen alle paar Monate "Wildcat"-Gesamttreffen zu organisieren, bzw zu einzelnen Artikeln Treffen zu machen, sagt nichts über die Inhalte, die geklärt werden sollen aus. Das was auf dem Braunschweiger Treffen dazu gesagt worden ist, hat nicht zur inhaltliche Klärung beigetragen. Die "Wildcat" 41, die ja bekanntermaßen fast nur aus internationalistischen Artikeln bestand, ist bis auf wenige Ausnahmen, an dem Internationalismustreffen vorbei gegangen. Über die Studentenbewegung haben wir diskutiert, der Artikel über Landbesetzer und Automobilarbeiter stand im Info, darüber wurde aber nicht geredet, zu den Thesen zur Flüchtlingsfrage haben wir gesagt, daß wir sie später diskutieren wollen, und die Diskussion um den IWF steht auch noch aus. Die Artikel zu den Hafenarbeiterstreiks, den Eisenbahnerstreiks, der Reisebericht aus Nordirland wurden nicht im Internationalismustreffen eingebracht. Die Walter-Alasia Veranstaltungen wurden genauso wie die Engländerveranstaltungen außerhalb des Treffens organisiert und erst relativ kurzfristig mit den Genossen aus den jeweiligen Städten abgeklärt. Der Hafenarbeiterartikel wie auch die Walter Alasia Veranstaltungen führen zu folgender Diskussion: Es geht nicht um die Beschreibung einzelner Länder, sondern um die Diskussion um bestimmte Fragestellungen. Also beim Ersten um den Transportarbeitersektor und bei der Walter Alasia um Umstrukturierung oder Stadtteilkampf oder bewaffnetem Kampf. Inwiefern stellt sich beim IWF oder den Emmigranten die gleiche Frage?

Was ich dazu bisher mitgekriegt hab ist folgendes : Entweder Flüchtlingsarbeit, IWF-Diskussionen ohne Flüchtlinge, bzw mehr oder weniger über die Köpfe der Emmigranten hinweg, oder humanistische-bürgerliche Emigrantenbetreuung. Wenig Ansätze von revolutionären-multinationalen Diskussionen. Wenn sie überhaupt laufen, dann nur auf persönlicher Ebene (was genau in Hamburg läuft weiß ich nicht). Wie und wo kann über IWF, Klassenkämpfen gemeinsam mit den Emmigranten diskutiert werden ?

Ohne die Frage Internationalismusgruppe ja oder nein beantworten zu können gehe ich jetzt über zu dem nächsten Punkt :

Stadtteilkampf

Bisher ist es uns in Frankfurt noch nicht gelungen eine gemeinsame Diskussion auf die Beine zu stellen. Es sind erstmal Einzelgespräche. Die Thesen aus Köln sind kopiert und einigen Leuten vorgestellt. Die Hinterfragung des "Proletarischen" Stadtteils und die Reduzierung des Kampfes gegen die Stadt auf das Viertel, waren die zwei wichtigsten Punkte. Beim ersten die Frage wieso nicht Hochhaussiedlungen als Territorium der Intervention gesehen werden, wo die ganz sicher proletarisch sind. Es ist also nicht unbedingt das "proletarisch" was die Intervention im Stadtteil bisher ausmacht. Es ist wohl eher die Infrastruktur, die den Linken nahekommt. Leerstehende Wohnungen gibt es genauso in Trabantenstädten. Die Wohnqualität wird da nicht so hoch eingeschätzt wie im Altbau. Doch was ist genau Wohnqualität? Lärm auf der Straße, feuchte Wände, usw ? Oder Anonymität auf der anderen Seite ? Eine Altbaukaserne ist erstmal genauso anonym und (eher) aus anderen Ländern wissen wir, daß es in Trabantenstädten alles andere als anonym ist. Die Unübersichtlichkeit von Altbauvierteln ? Oft haben die Bütteln keinen Bock mehr auf den Ärger in den Trabantenstädten.

Für die meisten Linken ist es eher zufällig wo sie hinziehen.

Hier breche ich erstmal die Überlegungen zu proletarische Stadtteilen ab und gehe über zu der Frage der Reduzierung des Kampfes gegen die Stadt auf Stadtteilkampf :

Da gab es ja in letzter Zeit mehr Erfahrungen : In Berlin wo es seit spätestens 81 die Pläne aus der Szene gab, wichtige Zufahrtstraßen zu Kreuzberg 36 dichtzumachen, damit die Bullen nicht reinkommen können. Am 1. Mai hat das wohl teilweise geklappt. Genau diese Verbarrikadierung hatte aber auch die Folge, daß die Bullen beim Reaganbesuch 36 absperreten und damit versuchten die Revolte zu isolieren. Somit wird eine Fixierung auf ein Viertel zum Verhängnis für die Bewegung. Die Ausdehnung auf andere Stadtteile, wie Schöneberg, Wedding, Neukölln wird das mindeste sein, was der Bewegung einfallen wird die Isolierung zu durchbrechen (Und so ists ja wohl auch schon teilweise gelaufen).

In Frankfurt gibt es keine funktionsfähigen Kiezstrukturen. Wenn wir über Organisierung reden, dann müssen wir auch die Frage stellen - zu was organisieren ? Strukturen im Viertel schaffen, die Themen wie Miete, Arbeit, übergreifende Themen aufgreifen.

Wichtig an der Diskussion in Braunschweig war für mich die Frage nach den Kiez- und Reproduktionsstrukturen. Die Jugoslawen- oder Türkencomunities im Viertel sind noch lange nicht revolutionär, genausowenig wie die Kifferszene, die erstmal nur antistaatlich und wie die Nationalitätengemeinschaften interklassistisch sein können. Die Behauptung im "Zur Randalie in Kreuzberg", daß die türkischen Jungs die Randalie als Ausbruch aus ihren konservativen-religiösen Elternhäusern sahen, die ich nicht so. Soviel ich weiß waren es nur Jungen und daß Jungen auf den Putz hauen ist was ganz normales. Und wenn sie die nächstbesten Autos knacken, Hasch bis H verkaufen, damit sie selber dicke Autos

fahren können, drückt das erstmal ihr Bewußtsein aus. Marxistische Schulungskurse, wie sie türkische ML-Parteien versucht haben, bringen denk ich nicht viel weiter. Ob es Karatekurse sind ist auch fraglich. Mit Gewalt gegen Skins gibt es keine Probleme, aber ihr Nationalismus oder Mackertum ist damit noch lang nicht weg. Abgeschreckt von diesen Tatsachen distanzieren sich die meisten Autonomen von den Kids und diskutieren trotz allem theoretischen und praktischen Widersprüchen eher mit institutionellen Linken.

Und die Frauen im Viertel ? Es ist zwar eindrucksvoll wenn die Griechinnen von Fenster zu Fenster sich zu brüllen, aber leider verstehe ich sie nicht und daher weiß ich auch nicht ob sie nicht gerade nur über den neuesten Klatsch sich unterhalten. Was für Frauenzusammenhänge gibt es bei uns im Viertel - wo gehen die über Tratsch hinaus ?

Wo und wie kann es Ansatzpunkte von revolutionärer Stadtteilpolitik geben ?

Ein Vorschlag bei uns war : Material sammeln. Zeitungsartikel, Broschüren der Gegenseite als auch Erfahrungsberichte von Leuten aus dem Viertel. Das könnte zu einem Bild führen was insgesamt im Viertel los ist - wo die Bedürfnisse liegen, wo wir ansetzen können.

In verschiedenen Städten werden zur Zeit verschiedene Infolladen-Modelle diskutiert und ausprobiert. Bisher sind es hauptsächlich Zentren der Autonomen oder Anarchisten. Darüberhinaus gibt es auch Ansätze die offener sind. - aber auch leicht zu Beratungsbüros verkommen können. In letzter Zeit wird auch an verschiedenen Orten über Waschsalons geredet. Auch sowas ähnliches wie Infoläden.

Oder die Idee mit dem Möbeltausch : in den Vierteln wo eine hohe Umzugsrate herrscht und die Möbel oft einfach auf der Straße stehengelassen werde. Möbellager im Viertel einrichten.

Oder Sportgruppen, unter anderem mit dem Ziel Leistungsdenken und Geschlechtstrennung aufzuheben.

Es bleibt immer die Frage ob sich aus den Initiativen politische Handlungsfähigkeit entwickelt oder ob nur ein Ghetto geschaffen wird, wo es dann vielleicht auch bald paar Sozialarbeiterstellen und einige ABM-Maßnahmen geben wird. Und das wiederum ist laut den Kölner Thesen zum Häuserkampfzyklus 85/86 und zur "Stadtteilpolitik" die Basis der politischen Abspaltung von anderen Teilen der Klasse.

Die letzten Diskussionen mit GenossInnen aus Rom und aus Mailand widersprechen dieser These. Trotz ökonomisch gleichen Bedingungen haben die römischen und Mailänder Hausbesetzer nur bedingt was mit den Proletariern im Viertel zu tun. Sie befassen sich hauptsächlich mit Kultur, und Themen wie Miete und Arbeit werden nicht kollektiv oder öffentlich diskutiert.

In einem besetzten Haus in Köln wurde beschlossen keine alternativ Werkstätten auf dem besetzten Gelände zuzulassen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß diese Werkstätten - alternative Schrottplätze, zu einer Gettoisierung zu einem Rückzug aus Kämpfen in der Arbeit führen. Die Leute machen nicht mehr Ärger in ihren Jobs, sondern wurschteln auf dem besetzten Gelände vor sich hin.

Der Sozialstaat hier erleichtert zwar den Rückzug aber auch die gemeinsame Arbeit im Betrieb bedeutet noch lange nicht Ausweitung des Kampfes. So kann auch dort die Clique für sich alleine gute Bedingungen schaffen.

Zu den anderen Themen, die auf dem Pfingsttreffen in Braunschweig besprochen wurden, will ich hier nichts sagen, weil ich da nicht so drinstecke.

... aus Frankfurt

Über das Braunschweiger Treffen

Positiv an dem Treffen fand ich, daß sich ungefähr 25 aus teilweise recht unterschiedlichen Diskussionszusammenhängen kommende Leute versammelt hatten und alle das spürbare Interesse an einer umfassenden politischen Debatte hatten, die Bereitschaft, über alle vorgeschlagenen Themen zu diskutieren und sich nicht in Spezialthemen oder "Teilbereichen" zu verbunkern.

Das hatte natürlich seine Beschränkungen. Die Themen wurden nacheinander durchgegangen, was zu einem Thema herausdiskutiert wurde, wurde selten auf das nächste bezogen. Aber gerade darin könnte die neue Qualität von so nem Treffen, so ner Zusammenarbeit stecken: z.B. den Bogen zu spannen vom Begriff Klassenzusammensetzung, wie er in der Internationalismuskonversation herausgearbeitet wurde, zu Thesen für eine Politik im Stadtteil...

Der Konsens wurde manchmal auf einer recht abgehobenen (z.T. schon "akademischen") Ebene hergestellt: in der ganzen Internationalismusdebatte blieb der praktisch-politische Hintergrund der Leute draußen.

Das ist u.a. eine Folge davon, daß auf das übliche banale gegenseitige Vorstellen der TeilnehmerInnen und "Berichte aus den Städten" verzichtet wurde, und wir stattdessen gleich in die Diskussion eingestiegen sind. Um peinliche Selbstdarstellungen zu vermeiden, hätten einfach die Einladenden dieses Vorstellen übernehmen können; dabei wären auch bestehende Erwartungen und Bedürfnisse klarer rausgekommen.

Der Diskussionsstil war z.T. auch schon durch die Art der Thesenpapiere vorprogrammiert: reichlich abstrakt und auch in ihrem Umfang erschlagend. Viele Fragen sind wohl offengeblieben, weil sie gar nicht gestellt wurden. Schlecht war natürlich, daß einige Leute z.B. in der Internationalismuskonversation nicht mehr kapierten, worum es eigentlich ging, aber trotzdem niemand wagte, die Diskussion abubrechen bzw. auf eine andere Ebene herunterzuholen.

Dieses Auseinanderklaffen zwischen unseren Papieren und den konkreten Problemen, über die wir noch nie in dieser Zusammensetzung gesprochen hatten, wird besonders deutlich an der "Frauenfrage". Daß das Treffen zuende war, bevor das Papier diskutiert worden war, war mir ganz recht: so abstrakt formuliert, so unfertig und voller Unklarheiten wie es war und dann so eine abgehobene Diskussion darüber führen - daß wir das nicht machen, war bald klar. 1) waren wie immer sehr wenige Frauen zum Treffen gekommen (in den Gruppen selber ist das Verhältnis selten so drastisch), 2) hatten alle Frauen fast durchgängig dieses abstrakte Diskussionsniveau verweigert. Es geht nicht nur um eine theoretische Bestimmung von Frauenarbeit, sondern um eine Veränderung der Politik. Daß dies auch in dieser engen Runde schwierig zu verwirklichen ist, daß wir dazu nur einen defensiven Standpunkt einnehmen konnten, ist vielleicht auch eine Folge von Verbitterung, die sich da langsam einschleicht. Verhindert allerdings auch, daß wir lernen, verschiedene Ebenen auseinanderzuhalten, weil wir eben zu einer Trennung zwischen unserer Person und der politischen Diskussion nicht fähig sind. Aus diesen Überlegungen heraus machen wir den Vorschlag, daß spätestens zum übernächsten Treffen nur die Frauen aus den verschiedenen Städten und Gruppen kommen!

Speziell beim Thema Aufarbeitung der Militanten Untersuchung wurde klar, daß eine Beteiligung an der Diskussion ohne den praktischen Hintergrund Betrieb bzw. ohne eine gründliche Aufarbeitung des Komplexes sehr schwierig ist. Andererseits konnten konkrete Einzelfragen in dieser Runde auch nicht angegangen werden.

"Diskussionsergebnisse" oder was? Ein Kennzeichen unserer Treffen der letzten Jahre war, daß Leute zusammenkommen über einen gemeinsamen politisch-praktischen Ansatz (MU) bzw. einen gemeinsamen Bezug auf die Wildcat. Diesmal haben wir innerhalb von zwei Tagen über verschiedene Themen diskutiert, eher unsere Meinungen, Ansichten, Kritiken darüber ausgetauscht. Wir diskutieren weder die Grundlagen, von denen aus die einzelnen Leute argumentie-

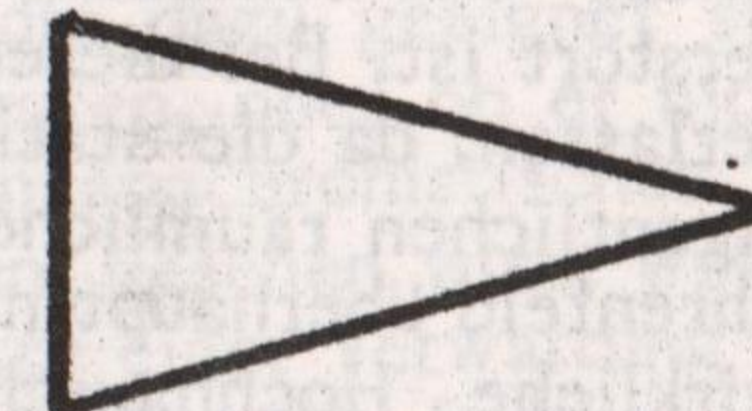
ren, noch schaffen wir uns eine gemeinsame praktische Ebene, gemeinsame Instrumente. Die Folge wird sein, daß die einzelnen Leute, unabhängig vom Maß ihrer Beteiligung, für sich ganz unterschiedliche Schlüsse ziehen. Während die Einladenden/"Zeitungsmacher" dann in Gefahr sind, sehr stark auf "Abmachungen" über bestimmte Artikel, Papiere etc. raus zu wollen. Andererseits nehmen diejenigen, die sich nicht zur Redaktion rechnen, einzelne Thesen aus den Diskussionen als "Ergebnis" für sich nach Hause.

Wir haben ein Folgetreffen für das letzte Augustwochenende vereinbart, da soll auch die Schlußredaktion der Nr. 42 stattfinden. Meiner Ansicht nach müssen wir da beides hinkriegen: sowohl eine offenere und radikalere Debatte über Vorstellungen und Instrumente unserer Politik, als auch zu einer wirklichen Zusammenarbeit kommen, die sich nicht nur auf die Zeitung beschränkt, sondern auch gemeinsames politisches Vorgehen in den einzelnen Städten ist, sei es in Form, gezielter Intervention in bestimmte Situationen, Vorantreiben bestimmter Diskussionen/Kampagnen. Das ist jetzt absichtlich vorsichtig formuliert nach all unseren Versuchen in den letzten Jahren, zu einer überregionalen Zusammenarbeit zu kommen, die nicht sofort als Power oder Durchziehen eines bestimmten (Organisations)vorschlags begriffen wird. Andererseits war aber auf dem Treffen die Bereitschaft dazu erkennbar.

Eine Voraussetzung dafür ist, daß die konkreten Probleme vor Ort viel stärker im Zentrum der Diskussionen stehen, vielleicht schon vor dem Treffen in Papieren formuliert werden sollten. Die Klärung von "Einzelfragen" darf nicht auf die Pausen verschoben werden. Dazu gehört auch, daß wir von dem Ding wegkommen, daß eine enge Gruppe von "Wildcat"-RedakteurInnen einlädt und mit langen Papieren Vorgaben macht.

Zum ändern dürfen wir uns nicht weiterhin so allgemein über "revolutionäre Theoriebildung" auslassen, ohne die auch wirklich gemeinsam anzugehen. Dazu gehört, erstmal mitzukriegen, wie weit unsere Gemeinsamkeiten überhaupt reichen, inwieweit z.B. die in der Zeitung veröffentlichten Einschätzungen und Überlegungen Eingang in die Gruppendiskussionen gefunden haben, inwieweit sie überhaupt auf die ablaufenden Diskussionen vor Ort Bezug nehmen.

Weder dürfen wir über die Keime der neuen Diskussionen gleich den Deckel technischer Abmachungen stülpen, noch dürfen wir uns jetzt wieder mehrere Monate lang im Niemandsland des Meinungs austauschs aufhalten.



Zur Debatte über "Stadtteil - Stadtteilpolitik" - ein Beitrag aus Köln, der auch auf dem Pfingst- treffen in Braunschweig diskutiert wurde.

Als eine Möglichkeit der sozialen Ausweitung und Verankerung, des praktischen Bezugs auf die Klasse, wird zur Zeit in einigen Städten eine Aufnahme von **Stadtteilarbeit** vorgeschlagen. Eine materielle Basis dafür liegt darin, daß sich die Szene, die Subjekte der politischen Bewegung bzw. eingegrenzter: die Autonomen, selbst in bestimmten Stadtteilen konzentrieren - St. Pauli und Altona in Hamburg, Kreuzberg in Berlin, Ehrenfeld in Köln. Der Vorschlag von Stadtteilarbeit kann daher scheinbar in organischer Weise an der Lebenssituation der Autonomen und ansatzweiser Organisierung auf Stadtteilebene anknüpfen. In Hamburg hatten sich Stadttrefften "gegen den Bullenterror" gebildet; in Köln wurde Ehrenfeld zum Stadtteil der Szene: hier wurde besetzt, hier sollten die eigenen Demos laufen, der Infoladen sollte über die Organisierung der Szene hinaus ein Ansatzpunkt zur politischen Arbeit im Viertel sein (so jedenfalls eine Minderheitsposition); in einer AG der libertären Tage berichteten Leute aus dem römischen Stadtteil Centocelle über die Besetzung eines Hauses als sozialem Zentrum und ihre Erfahrungen im Stadtteil. Leute aus Hamburg, Hanau und Köln versuchten daran die Frage nach Möglichkeiten hier anzuschließen. Diese ganzen Versuche - ähnliches gilt wohl für Göttingen und die "Mietersolidarität" in Freiburg, nur daß es in diesen Städten nicht mehr so ausgeprägte Viertel, auch nicht was die Szene betrifft, gibt - sind steckengeblieben, bzw. erst gar nicht in die Gänge gekommen.

Die Unterstellung, im Viertel ließen sich am ehesten Verbindungen zur Klasse herstellen, weil a) auch die Szene hier konzentriert ist und es b) hier noch proletarische Strukturen für die Aufnahme des Kampfes gäbe, scheint nach beiden Seiten hin falsch zu sein. "Wir denken, daß gerade hier im Viertel die Möglichkeit besteht, mit vielen Leuten zusammenzukommen und sich dagegen (die Kohleprobleme) zu organisieren." (Hamburger Papier zum Stadttrefften, Info 11) Ähnliche Formulierungen haben auch der Kölner Diskussion zugrundegelegen, als im Zusammenhang mit dem Infoladen über weitere politische Schritte diskutiert wurde. Um nicht bei der abstrakten Analyse der momentanen Unvermittelbarkeit zwischen Bewegung und Klasse stehen zu bleiben, will ich den roten Faden aus dem 1. Teil hier im Stadtteil weiterstricken.

1. Das Ghetto im Stadtteil ist noch kein Stadtteilghetto.

Eine immer wieder zu hörende Schutzbehauptung der Szene besagt, daß sie selbst in proletarischen Vierteln wohne, wobei dann der Hinweis auf die Zahl der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger oder Ausländer kommt. Die sozialen Motive für die räumliche Konzentration der Szene liegen aber woanders. Die Viertel der Szene sind in aller Regel Altbauviertel, die den Angriff der Flächensanierung Ende der 70er teilweise überlebt haben, die Durchgangsquartiere für Migrantenfamilien darstellten, einkommensschwachen Studenten oder eben dem besagten Sozialhilfeempfänger billigen Wohnraum boten, in denen aber gleichzeitig die neuen Konzepte der Altbauanierung (siehe IBA: kleinräumige Stadterneuerung") seit Mitte der 70er zum Tragen kamen. Es sind Viertel, die zwar weiter einen hohen Ausländer- und Sozialhilfeempfängeranteil haben, deren soziale Homogenität aber weitgehend zerstört ist. Bei dieser Feststellung dürfen wir uns auch nicht auf die statistischen Daten verlassen, da die statistischen Abgrenzungen der Stadtteile (Verwaltungsgrenzen) mit den eigentlichen räumlichen Zentren nicht übereinstimmen. So entspricht der Altbaukern von Ehrenfeld überhaupt nicht dem Verwaltungsbereich: in dem gibt es weit auseinanderliegend wirkliche Hochhausghettos, Obdachlosensiedlungen, Eigenheim-Beamstensiedlungen und eben den eigentlichen Kern mit einer bunten sozialen Mischung. Auf diesen Kern haben sich sowohl die Planer seit Ende der 70er Jahre konzentriert - als auch der Zuzug der Alternativen und Autonomen. Es gibt gewisse untrügerische äußere Anzeichen, die einen Unterschied zwischen den noch ansatzweise sozial homogenen Quartieren (wie Teile von Kalk, Vingst, Chorweiler oder Blockghettos wie Kölnberg) und den "dynamischen" Vierteln

anzeigen: die Kneipenszenerie, das Kulturgeschehen, der Bioladen, die Existenz eines Kopierladens oder allgemeiner, die Wahlergebnisse der Grünen. Das überdurchschnittliche Ergebnis der Grünen in Ehrenfeld veranlaßte Kölns ersten Statistiker 1984 zu der Bemerkung, daran lasse sich ablesen, daß die mit den Sanierungsplänen angezielte soziale Neuzusammensetzung des Viertels auf dem Weg sei. (Ohne es genau zu wissen, vermute ich ähnliches für Altona oder Kreuzberg.) Die Viertel, die die Szene anziehen, sind also nicht die proletarischen Viertel, schon gar nicht die Ghettos im engeren Sinne, sondern stark durchmischte Viertel mit einem alten Flair, in denen eben auch Proletarier wohnen. In Ehrenfeld gibt es in der Tat auch noch "soziale Zusammenhänge", das Zweite, auf das sich die Versuche autonomer Stadtteilpolitik berufen. Es gibt die türkischen Großfamilien und Vereine, Spielhöhlen (=Teestuben) und Kneipen, es gibt kleine Ghettos von Italienern und deren Club Gran Sasso, es gibt die deutschen Thekenzusammenhänge und Schützenvereine - es sind alles getrennte soziale Strukturen, im Viertel aber ohne einen Zusammenhang als Viertel, und genauso separat gibt es die Struktur der Autonomen/Hausbesetzer mit ihren Häusern und Orten. Es handelt sich bei allen um soziale und kulturelle Überlebensstrukturen, aber sie stehen quer zu den Erfordernissen von Kämpfen im Viertel oder gegen die Sanierung des Viertels. Alle diese Kulturen beruhen sogar auf ihrer Abgrenzung - nicht unbedingt mit feindlichem Charakter! - voneinander. Ehrenfeld, das Viertel, besteht für die Autonomen aus ihren Häusern, vielleicht noch aus einem Spaziergang während einer Demo. Es scheint also so zu sein, daß es nicht die proletarische Struktur ist, die die Szene anzieht, sondern genau diese Möglichkeit, seine eigene Kultur neben anderen hier entwickeln zu können. Die materiellen Bedingungen dafür liegen in der unsichtbaren Mobilität während der Altbaumodernisierung, dem hohen Anteil an kleinen und kapitalarmen Hausbesitzern, dem noch nicht dermaßen verplanten Zuschnitt von Wohnungen, der kulturellen Toleranz in Vierteln mit hohem Ausländeranteil ...

Für die heutige Situation hilft auch der Blick auf die beeindruckenden Mieterkämpfe der 70er Jahre in Italien nicht weiter, wie die Diskussion um die Erfahrung der römischen Genoss/inn/en zeigte: "Die Centoceller schränken den Eindruck ein, daß es in Italien immer enge Beziehungen zwischen Hausbesetzern und Proletariat gibt. Zwar leben die Besetzer unter den gleichen ökonomischen Bedingungen, weil es weniger Möglichkeiten (als hier) gibt, sich der Arbeit zu entziehen, politisch gesehen befinden sie sich aber teilweise auch in der Isolation. Da hauptsächlich nur die eigenen kulturellen Bedürfnisse befriedigt werden, kommen auch weniger Menschen aus anderen Teilen des Proletariats." (aus dem Protokoll der Frankfurter AG)

2. Der Stadtteil als Herrschaftsfunktion - Kritik der Stadtteilideologie

Gehen wir trotzdem nochmal zurück zu den proletarischen Mieterkämpfen Anfang der 70er Jahre, da sie uns einen tieferen Einblick in die Funktion und Bedeutung des Stadtteils geben, als der unbedarfte Blick auf das eigene "Wohnumfeld". Die neuen Kämpfe in den Fabriken, aber auch in den Klitschen oder die der Hausfrauen gegen die Abwälzung der reproduktiven Funktionen auf sie bilden den Hintergrund dieser Mietkämpfe. Auch in Frankfurt gibt die Beteiligung der Arbeitsmigranten dem Häuserkampf seine Sprengkraft. In Turin hat ein politisches Kollektiv die Erfahrungen der Stadtteilkomitees, die sich in den 60er Jahren gebildet hatten und Träger von Miet- und Häuserkämpfen wurden, genauer untersucht, durch Fragebögen und Gespräche mit den einzelnen Komitees, und eine genauere Einschätzung versucht. Theoretisch analysieren sie die Entwicklung der kapitalistischen Stadt: "Nur so wird es möglich sein zu verstehen und nachzuprüfen, ob der Stadtteil auch heute noch eine Bedeutung und konkrete politische Inhalte hat, die dazu geeignet sind, einen echten antikapitalistischen Kampf auf Stadtebene hervorzurufen, oder ob er nichts anderes als eine mystifizierende Formel ist, verbunden mit einem anachronistischen Begriff von Stadt, die als eine Gesamtheit von Zellen, den Stadtteilen, gesehen wird, welche eine eigene relative Autonomie besitzen und daher mögliche Objekte einer Verwaltung von unten sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach geht dieser Begriff auf eine für Italien zwar nicht lange zurückliegende, aber nichtsdestoweniger überwundene Vergangenheit zurück, in der in den Stadtvierteln an der Peripherie der Stadt die Klasse wohnte und arbeitete und jene Arbeiterstadt ins Leben rief, die sich als reale Alternative der bürgerlichen Stadt entgegenstellte, weil sie fähig war, eine echte ökonomische und kulturelle Autonomie auszudrücken. Heute erscheint das Problem der Stadt eindeutig nicht mehr in dieser Weise.

Die Zersplitterung der Arbeiterstadt in Schlafstädte und Industriegebiete und die Durchsetzung des Kapitals im gesellschaftlichen Bereich haben die städtischen Widersprüche und Konflikte in eine Dimension verlagert, die weit über das Arbeitsfeld der Stadtteilkomitees hinausgeht. Diese geraten aufgrund der Selbstbeschränkung des Gebietes der Intervention, die sie sich auferlegt haben, immer mehr in Gefahr, in einen Lokalismus zu verfallen und in eine Kanalisierung der politischen Beteiligung der Basis auf einen Bereich, welcher vollkommen ungeeignet ist, Kämpfe hervorzurufen, die zu einer wesentlichen Beschneidung des Einflusses, den die bürgerliche ökonomische Macht auf die Stadtstruktur ausübt, in der Lage wären."(83) Dies ist auch eine Schlußfolgerung aus den konkreten Erfahrungen, die die Stadtteilkomitees gerade angesichts breiter Kämpfe in Turin gemacht haben: "Einerseits nimmt 1968 das Konfliktpotential der Protestbewegung zu und weitet sich, ausgehend von der Schule, bis zu den Fabriken und Institutionen aus; andererseits kann sich in den Stadtteilen eine noch grundsätzlich über den Klassengegensätzen schwebende Mitbestimmungsideologie durchsetzen."(23) Durch die aufkommende Bewegung und die sich organisierenden linken Kräfte kann zwar die Dominanz der Reformisten in einigen Stadtteilen zurückgedrängt werden, sie entwickeln eine Strategie der "städtischen Gegenmacht" und kritisieren Stadtteilkomitees, die "hinter einem formalen Programm für die Mitbeteiligung der Bevölkerung meist die Funktion einer Rationalisierung und Verbesserung der Kommunalpolitik erfüllten". Aber auch diese Gruppen bleiben den politischen Grenzen des Stadtteils als einer klassenübergreifenden Größe in ihrer Praxis verhaftet. Gerade angesichts der Tatsache, daß die Arbeiter in ihren Kämpfen ein Bewußtsein davon entwickeln, "daß Fabrik und Stadt zwei Momente innerhalb des kapitalistischen Produktionszyklus und damit des Ausbeutungszusammenhangs darstellen", wird der Bezug und die Orientierung am Stadtteil zur Schranke der Ausweitung. "1969 erreicht des Spontaneismus in seiner Überbewertung der sozialen Konflikte im Stadtteil seinen Höhepunkt; trotz einer starken Tendenz, die lokale Borniertheit zu überwinden, vermehren sich die Stadtteilkomitees und Basisgruppen weiterhin und fördern damit die Zersplitterung der Bewegung." Und die Autoren korrigieren auch den Eindruck, die Aktivitäten im Stadtteil seien damals eine gradlinige Ausweitung der Fabrikkämpfe aufs Territorium gewesen: "Der Stadtteil wird mehr und mehr zur zweiten Front der operatistischen Gruppen (Potere Operaio und vor allem Lotta Continua), nicht nur aufgrund der allmählich herangereiften Überzeugung von der Notwendigkeit, die Massenmobilisierung und Organisation der Arbeiter auszudehnen, sondern auch wegen der Schwierigkeiten, sich in den Fabriken gegenüber der wachsenden Kontrolle, die die Gewerkschaften als Mittler in den Tarifikämpfen ausüben, zu behaupten."

Die ausführlichen Zitate sollen hier nur zeigen, wie genau schon damals die Problematik des Stadtteils diskutiert worden ist, während heute oft eine geschichtslose und unkritische Herangehensweise zu beobachten ist - so als wäre der Stadtteil eine naturgegebene Größe. Nach den proletarischen Mieterkämpfen und den späteren Bürgerprotesten gegen die planstaatliche Sanierung (3.) waren es zuerst der Staat und die Stadtplaner, die den Stadtteil als politisches Konzept wiederentdeckten. Die spätestens Ende der 70er Jahre zum Zuge kommenden Sanierungsmodelle bedienen sich dieses Konzepts, grün-alternativ eingefärbt und unter Einbezug oppositioneller Bewegungen (z.B. auch eines Teils der Hausbesetzer), um die Stabilisierung der kapitalistischen Stadt voranzubringen. Ein revolutionärer Bezug kann also nur darin bestehen, die Praxis und Ideologie des Stadtteils zu durchbrechen, da dieser heute ein Instrument **gegen** die Klasse ist. Das gilt sowohl für den grün befriedeten Stadtteil wie den proletarisch revoltierenden, denn auch beim letzteren liegt die proletarische Ohnmacht in solchen Kämpfen in der Einsperrung im Stadtteil ("Kiez") begründet.

3. "Bürger" gegen den Planstaat

In den 70er Jahren konnte sich an den Sanierungsprojekten der Kommunen noch eine ganze Menge entzünden. Der Planstaat feierte seine städtebaulichen Triumphe und die damals recht naiven Planer waren über das Ausmaß von Widerstand überrascht. Durch großräumige Flächensanierungen und zentrale Sanierungsträger (meistens staatlich gestützte Wohnungsbaugesellschaften) wurde der Protest und Widerstand auch da vereinheitlicht, wo er keinen gemeinsamen sozialen Ausgangspunkt mehr hatte. Aber diese Initiativen gegen Sanierung erreichen nicht mehr das Ausmaß von breiten Bewegungen, sie nehmen mehr die Form von "Bürgerinitiativen" an, wie sie in allen möglichen Bereichen gegen planstaatliche

Gigantomanie entstehen. Sie greifen einerseits die Projekte des Staates an, sehen sich aber andererseits in der Verpflichtung, an alternativen Modellen mitzuwirken - so wie die BISA (Köln: Bürgerinitiative Südliche Altstadt) in der Stollwerkbesetzung vor allem ein Druckmittel zur Durchsetzung ihrer architektonischen Pläne für das Recycling alter Industriegebäude sah. Andere Initiativen, wie die des SSK in den 70er Jahren z.B. gegen die Sanierungspolitik der Gothaer Versicherung, treiben zwar die Konfrontation weiter, bleiben aber auf die kämpferische Interessenvertretung der "Bürger im Viertel" oder der "armen Menschen" beschränkt. Der Erfolg vieler Aktionen liegt vor allem in der Angreifbarkeit einer reformerischen Technokratie, die sich in der Öffentlichkeit der Widersprüchlichkeit ihrer erklärten Ziele nicht entziehen kann. In diesen Initiativen, die von unten her nichts vereinheitlichen oder organisieren konnten - eine Mieterversammlung in einem Haus ist schon ein Erfolg -, lag daher immer die Gefahr, daß sie von der kämpferischen Interessenvertretung zur institutionalisierten übergehen. Die Einrichtung der Sanierungsbeiräte und das Vordringen der Grünen in die kommunalen Vertretungsstrukturen (Stadtrat und Bezirksvertretungen) boten dazu den organisatorischen Rahmen. Die jetzige Beteiligung des früheren Mülheimer SSK, jetzt SSM, am Sanierungsbeirat in einem der letzten großen Flächensanierungsgebiete (was heute auch nicht mehr Kahlschlag heißt!) in der BRD ist in diesem Sinne nur konsequent - und die Grünen gaben sich alle Mühe, Hausbesetzer und Sanierungsgegner in die Räte zu hieven.

Daß das jetzt so reibungslos und unkritisiert läuft, hat seinen Grund in den neuen Sanierungskonzeptionen. Zu den alten technokratischen Konzepten gab es kaum Vermittlungsmöglichkeiten, die nackte Gewalt der Planungen ließ sich nur angreifen. Heute sind die Planungen nur noch vorsichtige Rahmenvorgaben, deren Durchsetzung viel versteckter auf der Ebene der finanziellen Bezuschussung und Erpressung der einzelnen Hausbesitzer liegt.

Einige Besetzer aus der Marienstraße haben zusammen mit dem Ehrenfelder SSK jahrelang versucht, ein Musterbeispiel von "Rahmenplanung" (Alt-Ehrenfeld West) anzugreifen, und dabei sind die ganzen Schwierigkeiten sowohl von Viertelsarbeit wie der Konfrontation mit den neuen Sanierungskonzepten deutlich geworden: weder konnte jemals die Stadt als zentrale Instanz der Sanierung überhaupt deutlich oder greifbar gemacht werden, noch konnten wir an irgendwelchen sozialen Zusammenhängen im Viertel anknüpfen. Der soziale Gehalt der Sanierung hat sich dabei gegenüber Flächenplanungen wie in Mülheim kaum geändert - die Sprache der Planer ist nur zu deutlich. Aber auch das endlose Zitieren des dort wörtlich angestrebten "qualitativen Bevölkerungsaustauschs" führte noch nichtmal zu agitatorischen Erfolgen. Durch die Arbeit und Beratung im Viertel bekamen wir zwar die konkrete Umsetzung dieser "Rahmenplanung" hautnah mit (z.B. die Vertreibung von türkischen Familien durch Modernisierungsmaßnahmen, den kalten Rauschmiß durch Handwerker), kamen aber nicht darüber hinaus, dem entweder individuelle Beratungen und Unterstützung oder nur von einem kleinen Grüppchen getragene Störmanöver auf öffentlichen Anhörungen entgegenzusetzen. Bei einer Masse von Leuten haben wir mitgekriegt, daß sie sich durchaus des sozialen Gegensatzes und der Miete als Kampfverhältnis bewußt waren - nur gab es für sie auf dieser Ebene des Wohnens keine Ansatzpunkte von kollektiver Macht. Allzuoft waren unsere Aktionen gegen einzelne Vermieter (und gegen deren Unterstützung durch die Stadt) nur die Begleitmusik zum schließlich resignativen Auszug der Mieter, worauf wir die Häuser bestenfalls noch besetzt haben (was dann dem von den Planern gewünschten "Bevölkerungsaustausch" sehr nahe kam).

Nach all diesen Erfahrungen müssen wir jedenfalls die Vorstellung, auf dieser Ebene lägen günstige Ansatzpunkte für gemeinsame Kämpfe, zurückweisen. Entweder liegt dieser Vorstellung die völlig anachronistische Auffassung zugrunde, der Stadtteil sei ein irgendwie sozial stabiler Ort, was schon die statistisch hohe Mobilität widerlegt, oder es ist sowieso nicht ernstgemeint.

4. Nehmen wir uns die Häuser - nehmen wir uns die Stadt!

Für unsere Veranstaltung zum Kölner Häuserkampf hatten wir - ohne eingehendere Diskussion - auf diese alte Parole zurückgegriffen. Das einzige, was dem im Konzept der Veranstaltung Rechnung trug, war die in ihr (in Form zweier widersprüchlicher Beiträge) ge-

Sprache. Ich hoffe, daß Ihr ihm begegnet, und daß Ihr mit ihm sprecht, wenn Ihr dazu noch in der Lage seid. Ich wünsche Euch eine gute Zukunft und erinnere Euch daran, daß die Übertragungen morgen früh fortgesetzt werden, mit Decoder bedeutet...

Decoder - 6 000 Lire

Die Genossen, die ehemals "Metroperai" gemacht haben, haben sich mit einigen anderen zusammengetan und bringen nun eine neue Zeitschrift raus, die sich "MOB" nennt. Der Name bezieht sich auf den Thompson'schen Begriff, die Genossen schreiben: "Der Mob ist durch Unordnung und Unvorhersehbarkeit gekennzeichnet, welche disziplinierte Gruppen und Institutionen verunsichern. Mit Mob meinen wir die unbeständigen und unvorhergesehenen Bewegungen.... Der Mob ist ein Wirbel, der die Verabredungen mit der Geschichte nicht einhält; er ist anonym, hat keinen Personalausweis, er ist aktuelle Jacques. Er bedeutet direktes Handeln, Verweigerung millenaristischer Vorstellungen, Zurückweisung organisatorischer Sklerosen. Er entzieht sich der Dummheit derer, die ihm die richtige Richtung weisen wollen, ihn disziplinieren und aufspüren wollen: der Mob hat keinen Unterschlupf, weil er dessen abgestandene Luft nicht mag." Nach solchen Sprüchen auf dem Umschlag erwartet frau/man sich natürlich handfesten Stoff aus der Unterklasse - aber genau das fehlt in der Null-Nummer. Es sind einige sehr interessante Artikel drin über die Umstrukturierung des Justizapparates, über das Ende der "Dissoziation", gegen die Ökologen, über den Knast - aber was fehlt ist gerade der "Mob". Die Genossen haben immerhin genug Ironie, daß die Null-Nummer mit dem Artikel "Die Trommeln des Königs" anfängt, in dem "Lilith" kritisiert, daß die Sprache dieser Zeitschrift eine total intellektualistische ist, und daß wir eine andere Sprache brauchen, daß wir unsere Inhalte nicht mit den "Trommeln des Königs" weitergeben können. Insgesamt ist diese Null-Nummer interessant und einige Teile sollten auch übersetzt werden. Die Genossen werden aber noch klären müssen, auf was sie mit dieser neuen Zeitschrift eigentlich rauswollen - über die offensichtliche Tatsache hinaus, daß sie sich nach Jahren "des Schweigens" ein Forum geschaffen haben, in dem sie rücksichtslos in alle Richtungen feuern können: gegen die (ehemaligen) Befürworter der Amnestie genauso wie gegen die grünen Ökologen und Knastreformer.

MOB - April 87 - 4 000 Lire

Inhalt: Editorial - Die Trommeln des Königs - Der teuflische Quinlan - Die tatsächliche Todesstrafe in Italien - Öko-Konflikt und Öko-Kapitalismus - Bitter Victory (über die Dissoziation) - Jedem seine Strafe - Eine abolitionistische Praxis (Abschaffung der Knäste) - Über die Bilder in dieser Nummer.

Collegamenti/Wobbly Nr.19 - Frühjahr 1987 - 5 000 Lire

"Editorial"

Die relative Geschlossenheit dieser Nummer wird vielleicht manchen Leser wundern, der an eine größere Vielfalt der Themen dieser Zeitschrift gewöhnt ist. Es ist eine Geschlossenheit, die wir gewollt haben, weil wir über einen Block von Fragen diskutieren wollen, die wir heute für zentral halten. Wir gehen von der Annahme aus, daß die gegenwärtige Struktur des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit in Italien relativ transparent ist nach Jahren umfassender und widersprüchlicher Veränderungen.

Damit wir uns richtig verstehen, die Restrukturierung ist nicht beendet, sie hat im eigentlichen Sinn auch kein Ziel, sondern ist eine Konstante des Kapitalismus selbst. Aber es ist einfacher (geworden), Linien und Gebiete von Analyse und Aktion auszumachen vor dem Hintergrund eines neuen generellen Szenarios.

Diesem Szenario hat unsere Zeitschrift ein breites und umfassendes Interesse entgegengebracht, was sich in den Einzeluntersuchungen der letzten Nummern niedergeschlagen hat. Jetzt wollen wir einige wichtige Momente besser definieren.

An erster Stelle wollen wir die neuen Tarife einschätzen. Offensichtlich hat die zurückliegende Tarifrunde aus "ideologischer" Sicht keine verblüffenden Neuigkeiten gebracht, im Gegenteil setzt die Lohnkürzungen und neue soziale Aufschichtung in Praxis um. Keineswegs zufälligerweise waren weder Regierungseingriffe noch viele Streikstunden nötig, um die Sache abzuschließen. Die Beschneidung der Lohnautomatismen (Inflationsausgleich und im öffentlichen Dienst Dienstalter) hat schließlich interessante Übungen im Tarif-Ingenieurwesen ermöglicht.

Die beiden Artikel "Umstrukturierung und Kämpfe im Bankwesen" <siehe Übersetzung im Anhang> und "Die Rückkehr des Jedi" behandeln die Situation bei den Banken und im Telefonsektor <der nicht wie bei uns via Post staatlich ist>. In beiden Fällen ist der Tarifvertrag eng an die Veränderungen in den Zeiten und den Bedingungen der Arbeit gebunden. In Schlüsselsektoren der neuen sozialen Ordnung etwas mehr Kohle im Tausch gegen Flexibilität also. Flexibilität heißt, wieviel, wann, wie arbeiten. Es bedeutet auch, den zukünftigen Konflikt, das reale Arbeiterverhalten gegenüber der Arbeitsorganisation zu überdenken, die Rolle der Kommunikation und des Kredits in den "postindustriellen" Metropolen, in denen die Dienstleistungen immer mehr in "real time" geliefert werden müssen angesichts der produktiven und gesellschaftlichen Notwendigkeiten.

Im Artikel "Chemie-Vertrag: Spitzen-Abschluß oder Verarschung?" versuchen wir eine Einschätzung einer klassischen Industriesituation, der Dynamik und der Grenzen der sozialen Neu-Schichtung, der Frage der Kader <Techniker>, sowie der Frage, wie die Gewerkschaften die Verhandlungen geführt haben und wie das mit dem Verhalten der Arbeiter zusammenhängt.

"Das burn-out-Syndrom in der Gesundheitsarbeit" geht aus vom Entstehen einer gewissen gewerkschaftlichen Lebendigkeit der Ärzte und versucht deren materielle Basis in der Dequalifizierung der Arbeit, dem Status-Verlust und des Rückfalls der "Medikalisierung" der Gesellschaft auf die Gesundheitsarbeit festzumachen. Auf die "Bewegungen der Mittelschichten" hoffen wir bereits in der nächsten Nummer zurückzukommen, genauso auf die Beziehung zwischen Krankheit und gesellschaftlicher Veränderung.

"Tarifvertrag an den Schulen: von der unvollendeten Vergangenheit zur vollendeten Zukunft" und "Zwischen Kobras und alten Spitzen" behandeln das Entstehen der quantitativ wichtigsten Opposition gegen die Regierungs- und Gewerkschaftspolitik. Der erste Teil vom Gesichtspunkt der Schule aus, der zweite vom Gesichtspunkt der organisatorischen Formen der Bewegung. Wir halten die gegenwärtige politische Debatte unter den Arbeitern an der Schule für einen guten Querschnitt des allgemeinen Bildes, sowohl was die Dynamik einiger ihrer Aspekte als auch was die Klebrigkeit einiger anderer betrifft.

"Nieder mit dem Ramazotti" nimmt das Mailänder Laboratorium unter die Lupe, sowohl was die Herausbildung neuer Schichten jugendlicher Arbeitskraft betrifft als auch was deren Bindung an die Veränderung der metropolitenen Ordnung betrifft. Farbige Einwanderer, Überausbeutung, Prekarisierung, die kapitalistische Notwendigkeit, auf immer komplexere Erfordernisse zu antworten, aber auch Ansätze und Möglichkeiten von Widerstand und Kampf dagegen sind Gegenstand einiger nützlicher Hinweise, die sich aus dem Artikel ergeben. Ein aufmerksamer Leser wird in jedem dieser Teil die Entwicklung der vorhergehenden Arbeit ausmachen können, wobei es uns jetzt darum geht, deren Zusammenwirken hervorzuheben.

"Die Front des Hafens" nimmt die Untersuchung über die Kämpfe in diesem Sektor wieder auf, die wir in der letzten Nummer mit dem Artikel über die spanischen Häfen begonnen hatten. Über die politische Bedeutung des Hafens von Genua brauchen wir an der Stelle nicht viele Worte verlieren; darüberhinaus ist der Transportsektor wichtig für die Dezentralisierung und Internationalisierung der Produktion.

Schließlich geben wir der Rekonstruktion der französischen und internationalen Studentenbewegung breiten Raum. An erster Stelle wollen wir die Fakten darstellen und deren inneren Verbindungen zu verstehen versuchen. Aber ausgehend davon brauchen wir eine geschlossene Analyse der Krise des Sozialstaats angesichts der materiellen Konstituierung

der Gesellschaft und der Klasse und angesichts eines Reichtums von Wissen und einer Komplexität von Dynamiken, die nunmehr zum festen Inventar der fortgeschrittenen industriellen Gesellschaften gehören.

Diese Nummer ist eine erste, ungenügende Antwort auf ein Bedürfnis, das wir bereits in der Nummer 18 benannt haben, nämlich einer kritischen Untersuchungsarbeit Körper und Kontinuität zu geben. Dickschädelig wie wir sind, fordern wir alle Leser dazu auf, sich so weitgehend wie möglich daran zu beteiligen."

Primo Maggio Nr.26 Winter 86/87 - 8 000 Lire

Inhalt, wie sie ihn selber angeben:

Bewegungen, Subjekte, Systeme

- S. 4: Trino, Caorso, Montalto di Castro: die Anti-AKWler erzählen
- S.54: C.L.R.James, Schwarzer Revolutionär
- S.56: Kann man sich in Jackson Mississippi organisieren? Interview mit C.L.R.James über Organisation und Demokratie

Instrumente, Kategorien

- S.25: Der Mensch und die Zerstörung der Natur-Ressourcen: die Raubwirtschaft zu Beginn des Jahrhunderts

Geschichte, Geschichten

- S.37: Knast und Lebensgeschichten, der Student, der Schmuggler, der Boxer
- S.12: Die Last des Notstands: das Parteiensystem und 1977
- S.16: Ein Jahr Bewegung: die Besetzungen 1976/77 in Alessandria
- S.21: Wie Radio Popolare entstand

Verschiedenes/Arbeitsvorschläge

- S.45: Perspektiven eines Untersuchungszentrums
- S.47: Die mündlichen Quellen in der umfassenden Geschichte der arbeitenden Klassen
- S.49: Die "italienische Schule" der oral history
- S.50: Für eine Vereinigung der Historiker der oral history

Rezensionen

- S.62: Arbeitergedächtnis und neue Klassenzusammensetzung
- S.64: Nenn mich Kommunist

Briefe

- S.52: Betreff: "neues theoretisches Paradigma" und Brief zum Internationalismus

Die Last des Notstands - von Bruno Cartosio

1987 und 1988 werden wir uns wohl kaum retten können von Gedenken an die 68 und 77er Bewegung, die nunmehr so weit weg sind und die untereinander so großen Abstand haben. Die Perspektive ändert die Beziehungen und die Dimensionen. Es geht schon los: Lama sagt, er sei damals von niemand verstanden worden <Lama ist der Gewerkschaftsboss, den 1977 die Studenten aus der Uni in Rom geschmissen haben>, und die Linke habe nichts zu erben von '77. Ihm antwortet Rossana Rossanda <Parlamentarierin des PduP>, daß die Bewegung ihn damals nicht angegriffen habe, weil sie gegen die Kategorien gewesen sei, die er vertrat, sondern gegen seine Art, wie er diese durchsetzen wollte. Auch die Sozialistische und die christdemokratische Partei mischen schon mit beim Streit um die 77er Bewegung. Während Asor Rosa, Ex-Operaist und seit Anfang der 70er Chef-Ideologe der KPI ("die zweigeteilte Gesellschaft") zugibt: "Wir haben die 77er Bewegung erlebt beinahe ohne etwas davon mitzukriegen". Er hätte es schon damals für einen großen Fehler gehalten, daß die Parteien der 77er Bewegung so ablehnend gegenüberstanden und sie dermaßen hart

angriffen, daß ihr nur die Wahl zwischen Selbstaflösung und bewaffnetem Kampf geblieben ist; besonders die Entscheidung der KPI, die Verteidigung der konstitutionellen Ordnung vor alles andere zu stellen, habe viele tief getroffen usw. usf. In der Tat finden alle etwas in der 77er Bewegung, was ihren Vorstellungen von heute entspricht.

Auch wir von "Primo Maggio" haben nochmal gelesen, was wir selber damals zur 77er Bewegung gesagt haben. Und das waren Sachen, die weit weg sind von dem heutigen Geschwätz, Sachen, die aber auch damals weit weg von vielen der Bewegungs-Ansichten waren. Für Primo Maggio war die 77er Bewegung ein - wichtiges und signifikantes - Bruchstück einer Phase, deren Koordinaten wir mit Umstrukturierung der Produktion und des Parteiensystems benannten. Wir fühlten uns weder als Metropolenindianer, noch gefiel uns die gesellschaftliche Absonderung, noch waren wir für das neoleninistischen Abenteuer der Autonomia oder für das Projekt der bewaffneten Partei zu haben. Es gibt keinen Zweifel: wir waren mit diesen Positionen ziemlich isoliert...

Die damalige Position von Sergio Bologna zum Beispiel (s. TheKla 5) war eine Forcierung. In dem Moment, wo wir sehr lange und vertieft über die "Arbeiterzentralität" hätten diskutieren müssen, haben wir sie mit totaler Einseitigkeit behauptet. Diese Position hatte ihre polemische Berechtigung, auch gegen Tendenzen im Innern von Primo Maggio selbst. Aber außerhalb der Zeitschrift schienen sich wenige dafür zu interessieren. Und gerade deshalb forcierten wir unseren Diskurs um so mehr. Heute denken wir, daß wir gerade deshalb, weil Primo Maggio nicht völlig in der Bewegung aufging, hätten versuchen können, eine besser durchdachte Position zu entwickeln und vorzuschlagen, um genauer und gemeinsam die Umstrukturierungsprozesse zu untersuchen.... Aber trotzdem war unsere Behauptung wichtig, daß die 77er Bewegung nicht weit führen wird, oder so weit wir sehen konnten in Richtungen führen würde, die wir nicht richtig fanden und die uns nicht fruchtbar erschienen. Wir sahen die Gefahren der jugendlichen Absonderung <des Gettos der Jugendbewegung>; und später haben sie ja auch alle bezahlen müssen: die Arbeiter, weil sie allein waren, die Jugendlichen, weil sie anders waren, die bewaffneten Kämpfer, weil sie auf die Verzweigung reduziert wurden. Das hatten wir damals verstanden und denken es noch heute.

Nach '77 wurde in Italien die "Demokratie" eingeengt. Das ist nicht im formalen Sinn gemeint, die BRD, Frankreich usw. sind Beispiele dafür, wie "Demokratien" funktionieren, in denen nur Minderheiten Wahlrecht haben, die Frauen haben in Italien erst nach dem Faschismus das Wahlrecht bekommen usw. Es ging aber darum, das "zuviel an Demokratie", das die Arbeiter in den Fabriken durchgesetzt hatten, die Freiräume, die durch die Kämpfe '68 ff. geöffnet worden waren, zu schließen. Die letzte Ausweitung dieser Freiräume war das Entstehen der vielen "freien Radios" um 1976 rum. Bereits etwas mehr als ein Jahr später wäre das undenkbar gewesen. "Die Tragödie der 77er Bewegung war, daß sie durch sie gerade die ungefähre Empfindung ausdrückte, daß all diese Räume nun geschlossen wurden. Ihre provokatorischen Reden, ihr Nihilismus, die weit verbreitete Gewalt spiegelten sowohl ihre Unfähigkeit als auch die erlebte Dringlichkeit wieder, sich einem System antagonistisch und extrem zu widersetzen, das sich in sich selber einschloß, das seine Verteidigung zur ultima ratio erklärte. Die 77er Bewegung war also keine "Herausforderung", kein Vorschlag für die Zukunft, sondern die aller begrenzteste Behauptung eines "Rechts auf Überschreitung" angesichts der neuen Normen sozialen Konformismus. Für die allermeisten ging es nicht mal mehr um die "antibürgerliche Provokation", sondern um das Ende der Politik. Von daher die Verbreitung des Heroins...Den "Politischen" bleiben zwei Wege offen: die Mehrheit trat in die Parteien ein, die Minderheit trat in die bewaffnete Partei ein - beides Alternativen, die das Ende der "Bewegung" markierten.

In dieser heutigen Demokratie erfüllt die extremste Komponente des sozialen und politischen Antagonismus nunmehr eine institutionelle Rolle: die Aktionen der völlig reduzierten BR müssen immer wieder herhalten, um den "Notstand" zu verlängern. Und wenn in den Jahren des Notstands der Staat und der Profit wiederhergestellt worden sind, warum sollte dann der Notstand abgeschafft werden?

Ein Jahr Bewegung: die Besetzungen 1976/77 in Alessandria

Ein Artikel, der von zwei Widersprüchen/Schwierigkeiten aus einen "Kampf in der Provinz" zu rekonstruieren versucht: zum einen die Schwierigkeit der Militanten in einer Kleinstadt, "das Schiff auf dem Meer zu konstruieren", d.h. durch das Anleiern von Kämpfen überhaupt eine politische und organisatorische Diskussion versuchen zu müssen; zum anderen die ideologische Forcierung von den "Metropolen der Bewegung" her. "Die politischen Gruppen sind in der Provinz zur Sisyphus-Arbeit gezwungen: sie müssen die Mittel, die Kampfformen, die Begrifflichkeit, sogar das Interesse für bis dahin niemals beachtete soziale Schichten anleiern und gleichzeitig eine im eigentlichen Sinn politische Initiative aufbauen." Auf der anderen Seite ersticken sie an der Hegemonie der Bewegungsmetropolen, "welche die strategischen Perspektiven und die taktischen Artikulationen der Bewegung in ein schematisches Modell einengt. Die Analysen des Zentrums über die neuen Klassenzusammensetzungen oder über die neuen revolutionären Subjekte sind meistens völlig übergestülpt worden auf die Situation in der "Provinz". Die Aufarbeitung der Besetzungen in Alessandria ist folglich auch zum größten Teil Aufarbeitung des Scheiterns.

Arbeitergedächtnis und neue Klassenzusammensetzung

Rezension der "Dokumente des Kongresses von Mantua über Arbeitergedächtnis und Klassenzusammensetzung im Oktober 1981" (erschienen bei Maggioli Editore, Mailand 1986 - 40 000 Lire) von Sergio Bologna

"Ich hatte zunächst große Zweifel, ob es richtig ist, die Kongreß-Unterlagen nach 6 Jahren zu veröffentlichen. Meine Zweifel sind verflogen, als ich das Buch gelesen habe, denn ich denke nun, daß diese Veröffentlichung uns die Möglichkeit gibt, unsere Niederlage aufzuarbeiten. In diesem Sinn ist das Buch nicht nur eine "Dokumentation", sondern ein Arbeitsprogramm."

"In allen kapitalistischen Ländern hat der Neo-liberalismus der 80er Jahre ein Gesellschaftsmodell eingeführt, das überall sehr ähnlich war. Wie auch immer die produktive und soziale Struktur, das Bruttosozialprodukt oder die Zahlungsbilanz jeweils ausgesehen haben, überall wurde ein Fünftel der Bevölkerung in Armut gedrückt und nur zwei Drittel kamen in den Genuß des wachsenden Reichtums und der Beteiligung an den kommunikativen und Aufstiegsmöglichkeiten. Auch die technologischen und industriellen Modelle waren sehr ähnlich, so wie auch überall die Reduzierung der Arbeitskraft auf ein flexibles Element ähnlich war. Allerdings müssen wir uns fragen, ob dieser Prozeß in Italien nicht dermaßen "politisch überbestimmt" ist, daß er qualitativ anders abgelaufen ist. Nicht nur die technische Zusammensetzung wurde geändert, sondern vor allem die politische. Die Entlassungen wurden nicht nur nach dem Kriterium des "technologischen Überschuß" vorgenommen, sondern nach "disziplinarischen Notwendigkeiten". Die Arbeit wurde nicht nur als "überflüssig" angesehen, sondern als "gesellschaftlich gefährlich" und dieser Übergang hat eine besondere Kultur und eine besondere Denkweise geschaffen.

Nach dem "Notstand" wurde die abhängige Arbeit als völlig ungenügend zur Herstellung eines Disziplinierungssystems angesehen. Deshalb hat sie ihre konstitutive Zentralität verloren, ihren exemplarischen Wert und ist in dieser Rolle ersetzt (besser wohl: begleitet; d.Ü.) worden durch die abhängige Arbeit des selbständigen Unternehmers. Dieser stellt das Modell der "aktiven Disziplin" dar, die Lohnarbeit stellt nur ein Modell "passiver Disziplin" und der Marginalisierung der Arbeit dar, die Nichtarbeit das "Bestrafungs"-Modell. Alle drei haben aber gleichermaßen den Status von Schutz und damit verbundenen Garantien verloren. Alle drei sind sehr viel enger an das Konzept von Risiko als an das von Sicherheit gebunden. Der neo-Darwinismus diszipliniert den Selbstunternehmer über den Bankrott, den abhängigen Arbeiter über die Arbeitslosigkeit und die Nichtarbeit über die physische und moralische Disgregation..."

Knast und Lebensgeschichten: der Student, der Schmuggler, der Boxer

Ein Typ aus der Bewegung, der im supermodernen Knast von Ivrea gesessen hat, hat dort zusammen mit anderen Gefangenen versucht deren Lebensgeschichte aufzuschreiben. Im Artikel gibt er drei Geschichten aus dem Gedächtnis wieder von Leuten, die typisch für die "moderne Knastbevölkerung" sind, deren traditionelle "kriminelle" Reproduktionsformen vom modernen italienischen Staat nicht mehr geduldet werden. Sie erzählen sowohl von den sozialen Zusammenhängen, aus denen sie kommen, als auch über ihre Verschiebungen zum Teil durch alle Typen italienischer Knäste, bis sie in dieses supermoderne Gefängnis mit seinen Qualifizierungskursen einerseits und toten Trakten andererseits gekommen sind (1980 eröffnet, etwa 200 Knackis, unterteilt in zwanzig Sektionen, fast nur Einzelzellen).

Wer die Zeitschriften selber lesen will, kann sie bei uns bestellen (Sisina Postfach 360 527 1000 Berlin 36), indem sie/er Kohle auf unser Konto überweist und zwar in DM - 1 000 Lire sind etwa 1,50 DM - plus ne Mark oder so für Porto - Konto-Nummer 315 02109 Ihr müßt unbedingt dazuschreiben: "Sonderkonto Zeitung" - und außerdem natürlich, was Ihr für die Kohle wollt!) Außerdem möchten wir vorschlagen, falls jemand noch andere Teile aus diesen Zeitschriften übersetzt, sie ans "info" zu schicken, so daß wir sie darüber noch mehr Leuten zugänglich machen können.

Restrukturierung und Kämpfe im Banksektor (aus Wobbly/Collegamenti Nr.19)

Einleitung

Vor drei Monaten sind die Tarifaueinandersetzungen bei den Banken zuende gegangen. Überlegungen darüber anzustellen erfordert einige Anstrengungen, denn der neue Tarifvertrag selbst zeigt beispielhaft die Zentralität der Dienstleistungen, oder besser gesagt, einiger Dienstleistungen in den modernen industriellen Gesellschaften.

In Wirklichkeit gilt es hier, zahlreiche Ebenen und Verwicklungen in die Überlegungen einzubeziehen, deshalb möchte ich sie in ihrer Gesamtheit angehen. Es kann sicher nicht darum gehen, vorschnell sinnlose Hypothesen rauszuballern über irgendein phantomhaftes neues Subjekt; mein Ziel ist viel bescheidener, ich möchte "von innen heraus" Zeiten und Formen des Kampfes, die Debatte an der Basis, Interessen und Strategien in Konfrontation und Kollision rekonstruieren. Unser altes Interpretationsschema, das Erbe unserer Vergangenheit, können wir nicht mehr benutzen, es muß neu zur Diskussion gestellt werden, bevor es wieder funktionieren soll. Früher hatten wir ein fast kanonisches Erklärungsschema: Forderungen der Arbeiter/Antwort des Unternehmers/gewerkschaftliche Vermittlung als Anwendung des Nexus Kämpfe-Restrukturierung-Kämpfe. Die Unternehmerantwort auf den Druck von unten basierte auf der Zersplitterung der Homogenität, dem Zerschneiden des Kollektivs, der Einverleibung der Forderungen in den Entwicklungsmechanismus des Systems selbst. An diesem Schema müssen wir heute wesentliche Veränderungen vornehmen: heute scheint die Initiative fest in der Hand der Gegenseite, dem Kapital, zu sein. Es wäre also noch korrekt, die heutige Wirklichkeit aufzufassen als Ergebnis eines fortgeschrittenen und verbreiteten Kampfzyklus und die Unternehmerantwort als Initiative und Dynamik, die darauf gerichtet ist, die aus diesem Kampfzyklus entstandene produktive und normative Ordnung niederzureißen: eine Ordnung, die Kräfteverhältnisse widerspiegelt, die überholt und für das Kapital ungünstig sind.

Das neue Interpretationsschema lautet also: unternehmerisch-gewerkschaftliche Initiative/Antwort der Arbeiter/Neudefinition des Kräfteverhältnisses im Tarifvertrag. Die Dialektik Arbeit-Kapital verändert sich also: Gewerkschaft als Links-Mitte des Kapitals und Arbeiter als stumme und passive Basis, die nur ab und zu Signale aussendet, die die Wahl der Leitung (scelte di gestione) orientieren können, aber ihre grundlegende Logik und

das Gesamtergebnis nicht eigentlich angreifen können. Eine Gewerkschaft, die in einer Logik von Rationalisierung überlegt und handelt, die auf den Versammlungen mit ihrer eigenen Basis verhandelt, die die Unternehmensideologie verbreitet. Zusammengefaßt ein Apparat, der die "Innenbeziehungen" des Unternehmens zu regeln weiß (sapiente), ist mehr als politisches Subjekt Träger von materiellen und konkreten Interessen. Gegenüber die Klasse mit ihren inneren Widersprüchen, aber auch dem ihr verbliebenen Rest an Verhandlungsmacht. In unserem Sektor haben wir es offensichtlich mit einem Teil der Klasse zu tun, der wenig mit dem "proletarischen Körper" vergleichbar ist, aber fast vollständig außerhalb der korporativen Logik steht, die nicht allzuviele Jahre zurückliegt: massive Neueinstellungen über 15 Jahre hinweg haben diesem Sektor ein neues soziales Bild und eine neue Vorstellung von sich selber gegeben und die alten verfallenen und überlebten Bezugsmodelle weggefegt. Die relative zahlenmäßige Stärkung der autonomen Gewerkschaft (der FABI) kann man nicht auf Einflüsse aus der Vergangenheit zurückführen; sie spiegelt vielmehr die wachsende Entideologisierung der Gewerkschaftstätigkeit und der Arbeit generell wider.

Ich möchte hier einige Fragestellungen aufwerfen, die das Bankensystem betreffen und mit den relevanten Restrukturierungsphänomenen zu tun haben, die in den letzten Jahren fast alle 1000 italienischen Kreditinstitute erfaßt haben. Die Haupthypothese ist, daß diese Umstrukturierungen sehr tiefgreifend Tätigkeiten und Arbeiterfiguren in diesem Sektor verändert haben, ohne jedoch die Verhandlungsmacht und die Möglichkeit von Konflikt und Kampf dadurch anzugreifen; diese Veränderungen haben möglicherweise eher die Widersprüche und täglichen Spannungen am Arbeitsplatz verschärft. Über das Verhältnis Arbeit-Kapital hinaus mußten sich die Banken in den letzten Jahren neuen Problemen stellen, die einerseits mit den neuen Technologien und den neuen Zahlungssystemen zusammenhängen, andererseits mit der Notwendigkeit, die eigene Rolle gegenüber dem Markt, den traditionellen Gesprächspartnern und insbesondere gegenüber dem Unternehmen neu zu überdenken. Wir möchten beim letzten Punkt beginnen und dann zur Tarifaueinandersetzung und zur materiellen Klassenzusammensetzung zurückkehren, die sie verursacht hat.

Der Markt

Wie man sich leicht vorstellen kann, war er sehr "bewegt". Hier ist die Stabilität sowieso nicht gerade hausgemacht: die Explosion der Börsen"vorgänge" und die rasend schnelle Verbreitung der Investmentfonds, die größtenteils an der Haustür verkauft wurden, sind schon jüngste Geschichte (siehe dazu Wobbly/Coll. Nr.18). Zwei Erscheinungen haben eine blitzschnelle Anpassung an die neue Realität erfordert, und sie sind sicherlich nicht abgeschlossen: alle Banken mußten einen eigenen Fonds improvisieren und genau in diesen Tagen startete das Projekt, das die 10 italienischen Börsen in einem telematischen Netz verbinden sollte. Die Tendenz geht dahin, zu einem kontinuierlichen Handel mit Titeln zu kommen und an der Corbeille den ganzen Geschäftsverlauf zu konzentrieren, wobei sich der Tageskurswert der gehandelten Papiere auf 700 - 1 000 Milliarden Lire (von jetzt 250 - 300) erhöht. Es sind relevante Interessen im Spiel, das zeigt die Auseinandersetzung zwischen Banken und Börsenmaklern. Die konsolidierten Gleichgewichte können nicht von einem Tag auf den andern gesprengt werden, aber die Machtbeziehung verändert sich in sensibler Weise und die Tendenz des Bankensystems verschärft sich, jede Vermittlung "zu sprengen", um das eigene Gewicht zu verteidigen/zu stärken in der direkten Verbindung zwischen verschiedenen Märkten, zwischen Sparern und Investoren von Finanzressourcen, zwischen Familien und Unternehmen.

Insgesamt haben die Banken eine gigantische Anstrengung unternommen, um nicht außerhalb der Finanzentwicklung zu bleiben: Es geht um riesige Mengen an Sparvermögen, die in den nächsten zehn Jahren vom italienischen System produziert/investiert werden (man spricht von Schätzungen in der Größenordnung von Millionen von Milliarden). Das spezifische Gewicht des Sparvermögens, das direkt von den Banken verwaltet wird, soll von 43% auf 27% sinken, aber insgesamt werden die neuen Investitionsformen von Gesellschaften angeboten werden, die von den Bankinstituten gegründet und von ihnen abhängig sind. Das Problem ist allenfalls, eine Veränderung bei Beratungsdienst/Hauptkas-se/Vermögensverwaltung und Devisengeschäft zu durchzuführen. Man denke nur einmal an die In-

tervention auf dem Markt der gemeinsamen Fonds: den Gesellschaften, die Gründungen der Banken sind, gelingt es oft nicht, die eigenen Aktivitäten mit der Führungsgruppe abzustimmen, die Beratung an den Bankschaltern ist zu allgemein, zu wenig spezialisiert. Deshalb gibt es eine deutliche Spaltung je nach Tätigkeitsbereich, das Personal ist spezialisierter und ist mehr angespornt/angetrieben durch die Abhängigkeit von der Gesellschaft, bei der es angestellt ist, Bezahlung auf Provisionsbasis und Benutzung des Bankennetzes nur als Unterstützungsnetz/verwaltungsmäßige Ausführung/Verkaufsförderung.

Die Banken behalten also nicht zur Diskussion stehende Zentralität im Finanzsystem, obwohl ihre Vermittlungstätigkeit immer mehr wegfällt. Die Reduzierung der Gewinne bei der Geldanlage (Kredite) müßte mehr als aufgewogen werden durch Provisionen und Spesen für die verbleibenden Dienstleistungen (nach den Voraussagen des Arthur-Andersen-Reports rechnet man man einer 14%igen Erhöhung in den nächsten zehn Jahren). Die Konzentration im Sektor begünstigt Einsparungen; eine drastische Reduzierung der mittleren und kleinen Institute ist vorgesehen (d.h. weniger als 2000 Mrd. Lire Geschäftsvolumen, die nur dank kontinuierlicher Fusionen oder Einverleibungen überleben können, die ihre Struktur vergrößern.

Der italienische Markt stellt sich jedenfalls vielversprechend dar: die Deutsche Bank hat über den Daumen gepeilt 850 Mrd Lire für den Zutritt ausgegeben, indem sie im Dezember die Banca d'America e d'Italia gekauft hat und als Gewicht in die Verhandlungen mit der Bank of America e Banca d'Italia das Prestige ihrer kolossalen Größe geworfen hat (ein Netz von 1300 Filialen in Deutschland). Im übrigen muß man nur die Fortschreibung der Bilanzen beobachten, um sich darüber klarzuwerden, daß wir von einer Krisenzone entfernt sind: allein für die ersten 30 Banken (die 70 % Marktanteil halten) können wir für 1985 ein Bruttoergebnis von 3 588 Mrd notieren und einen Reingewinn von 2 081 Mrd. 1986 war noch besser: allein im ersten Halbjahr hat die Börsenexplosion und der Titelhandel das Bruttoergebnis auf 3 737 springen lassen (mehr als im ganzen Jahr 1985). Wir sind auch von der amerikanischen Situation weit entfernt, wo 10 % der Banken unter Aufsicht stehen und 1986 das Rekordjahr an Bankenzusammenbrüchen gewesen ist (138) seit den Jahren der Großen Depression: es handelt sich also nicht um eine internationale Krise, sondern um lokalisierte und begrenzte Schwierigkeiten der in Öl- oder Landwirtschaftsregionen konzentrierten Banken, oder solcher, die zu sehr der Verschuldung der Dritte-Welt-Länder ausgesetzt sind.

Technologie und Beschäftigung

Das meiste Kopfzerbrechen haben den Bankdirektionen jedoch die neuen Technologien gemacht. Herbeigesehnt, geliebt, in den Himmel gelobt als "Endlösung" jeglicher Probleme seitens all ihrer Apologeten (Gewerkschafter, Personalchefs, Dummköpfe verschiedener Couleur), haben die neuen Technologien einige Engpässe verursacht. Den massivsten Anteil daran dürfte der Bancomat haben: fünf Jahre Experimentierzeit, 2 400 funktionierende Schalter, 3 Mio ausgegebene Scheckkarten haben jedoch nicht die erhofften Früchte eingebracht. Am 20. November letzten Jahres lief das Ultimatum der ABI ab, der Bankenvereinigung (Associazione delle banche): wer definitiv dem System beitreten wollte, mußte nun Ernst machen und sich wirklich dem Netz anschließen, d.h. einige Milliarden losmachen, um ein Funktionieren des ganzen Systems in Real time zu garantieren. Bis zu diesem Tag waren nur 140 der 300 dazugehörigen Banken Vollmitglieder mit ca. 2 000 Geldautomaten in Funktion. Alle kleineren Banken investieren nur widerwillig große Summen für geringe Vorteile. Das Problem ist einfach: Um Sicherheit, Einheitlichkeit, Effizienz und Rentabilität zu gewährleisten, ist ein einziger Zentralrechner notwendig, der die Geldströme in Real time verwaltet, und das Konto der abhebenden Kunden sofort belastet. Nur so kann die Scheckkarte bei anderen Banken benutzt werden und somit der neue Service flächendeckend für das ganze Land sein. In Wirklichkeit hat der Bancomat den Erwartungen nicht entsprochen: Ursprünglich gedacht als "internes" System, das dem Schalterpersonal in den Geschäftszeiten zur Seite steht, wird es immer mehr zu einem System außerhalb der Bank für die Nachtstunden und das Wochenende, aber das Publikum macht noch immer wenig Gebrauch davon: es ist nicht daran gewöhnt und manchmal boykottieren die Bankmanager es selbst aktiv, um nicht den persönlichen Kontakt zum Kunden zu verlieren.

Es gibt bisher keine offiziellen Daten über die Benutzung des Bancomat: eine technologisch fortgeschrittene Bank gibt das zu erreichende Ziel mit 8 000 monatliche Abhebungen pro Geldautomat an. Wenn es erreicht wird, hätten wir mit 2 400 funktionierenden Automaten ein Monatsmittel von 20 Mio Operationen, pro Jahr 240 Mio. Wenn wir betrachten, daß ein Arbeiter pro Tag im Schnitt 150 Operationen ausführt, ist die Rechnung einfach: in diesen ersten fünf Jahren Probelauf hätten die Geldautomaten 8 000 Arbeiter ersetzt. In Wirklichkeit ist es nicht so schematisch gelaufen: zuallererst ist die durchschnittliche Benutzung viel niedriger, dann ist eine gewisse Zeit notwendig zum Laden und Entladen des Bancomats, für Überprüfung und Kontrolle, für Rückgabe und Rückruf von Scheckkarten, für die Änderung von Geheimnummern in Fällen von Betrug usw. Zusammengefaßt gibt es eine große Menge "induzierter" Arbeit. Genaue Daten sind jedoch noch nicht verfügbar und man hat den Eindruck, daß die Ratlosigkeit gegenüber diesem System groß ist: Wirtschaftlichkeit und Funktionieren sind die meistdiskutierten Punkte. Zu oft bricht die Leitung zusammen: Verzögerungen in der Erforschung der optischen Fasern und der Nachrichtentechnik, ungenügende und verzögerte Wartung seitens der STET, all das funktioniert als Knüppel im Getriebe. Ein klassischer Fall ist die Nichtanpassung zwischen Bank und Telefonleitungen.

Der neue Tarifvertrag erfaßt, wie wir sehen, die Situation voll und verändert die Beziehung zwischen Arbeitskraft und Technologie. Der Bancomat muß funktionieren, wenn er gebraucht wird, und das heißt, außerhalb der Schalterstunden: also geht es um Verfügbarkeit des Wartungspersonals der Geldautomaten. Auf jeden Fall werden die Banken weiterhin ein etwas anomales Beispiel dafür sein, wie eine erhöhte, intensive und konstante technologische Innovation nicht in zerstörerischer Weise auf die Beschäftigung drückt, sondern nur die Neueinstellungen bremst. Diese Feststellung muß man aufmerksam lesen: ich will nicht leugnen, daß es Probleme im Übermaß gibt, sondern nur sagen, daß die Situation von Institut zu Institut sehr unterschiedlich ist. Die drei nationalen Kreditbanken haben in der Praxis das Turn-over blockiert und die Teilzeitarbeit eingeführt, um ihr Personal zu lichten und Lohnkosten abzubauen, die BNL gibt einen Personalüberschuß von 5 000 an; konkrete Krisensituationen gibt es konkret beim Nuovo Banco Ambrosiano, der 600 Arbeiter in andere Betriebe versetzt hat, desgleichen Barclays Bank mit 172, die Banque Indosuez hat 150 Angestellte entlassen und die Banca Sabbiese 12, einige Institute, die in der Krise waren, sind von größeren Banken geschluckt worden. Aber insgesamt wächst die Zahl der Bankangestellten:

Hinter dem Bankschalter

(Angestellte bei Banken und Sparkassen in Tsd. und Veränderung in %)

1975	217,5	-
1976	227	+4,4
1977	239	+5,3
1978	250	+4,6
1979	265,5	+6,2
1980	278	+4,7
1981	291,3	+4,8
1982	300	+3
1983	307,2	+2,4
1984	310	+0,9
1985	315	+1,6

Die Wachstumsraten sind natürlich gesunken, aber immerhin sind in den letzten zehn Jahren 100 000 neue Arbeitsplätze entstanden im Zuge der gewaltigen Expansion der angebotenen Dienstleistungen und durch die wachsende Erweiterung der Rolle der Bank, was unter anderem zu einer unvermittelten Verjüngung der Arbeitskraft, zu einem Sinken des Durchschnittsalters geführt hat.

Die Einstellungswelle scheint nach einer relativen Stagnation 1984 anzuhalten: Die Verlängerung der Schalteröffnungszeiten (die Banken sind zunehmend auch nachmittags geöffnet) hat offensichtlich neue Anforderungen an die Arbeitskraft gestellt und zweifellos zu einer drastischen Verschlechterung der Arbeitsrhythmen und -belastungen geführt. Die starken Veränderungen haben jedoch ihre Ursache in der "Revolutionierung" der Zahlungssysteme, die erst jetzt Fuß faßt. In diesem zuendegehenden zweiten Jahrtausend sollen wir alle das verhaßte

Bargeld verabscheuen lernen: der Tag ist nicht weit, an dem nach amerikanischem Modell nur noch Hungerleider Banknoten benutzen. Drei Stufen sind vorgesehen: in einer ersten Phase wird die Benutzung des Bancomat überallhin ausgeweitet, er soll 24 Stunden am Tag zur Verfügung stehen und eine intensivere und vollständigere Kommunikation zwischen Maschine und Benutzer bieten (die Möglichkeit, Rechnungen zu bezahlen, Überweisungen zu tätigen, Kontoauszüge abzurufen). In einer zweiten Phase soll massiv die italienische Kreditkarte (CartaSI) lanciert werden, die von 60 000 Handelsunternehmen akzeptiert wird und so einen ersten Bruch mit der Tradition des Schecks darstellt. In der dritten Phase sollen Terminals an großen Warendistributionszentren aufgestellt werden (Großmärkten) und an Warenzirkulationsknotenpunkten (Bahnhöfen, Flughäfen, Autobahn-zahlstellen). Informatisierte Finanzströme werden jede Handelstransaktion vermitteln. Zwei innere Hindernisse hat jedoch diese gigantische Veränderung, ein technisches und ein politisches. Der technische Knoten ist der schon erwähnte: die Telekommunikation. Ein solches Netz in Real time zusammenzufügen ist keine Kleinigkeit, wie es auch kein Kinderspiel ist, akzeptable Sicherheitsebenen zu garantieren. Badge identification, Zugangsschlüssel zum System, Reservierung der Information und Schutz der privaten Freiheiten werden die Hauptthemen dabei sein. Der politische Knoten hängt zusammen mit der Galaxis der Dienstleistungen, die wie auch immer noch als Beschäftigungspuffer funktioniert und zur Abladung von Kompensationsstörungen der traditionellen Repräsentanz des Handelssektors: eine solche Logik bevorzugt natürlich die Großverteiler und kündigt eine Welt an nach dem Modell des Konsumbasars (Einkaufszentren) mit verlängerter abendlicher Öffnung und entlohntem Verkaufspersonal, das in Schichten arbeitet. All das dient dazu, die Familienbetriebe zu strangulieren und all die Betriebe, die sich am "Rand" des ökonomischen Spektrums bewegen. Diese Dynamik ist schon in Gang bei den kleinen Lebensmittelgeschäften, die 1986 einen Geschäftsrückgang hatten. Auf lange Sicht wird es also nötig sein, kontinuierliche Vermittlungen mit den gegebenen politischen Interessen zu suchen und die "Revolution" auf die Zeitspanne zu strecken, die notwendig ist, um die Spannungen, die dabei entstehen können, schmerzlos zu absorbieren. Aber zurück zur Tarifaueinandersetzung.

Berufsbilder und Verhandlungsmacht

Wir haben also gesehen, daß die technologische Umstrukturierung als ständige Neudefinition der Arbeitsorganisation nicht den Beschäftigungstrend umgekehrt hat, sondern einfach den Expansionsprozeß verlangsamt hat und, was noch wichtiger ist, keine starken Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis gehabt hat.

In der Bank, in der schon umstrukturierten Bank, hat sich nach und nach eine nicht neue Situation entwickelt: die Technologie hat tief in die Beziehung Klasse-Kapital eingewirkt und dabei die Integration zwischen Mensch und Maschine beschleunigt, die Produktivität und die Anzahl der Pro-Kopf-Operationen erhöht, Folgephasen des Produktionszyklus kompakter gemacht und tote Zeiten /Wartezeiten verringert. Es hat eine starke Beschleunigung der Arbeitszeiten und eine weitgehenden Integration der für einen einzelnen Vorgang notwendigen Arbeitsphasen gegeben. Das gilt für alle Massentätigkeiten, betrifft aber auch die weniger auffälligen Sektoren wie Börse, Devisenhandel und Darlehen. Im Bereich der Massendienstleistungen sind drei Berufsbilder in eine einzige Figur zusammengefaßt worden, den Schalterarbeiter, der nun individuell verantwortlich ist einem Publikum gegenüber, das oft wütend ist nach stundenlangem Schlangestehen, der "genormt" ist von der Kundschaft selbst und manchmal von der Selbstdisziplin und dem verinnerlichten Verantwortungsgefühl. Aber den Arbeiter an einen Terminal zu fesseln garantiert weder Konsens noch Integration, gerade auch weil es jeden mystifizierenden Diskurs über Qualifikation und Arbeitsethik definitiv bedroht. Es gibt wohl Respekt gegenüber der Kundschaft, was sich aus deren sozialer Nähe ergibt (größtenteils proletarischer Herkunft - Rentner, abhängig Arbeitende), aber die Unterwürfigkeit gegenüber den Vorgesetzten verschwindet, deren einzig gebliebene Funktion die von Kontrolleuren/Aufsehern ist (im Sektor Massendienstleistungen). Der Terminal hat kein eigenes Leben, er kann nur auf den Input antworten (wenn auch wesentlich schneller als früher), der ihm eine Einheit Arbeitskraft liefert.

Das ist der harte Kern, an den sich die Institute und die Gewerkschaft nicht herangewagt haben. Die Vertrauenswürdigkeit und die Mühe des Operators müssen bezahlt werden: eine aufreibende Arbeit, ständige Genauigkeit, Aufmerksamkeit, geistige Anspannung muß einen adäquaten Gegenwert in Geld haben.

Nur die Arbeitskraft kann die Maschinerie in Bewegung setzen: das haben die Unternehmer schnell erkannt. Und auf dieses besondere Segment der Arbeitskraft hat sich nun die entscheidende Verhandlungsmacht verschoben und konzentriert. Wenn man genau hinschaut ist dieser Tarifvertrag, der seit zwei Jahren abgelaufen war, sehr schnell zustandekommen: 30 Stunden Streik konzentriert auf 12 Arbeitstage zwischen dem 28. November und dem 12. Dezember. Das reicht, um das Nervensystem des nationalen Finanzzyklus zu berühren: von der Steuereinzahlung Ende November bis zur Auszahlung des dreizehnten Monatsgehaltes; wie immer war die Auseinandersetzung vor dem Weihnachtsfest und den großen Einkäufen zuendegebracht worden.

Und im Zentrum des Kampfes standen dabei die Schalterarbeiter mit ihrer Kontrolle über die Massendienstleistungen. All die Nebenbüros haben eine Rolle dabei gespielt: die Institute hatten große Probleme mit der Verwaltung der Hauptkasse, sie haben ansehnliche Beträge gewonnen und verloren durch nicht ausgeführte Operationen im Titel- und Devisengeschäft, sie mußten auf die Kreditermittlungen warten, aber die stärkste Auswirkung auf Disagio und Aus- und Einzahlungen hatte der Streik der Kassenschalter.

Verbitterung, Warten auf die Lohnüberweisung, Anzeigen und gerichtliche Eingriffsversuche verflochten sich und brachten so wieder das Gerede über die Kriminalisierung der Kämpfe und die Selbstregulierung des Streikrechts auf. Uns interessieren dabei vor allem das Ende des "Gebrauchs der Krise" als Disziplinierung der sozialen Ansprüche, die Fortdauer und Verschärfung der Konflikte in der umstrukturierten Bank und die politischen Inhalte des Kampfes, die in wachsendem Maß die Ablehnung der Ideologie der Arbeit, der Qualifikation, der Anhänglichkeit an den Betrieb, widerspiegeln und dabei gleichzeitig eine harte Kritik der gewerkschaftlichen Unterwürfigkeit und eine Ablehnung der Delegation der eigenen Bedürfnisse an andere bekräftigt. Das Verhältnis zur Gewerkschaft ist nicht einhellig, und neben recht starken Schichten von wirklichem Konsens gibt es eine nunmehr nicht mehr zu gewinnende Gruppe des Dissens, die aber zu oft resigniert und wenig kämpferisch ist.

Ziele und Ergebnisse

Die von der Gewerkschaft aufgestellte Plattform spiegelt, wie schon bemerkt, das Erfordernis wider, Struktur und Bestimmungen des Arbeitsverhältnisses anzupassen, um eine Reihe von bestehenden rigiden Verhaltensweisen abzubauen. Insbesondere war es das Ziel, den bürokratisch/garantistischen Mechanismus der internen Beförderungen anzugreifen und durch einen nach Managerkriterien/Leistungskriterien bestimmten Selektionsmechanismus zu ersetzen. Die Plattform enthielt demnach eine implizite "Öffnung" bezüglich der Verlängerung der Schalterstunden, eine uralte Forderung der Institute, und insgesamt wurde die Bereitschaft ausgedrückt, "über alles zu verhandeln". Die wichtigsten Punkte der Gewerkschaftsforderungen waren folgende vier:

- 1) neue Gewerkschaftsrolle, Mitverwaltung, Abkühlung des Konflikts und Ausweitung des IRI-Protokolls.(?)
- 2) Neues Beförderungssystem, Abschaffung der automatischen Beförderung, Einstufung gemäß der Tätigkeit und Einführung von Kadern.
- 3) Wöchentliche Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde und 15 Minuten.
- 4) Mittlere Lohnforderung von 230 000 Lire, die stark aufgefächert war (von 80.000 bis 360 000).

Nach dreimonatigen Verhandlungen ohne Streik haben die Banken eine wirkliche Gegenplattform aufgestellt, die die ersten beiden Punkte zurückwies, die Punkte zu Lohn und Arbeitszeit offenließ und dann die Unternehmerforderung aufs Tapet brachte: Mobilität und Flexibilität des Personals als Führungsinstrument der Arbeitskraft, mehr Über-

stunden, Anerkennung der Vorgesetzten, Verfügungsgewalt über die Schalterstunden. Die Gewerkschaft beschloß daraufhin, sowohl die Mitbestimmung als auch die neue Einstufung fallenzulassen (kein Konsens von unten, kein Interesse von oben). Die Banken zogen es vor, die alte hierarchische Struktur beizubehalten, die des Gebrauch des Personals auf einem weiten Gebiet von Tätigkeiten ohne große Hindernisse zuläßt (Fungibilität), und gleichzeitig von der Einführung der Kader den Aufbau einer funktionierenden Hierarchie erwarten läßt; zwei Berufsbilder wurden geschaffen über den früher höchsten Angestelltengrad (Bürovorsteher) hinaus. Die erste Kaderebene wird ein monatliches Einkommen von 150 000 Lire haben, die zweite 230 000 Lire. Die Gewerkschaft hält die Kader innerhalb ihres Systems von Repräsentanz/Kontrolle und die Banken haben die Möglichkeit, neue Ziele anzuvisieren, um Treue, berufliche Qualifikation, und Kommandofunktion zu belohnen. Der Arbeitsinhalt der neuen Figuren ist in der Tat nicht einheitlich, er reicht von einer objektiven Qualifikation (Verantwortlichen für den Devisenhandel oder eine Kreditabteilung) zu einfachen Kontroll/Kommandofunktionen (Koordinator der Schalterarbeiter, Verantwortung für kleine Schalter, verschiedene Laufburschen). Auf alle Fälle hat dieses Arbeitssegment am meisten der Gewerkschaft wirklichen Konsens gezollt (und das ist kein Wunder: die durchschnittliche Gehaltserhöhung ist bei den Vorgesetzten in diesem Tarifvertrag höher als 300 000 Lire). Die gewerkschaftliche Vertretung dieser Figuren des mittleren Managements gründet sich also auf eine gut gepolsterte materielle Struktur. Nicht so für die anderen Arbeiterschichten. Hier bei der großen Masse des Personals (die Kader bilden etwa 5 % der Gesamtarbeitskraft) gab es wesentliche Lohnerhöhungen nur im Austausch gegen andere Garantien.

Die Hauptpunkte der Unternehmerplattform, die durchgekommen sind, betreffen die Mobilität und die Flexibilität.

Die Mobilität wird verstanden als weiche Lenkung zukünftigen Personalüberhangs; berufliche Weiterbildung/innere Mobilität, Mobilität nach außen werden aufeinanderfolgende Phasen zur Aufnahme der Personalreduzierung sein, die Umstrukturierungsprozesse mit sich bringen. In der Substanz geht es dabei um eine ausgehandelte Quote von Personal, das umgeschult oder rausgeschmissen wird mit der Möglichkeit, das Arbeitsverhältnis zu kündigen und eine Neueinstellung mit einem neuen Vertrag vorzunehmen in angeschlossenen bankähnlichen Firmen; ein Instrument also, das bei Bedarf in von der "Krise" betroffenen Unternehmen angewandt werden kann.

Bezüglich der **Flexibilität** zielt der Diskurs darauf, die Schalterstunden um eine weitere halbe Stunde zu verlängern vom 1. Januar 1988 an, wobei die Firma die Möglichkeit hat, 10 % des Personals um eine halbe Stunde bei Eintritt/Austritt gleiten zu lassen. Darüber hinaus gibt es in einigen Bereichen (Börse und Devisen) eine Ausweitung der gegebenen Möglichkeiten, die Arbeitszeit um zwei Stunden zu verschieben mit Zuschlagszahlungen (4 000 Lire pro Tag), die Schichten auszuweiten für das Personal in den Rechenzentren, Verfügbarkeit des für Bankomat und technische Anlagen zuständigen Personals (30 000 Lire mehr pro Tag, 20 000 pro Intervention). Also Kommando über die Zeit nach Belieben des Unternehmens und partielle Zersplitterung der Arbeitskraft: es ist klar, daß ein Großteil der Leute, die gezwungen sein werden zu gleiten oder Schicht zu arbeiten, es freiwillig tun (dank der Vergütung), aber gleichzeitig darf man den Zwang durch die "technisch-organisatorischen Erfordernisse" nicht ausschließen. Der Knotenpunkt, der großes Unbehagen im Augenblick der Anwendung hervorgerufen hat, ist die Verlängerung der Schalterstunden auf sechseinhalb Stunden täglich. Die Banken werden die Arbeitszeit des einzelnen verlängern können, indem sie einfach der Gewerkschaft die "technisch-organisatorischen Bedingungen" darstellen, damit sie zustimmt: das wirkliche Problem wird sein, eine weitere Erschwerung der Arbeitsbedingungen der Schalterarbeiter durchzusetzen. Schon heute sind diese Figuren am Rande der Erschöpfung, und im Gegensatz zu unwahrscheinlichen deutlichen Veränderungen in der Einstellungspolitik/Rotation wird es viel heikler sein, ihnen zu erklären, daß sie ihre Produktivität und individueller Arbeitsbelastung noch steigern müssen. Halten wir uns außerdem vor Augen, daß ausgerechnet 1988 die fünf Mindestjahre verfallen, die der Schalterarbeiter in seiner neuen Tätigkeit hinter sich bringen muß: theoretisch hat man dann Anspruch auf eine Versetzung, aber in Wirklichkeit werden die Banken auf diese Forderungen nicht eingehen können, außer sie stöbern

noch Personal in den Büros auf und werfen es ins Getümmel. Das heißt also einerseits Ende der Illusionen, andererseits Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Im Gegenzug zu alldem gab es nur eine lächerliche Arbeitszeitverkürzung (25 Minuten in der Woche, fünf Minuten am Tag) und einen eher fetten Lohnabschluß. Die einmalige Zahlung für die beiden letzten Jahre liegt zwischen 1 000 000 und 3 700 000 Lire und die monatliche Lohnerhöhung vom 1.1.88 an bewegt sich zwischen 66 000 für die Hilfskräfte und 265 000 für die Abteilungsleiter, eine "Reparametrierung" und Neuerrichtung der Hierarchie, die durch die Gehälter gut geölt wird, und ohne eine Schicht von Angestellten, die über die automatische Beförderung in den höheren Kategorien zusammengeballt sind und ein hohes Dienstalter haben, zu verprellen. In der Tat erhöht sich ihre Gehaltsstufe um 25% als auch der Wert ihrer Beschäftigungsjahre und zwar zu gleichen Teilen.

Bei der Schlußbetrachtung fällt ins Auge, daß eine bestimmte Verhandlungsposition einer Kategorie umfassend "bezahlt" wird: die durchschnittliche Gehaltserhöhung liegt um 50% über dem Mittel in den klassischen Industrie-sektoren mit der Metallindustrie an der Spitze. Eine Korrektur muß allerdings gemacht werden: die Kürzungen der Scala mobile von 1983 und 1984 wurden nicht angewandt, und bis heute werden monatlich 60 000 Lire als Ausgleich für diese Veränderungen des Indizierungssystems gezahlt. Der neue 1986 eingeführte Mechanismus der Scala mobile (halbjährliche Anpassung) kann für die höher Qualifizierten einen höheren Deckungsgrad haben durch die Erhöhung proportional zum Grundlohn plus Zuschlag für die Funktion.

Es gibt also eine Spaltung der Kategorien entlang zweier Linien: erstens niedriger Dienst/höherer Dienst, zweitens Arbeitseinsatz. Der Lohnabschluß wurde mit Überzeugung unterstützt von den höheren Dienstgraden, die weniger der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, weitgehende Nichtzustimmung und Wut gab es seitens derer, die weniger verdienen und mit mehr Arbeitsbelastungen zu rechnen haben (vor allem die Jungen, die Frauen und die älteren Angestellte, die in höheren Ebenen nicht verwendbar sind).

Man kann abschließend sagen, daß es eine Tarifaueinandersetzung im Zeichen der Modernität war, in der alles zusammenkam: strategischer Sektor/Verhandlungsmacht/sehr schnelle Konfliktlösung/Gewerkschaft als Subjekt der Rationalisierung/nicht homogene Antwort der Klasse/Segmentierung der Erwartungen und Forderungen (Ansprüche).

Aber weder für das Kapital noch für die Klasse gibt es ein Anhalten: die Banken haben schon angefangen, die neue Figur des Schalterarbeiters mit einem neuen Zyklus der Zersetzung und weiterer Verarmung anzugreifen. Auf Arbeiterseite wird das Bedürfnis nach politischer Neuzusammensetzung wieder in die Diskussion geworfen: gegen die Willkür des Kommandos, die immer stupidere Arbeit, die hierarchische Differenzierung, wo es immer offensichtlicher wird, daß es dafür keine Grundlagen gibt.

Es kommt vor allem darauf an, die Herausforderung anzunehmen und den Widerspruch Kapital-Arbeit auf dem neuen Terrain zu placieren, das die Unternehmer uns aufgezwungen haben.

Aushöhlung der hierarchischen Macht, Druck auf den Lohn und vor allem Bewußtseinkriegen über das Problem der Zeit scheinen mir die Voraussetzungen, die notwendigen Übergänge zu sein für eine politische Neuzusammensetzung, die die technische und arbeitsmäßige Zersetzung in Frage stellt.

Sbancor.

Das folgende ist die Einladung zu einem Diskussionstreffen in Köln. Bei dem Treffen waren auch einige südkoreanische Student/inn/en anwesend. Mit ihnen zusammen wollen wir in der nächsten Zeit genaueres Material zusammenstellen über die Situation in Südkorea und die politischen Initiativen der verschiedenen Gruppen. Die in der BRD organisierten Student/inn/en aus Südkorea werden am **Samstag, 4 Juli eine Demonstration in Bonn** zur Botschaft machen (leider mit Grünen und Jusos zusammen - was aber auch auf die bisherige Abstinenz der radikalen Linken hinweist, da die Student/inn/en selbst zur Teil radikalere Positionen vertreten!) Wer an genauerem Material interessiert ist, kann sich an SISINA Köln, Pf. 301206, 5 Köln 30 wenden.

SÜDKOREA - KLASSENKAMPF IST INTERNATIONAL!

WELCHE KÄMPFE?

Die Zuspitzung der Straßenkämpfe in den südkoreanischen Städten bildet den momentanen Höhepunkt einer Mobilisierung, die im März/April letzten Jahres begann. Im Hintergrund stehen aber auch noch die Kämpfe in der Cholla-Provinz und der Stadt Kwangju von 1980. "Polizei und Militär mußte sich zeitweilig zurückziehen, die Aufständischen eroberten Waffen. Sie forderten Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit, vor allem freie Wahlen im ganzen Land ... An dem Aufstand waren Arbeiter, Bewohner von Elendsvierteln, Studenten und andere oppositionelle Gruppen gleichermaßen beteiligt. Das Militär, das unter amerikanischem Oberbefehl steht, zeigte sich unerbittlich und beantwortete diese - seiner Meinung nach - offene Kampfansage mit der Entsendung von Spezialtruppen. Über 2 000 Bewohner von Kwangju wurden grausam niedergemetzelt, Hunderte verhaftet."

Nach außen stellen sich die Kämpfe weitgehend als Kämpfe für die Demokratisierung dar, werden von der katholischen Kirche und dem Mittelstand unterstützt. Nun mischen sich auch die USA mit ihren "Demokratisierungsbemühungen" ein, die sie schon in Haiti und auf den Philippinen demonstrierten. Dieser äußerlich bürgerlich-demokratische Charakter der Kämpfe und das Fehlen genauerer Informationen über die soziale Zusammensetzung der Kämpfe, deren Organisation und Zielsetzungen machen es auch der hiesigen radikalen Linken schwer, sich politisch und praktisch auf die Kämpfe zu beziehen. Im Zusammenhang der Vorbereitungen auf den IWF-Gipfel in Berlin ist zwar auf den jüngsten Streik bei dem deutschen Textil-Multi Adler in Südkorea aufmerksam gemacht worden und in einigen Städten hat es dazu praktische Aktionen gegeben. Aber in Bezug auf die allgemeine Zuspitzung der Kämpfe in Südkorea ist es hier bisher ruhig geblieben.

SÜDKOREA - TRUMPHKARTE DES WELTKAPITALS

Die Bedeutung der Kämpfe in Südkorea und die Aufmerksamkeit des Imperialismus für sie liegt weniger am Bangen um die Olympiade als an der zentralen Funktion dieses Landes für die internationale Verwertungs-spirale. Nachdem Ende der 70er Jahre die Perspektiven einer schnellen kapitalistischen Entwicklung in fast allen trikontinentalen Ländern weggekippt sind, bleiben fast nur noch Brasilien und Südkorea als profitable Entwicklungsmodelle. Und während sich in Brasilien nach der Demokratisierung zur Zeit wieder neue Kampf-bewegungen - Landbesetzungen, Kämpfe gegen Preiserhöhungen, wilde Streiks - ausbreiten, droht nun auch das Muster-"Schwellenland" Südkorea umzukippen. Wie auf den Philippinen setzt nun das transnationale Kapital seine Hoffnung auf "Demokratisierung". Auf diese Weise - so hoffen sie - läßt sich der Schaden der politischen Unruhe in Grenzen halten. Zur Zeit, so frohlockt "business week", wirke sich nämlich der Straßenkampf noch nicht auf die Disziplin in den Fabriken und Büros aus: selbst in Tränengas verhangenen Büros werde weitergearbeitet, die Textil- und Autofabriken arbeiten weiter im Dreischichtrythmus. Südkorea erwartet eine Wachstumsrate von 12 - 15%. Aber ängstlich fragen sie auch schon: "Könnten die seit dem 10. Juni anhaltenden Proteste Koreas ökonomische Maschine zerstören?"

DER KLASSENKAMPF HAT LÄNGST BEGONNEN ...

Der soziale Hintergrund der Unruhen ist unübersehbar, auch wenn er sich gegenüber den demokratischen Forderungen noch nicht so deutlich autonom formuliert. In den vergangenen Jahren haben die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Textil- und Elektronikfabriken immer öfter Forderungen mit Streiks durchgesetzt. Die Löhne sind stark gestiegen (von 1973 bis 1982 um mehr als das Vierfache) und die Regierung sieht sich unter Druck, soziale Absicherungen einzuführen. 1983 legten die Arbeiterinnen von Control Data Corp. die Chipproduktion lahm und die Firma sah sich gezwungen, die Produktion nach Manila zu verlagern. Trotz der massiven Repression seitens der deutschen Firmenleitung und der südkoreanischen Bullen streiken die Textilarbeiterinnen von Adler wochenlang. In den Slums von Seoul kommt es zu heftigen Kämpfen der Bewohner gegen die Sanierung ihrer Viertel. Die Tagelöhner und Fabrikarbeiter organisieren sich, um den Schlägertrupps der Baufirmen entgegenzutreten. Die Häuser werden dabei brutal niedergedrückt, samt ihrer Bewohner, wenn diese sich weigern auszuziehen. Der Anlaß für die jetzige Sanierungswelle in Seoul ist die OLYMPIADE: bis 1988 soll die Stadt völlig erneuert sein und die internationalen Gelder, die anlässlich der Olympiade fließen, werden zur Vertreibung der Slumbewohner eingesetzt. Vor diesem Hintergrund müßte es eine entschiedenere Kampagne gegen die olympischen Spiele in Südkorea geben. Während die Sportseiten sich fragen, wie die Marathon-Läufer wohl mit dem Tränengas zurechtkommen, sollten wir die klassenpolitische Dimension dieses Spektakels zum Angriffspunkt machen.

Weitere Kämpfe der belgischen Bergarbeiter

Von der hiesigen Öffentlichkeit völlig verschwiegen, obwohl keine 200 km von uns in Köln entfernt, ist es in den letzten Monaten im belgischen Bergbaurevier Limburg wieder zu heftigen, aber erfolglosen Kämpfen gegen Zechenstilllegungen gekommen. Wir zitieren dazu aus einem **Brief unserer belgischen Genossen vom 1.6.87** und stellen aus den Zeitungsartikeln, die sie uns geschickt haben, noch weitere Informationen zusammen. In einigen Wochen werden wir einen ausführlicheren Artikel von ihnen bekommen.

"Im März und April hat es eine große Streikwelle gegeben - mit mehreren Demonstrationen, Besetzungen der Gewerkschaftshäuser und Straßenschlachten mit den Bullen. Ich füge einige Zeitungsartikel über die letzten Streikwochen bei. Es gab eine große Kampfbereitschaft und es hat einige echt schöne Aktionen gegeben. Aber wir müssen sagen, daß die Arbeiter am Schluß verloren haben. Für die meisten war es ein hoffnungsloser Kampf. Am Ende haben viele Arbeiter - mehr als selbst die Arbeitgeber und die Gewerkschaftsspitze erwartet hatten - den "goldenen Händedruck" akzeptiert - was andererseits auch zeigt, daß die Arbeiter auf diese Arbeit keinen Bock mehr haben. In jedem Fall konnte man über den Ablauf nicht froh sein. Konkret bedeutet das, daß 8 000 Arbeitsplätze verloren gehen (in einer Region, die die höchste Arbeitslosenquote des Landes hat) und im September begonnen wird, drei von fünf Minen zu schließen. Die Minen sollen aufhören, ein Zentrum des Arbeiterwiderstands zu sein.

Positiv an dieser Streikwelle ist, daß sie eine Radikalisierung hervorgerufen hat und die Kluft zwischen den Arbeitern und Parteien und Gewerkschaften immer größer geworden ist. Es kommt nun darauf an, dem organisatorische Gestalt zu geben. Aber aus der Autonomen Ecke wird daran nicht gearbeitet. Die einzigen, die dabei sehr aktiv sind, sind die Maoisten (PvdA), die auch eine wichtige Rolle in dem Streik gespielt haben.

Wie immer in solchen Fällen herrscht jetzt eine große Demoralisierung und Perspektivlosigkeit. Damit haben auch wir zu kämpfen. Im Moment arbeiten wir an einer Bestandsaufnahme über den "Arbeitslosenkampf": wir machen Interviews mit Leuten, die darin in den letzten Jahren aktiv gewesen sind, um daraus ein Buch zu machen, in dem wir auch unsere eigene Meinung darstellen. Organisatorisch haben wir im Moment keine Perspektive." Es folgt dann noch ein Hinweis auf antifaschistische Aktivitäten in Belgien.

(Zu den Kämpfen der belgischen Bergarbeiter siehe auch den Artikel der Genossen im INFO Nr. 5 und die Zeitungsberichte in Nr. 2)

Berichte über die Streiks in Belgien, aus: "De Morgen"

Zur Erinnerung: Zwischen April und Juni 1986 war es im Limburgischen Kohlerevier bereits zu einem militant geführten Streik gegen die Entlassungspläne im Bergbau gekommen. Damals wurde bei allen fünf Zechen gestreikt und der Streik hatte Chancen sich in Verbindung mit Streiks bei den Eisenbahnen und anderen Sektoren zu einem Generalstreik zu entwickeln.

Diesmal wurde, soweit wir das der Presse entnehmen können, nur auf den drei von Schließung bedrohten Zechen gestreikt.

7. April 1987

"Slagen en ontslagen ..." (Schlagen und Entlassen in Waterschei)

Der ACV (Christlicher Gewerkschaftsbund) hat für 5.00 Uhr eine Versammlung angesetzt. Ein "Arbeitswilligenkomitee" will von da aus nach Waterschei gehen, um den wochenlangen Streik zu beenden.

Die Streikposten schlagen vor, eine gemeinsame Versammlung zu machen, um über den Streik abzustimmen. Die Arbeitswilligen unter Führung des ACV-Delegierten Bijns wollen davon nichts wissen. Eine Flugblattverteilerin wird beschimpft. 220 gehen in Richtung der Zeche. Streikleiter Grauwels (PvdA, Maoisten) hatte den Streikposten gesagt, sie sollten keine Gewalt anwenden. Bijns

vom ACV versichert dasselbe. Mehrere hundert Streikposten schlagen nochmals die Versammlung vor. Die anderen Arbeiter reagieren darauf mit der Parole: "Wir wollen arbeiten!"

Am Eingang zum Waschraum kommt es zu einer Schlägerei. Der ACV blockiert den Eingang und will verhindern, daß Grauwels auf der Treppe eine Rede hält. Die drei Streikleiter Grauwels, Pusikata und Vermeulen werden zusammengeslagen, daraus entsteht eine größere Schlägerei.

Aber die Racheaktion geht nach hinten los. Eine Reihe von Arbeitswilligen finden dieses aggressive Vorgehen nicht richtig. Außerdem fällt den Streikenden auf, daß ein großer Teil der Morgenschicht gar nicht gekommen ist. Das Arbeitswilligenkomitee hat auch Arbeiter aus anderen Schichten zusammengetrommelt, etwa ein Drittel kommt aus anderen Schichten.

"Wir streiken weiter aus Protest gegen die Haltung des ACV" wird gesagt. Die Zweifel, die an diesem Morgen groß gewesen waren, sind nun wieder weg.

Bei einem darauf folgenden Treffen der Streikkomitees besteht Unsicherheit über die Fortführung des Streiks. Mittags bekommen Pusikata und Vermeulen an der Streikpostenkette ihre Kündigung überreicht. Grauwels versucht eine Rede zu halten, wird aber bewußtlos und ins Krankenhaus gebracht. Die Streikenden sinnen auf Rache; der Name des Schlägers vom ACV ist bekannt. "Wenn dieser Mann sich noch bei den Arbeitswilligen in den Zechengebäuden aufhält, ist sein Leben in Gefahr." (De Morgen) Ein Sturm auf das Zechengebäude wird ernsthaft erwogen.

Reichswacht-Kommandant ermutigt arbeitswillige Bergarbeiter. In der Zeche Eisden gibt es viele, die am Streik zweifeln. 30 gehen schließlich rein, einige davon, nachdem sie vom Reichswacht-Kommandant ermutigt wurden.

Die meisten Bergarbeiter in Winterslag streiken weiter, trotz eines Aufrufs des ACV, den Streik zu beenden. Die meisten Frühschichtarbeiter haben Brote dabei, aber nur ein paar Dutzend gehen rein. Ein ABVVler (Sozialistischer Gewerkschaftsverband) hält eine Rede: "Wir müssen weitermachen, bis im Parlament die Energiedebatte beginnt. Wenn wir jetzt wieder anfangen, ist alles verloren." Niemand von den Zuhörern reagiert. Es gibt einen Aufruf für eine Versammlung am Mittag, um über die Fortführung des Streiks zu beschließen. Ca. 400 kommen zu der Versammlung. Die Fortsetzung des Streiks in Genk (Waterschei) und Eisden wird bekanntgegeben. Aber die Meinungen sind geteilt. Viele Arbeitswillige bleiben aus Angst vor möglichen Zwischenfällen draußen stehen. Der Streikleiter versucht eine Abstimmung für oder gegen den Streik zu organisieren, aber sein Aufruf findet kein Gehör. Als man in Winterslag erfährt, daß der ABVV-Delegierte Grauwels im Krankenhaus ist und zwei andere Streikleiter von Waterschei entlassen sind, hält der Streikleiter nochmal eine Rede. "Niemand darf wegen eines Streiks entlassen werden. Nicht in Waterschei, nicht in Winterslag und nicht in Eisden. Entlassungen wegen Streiks können wir nicht zulassen, dann streiken wir weiter."

13. April

Auseinandersetzungen zwischen Reichswacht und Streikenden in Eisden.

Freitag abend gab es an der Zeche in Eisden schwere Zwischenfälle zwischen der Reichswacht und streikenden Bergarbeitern. Es waren die schlimmsten Krawalle in dem schon sechs Wochen andauernden Streik. Am Samstagnachmittag protestierten in Waterschei ein paar hundert Bergarbeiter und Gewerkschafter (auch aus anderen Sektoren) gegen die Entlassung der beiden Streikleiter.

Als die Busse der Streikbrecher unter Begleitung der Reichswacht an der Zeche ankamen, brach die Gewalt aus. Die Reichswacht vertrieb die Streikenden mit zwei Wasserwerfern und - zum ersten mal in diesem Streik - auch mit Tränengas. Die Streikenden ließen sich das nicht gefallen und bewarfen die Gendarmen

mit Steinen und anderen Gegenständen. Auch die Tränengasgranaten wurden zurückgeworfen. Die Auseinandersetzungen dauerten bis Mitternacht, 17 Reichswächter wurden verwundet, bei den Streikenden gab es keine Verletzten oder Festgenommenen.

15. April

Reichswacht-Überfall auf eine Moschee.

An dem Abend der Krawalle am Montag in Eisden stürmte die Reichswacht auf der Jagd nach Flüchtenden mehrere Cafes und auch eine Moschee türkischer Fundamentalisten. Ein streikender Italiener hatte sich in die Moschee geflüchtet. Die Gläubigen lieferten ihn sofort aus, aber die Reichswacht räumte trotzdem die Moschee und schleppte alle raus. Sie schlugen den Imam und beleidigten die Frauen. Nach Aussage von Zeugen war die Reichswacht besoffen. Sie war mit auswärtigen Kräften verstärkt worden, seit es um die Minen wieder unruhiger geworden war. Ein besonders "harter" Kommandant war neu eingesetzt worden.

Streik in belgischem AKW. Zwei der vier Blöcke von Doel werden vorläufig abgeschaltet. Angeblich wegen den Osterferien und nicht, weil es Probleme gäbe. Ein Bericht im Niederlandse Algemeen Dagblad, daß die Atombehörde in Wien den Weiterbetrieb von Doel unverantwortlich findet, sei total aus der Luft gegriffen.

Beschluß, weiter zu streiken. Nach Rücknahme der Kündigungen gegen die beiden Streikleiter wird der Streik in Waterschei beendet. Nur in Eisden, wo es Dienstag abend wieder Zwischenfälle gab, wurde beschlossen, den Streik gegen die Sanierungspläne fortzusetzen.

Beim Schichtwechsel flogen wieder Steine. Es waren auffallend viele junge Türken anwesend. Im Vergleich zum Montag hielt sich die Ordnungsmacht auffällig zurück. Sie zog sich um 22.00 Uhr zurück und wurde noch von steineschmeißenden Streikenden und ihren Sympathisanten verfolgt. Später am Abend wurden sie noch mit Benzinbomben eingedeckt, als sie zu ihren Quartieren in einer Schule zurückkehrte. Bei dieser isolierten Aktion verhaftete die Reichswacht sechs Personen, sie wurden dem Haftrichter vorgeführt.

Viele der Bergarbeiter in Eisden waren entsetzt über den Streikabbruch in Waterschei. "Wir haben wohl nur noch für die Wiedereinstellung von Vermeulen und Pusikata gestreikt", war eine oft zu hörende Bemerkung. Die "Bergarbeiterfront", wie sich das Streikkomitee in Eisden nennt, beschloß gestern weiterzustreiken.

17. April

Krawalle bei der Zeche in Eisden. In Eisden gab es am dritten Tag hintereinander Auseinandersetzungen. Dabei wurde ein PKW der Ordnungskräfte schwer beschädigt. Die beiden Insassen konnten gerade noch entkommen, indem sie in ein Zechengebäude flüchteten.

An diesen Abenden brach die Gewalt in Eisden beim Schichtwechsel um 21.30 Uhr aus, weil dann die Ordnungskräfte die Arbeitswilligen der Nachtschicht abliefern und die der Spätschicht nach Hause begleiten. Als an diesem Mittwochaabend ein Wasserwerfer den Weg für den Bus mit Arbeitswilligen freimachte, warfen die Streikposten mit Steinen. Daraufhin ließ der Befehlshaber zwei weitere Wasserwerfer ausrücken. Aber die Streikenden, von denen viele nasse Klammotten bekamen, warfen weiter mit verschiedenen Gegenständen. Beim Rückzug der drei Wasserwerfer, kam ein PKW mit zwei Zivilisten nicht mehr vom Parkplatz weg. Sie wurden erkannt und mit Steinen beschmissen, das Auto

wurde völlig demoliert. Drei Personen, die bei der Beschädigung des Wagens dabei gewesen sein sollen, wurden festgenommen. Gegen einen 19-jährigen wurde Haftbefehl erlassen. Auch zwei von den sechs Personen, die Dienstagabend festgenommen wurden, bleiben in Haft. In ihren Wohnungen wurden Mollis und Benzinkanister gefunden. Streikleiter Grauwels wurde zu acht Tagen Knast verurteilt, weil er die Reichswacht bespuckt hatte. Gestern war es wieder ruhig an der Zeche.

Neuer Streik in Brüssel X. Donnerstag und Freitag wurde zum vierten Mal hintereinander im Postsortierzentrum Brüssel X gestreikt. Sie protestieren damit gegen den chronischen Personalmangel, wodurch alle Beschäftigten im Durchschnitt 70 Tage Freizeitausgleich haben, die sie aber nicht nehmen können. Die Aktionen richten sich auch gegen die geplante Umstrukturierung in Brüssel X, wodurch der Personalbestand von 2 700 auf 800 reduziert werden soll. Vorläufig macht nur die sozialistische Gewerkschaft ACOD mit, aber es wird erwartet, daß sich auch die liberale VSOA dem Streik anschließen wird.

21. April

Würdevolle Kundgebung gegen den Überfall auf die Moschee. 250 Türken nahmen in Maasmechelen an einer Protestkundgebung gegen den Reichswacht-Überfall teil. In dem Schweigemarsch liefen nur die Gläubigen der Moschee mit. Die Organisatoren wollten nicht, daß die Kundgebung durch politische Gruppierungen und ausländische Islamfanatiker mißbraucht würde.

In Eisden beschloß die "Bergarbeiterfront" auf einer Versammlung am Samstagabend den Aufruf, weiter zu streiken. Eisden ist die einzige östliche Zeche, wo letzte Woche noch gegen den Sanierungsplan gestreikt wurde.

22. April

Die Hälfte der Bergarbeiter in Eisden streikt weiter. Trotz deutlicher Uneinigkeit zwischen den zwei wichtigsten Streikleitern, streikt ein Teil der Bergarbeiter von Eisden weiter gegen den Sanierungsplan. In Winterslag wurde ein Aufruf zur Wiederaufnahme des Streiks nicht befolgt. Die Lehrlinge riefen ihre älteren Kollegen auf, aus Solidarität die Arbeit für 24 Stunden niederzulegen. Diese jungen Arbeiter, die drei Tage pro Woche unter Tage arbeiten und zwei Tage Unterricht haben, fordern dieselbe soziale Absicherung, wie sie die anderen Bergarbeiter bekommen. Dem Streikaufruf wurde nur begrenzt gefolgt.

Härtere Aktionen bei Levi's in Deurne. Die 160 Arbeiter des Jeansbetriebs Levi's in Deurne werden diese Woche ihre Arbeitsunterbrechungen von einer auf zwei Stunden steigern. Das wurde letztes Wochenende beschlossen, nachdem die Direktion sich weigerte, auf die Forderung der Arbeiter nach Essensbons (wie sie die Angestellten bekommen) einzugehen. Die Aktionen hatten am 13.4. mit einem Sitzstreik im Betrieb begonnen.

23. April

Eisden wieder an der Arbeit. Die Bergarbeiter von Eisden haben gestern ihren sieben Wochen dauernden Streik beendet. Das Ausbleiben der Unterstützung durch die Bergarbeiter von Waterschei und Winterslag, die vagen Vorschläge der "Bergarbeiterfront" und die Uneinigkeit innerhalb der Streikleitung waren den Bergarbeitern zuviel.

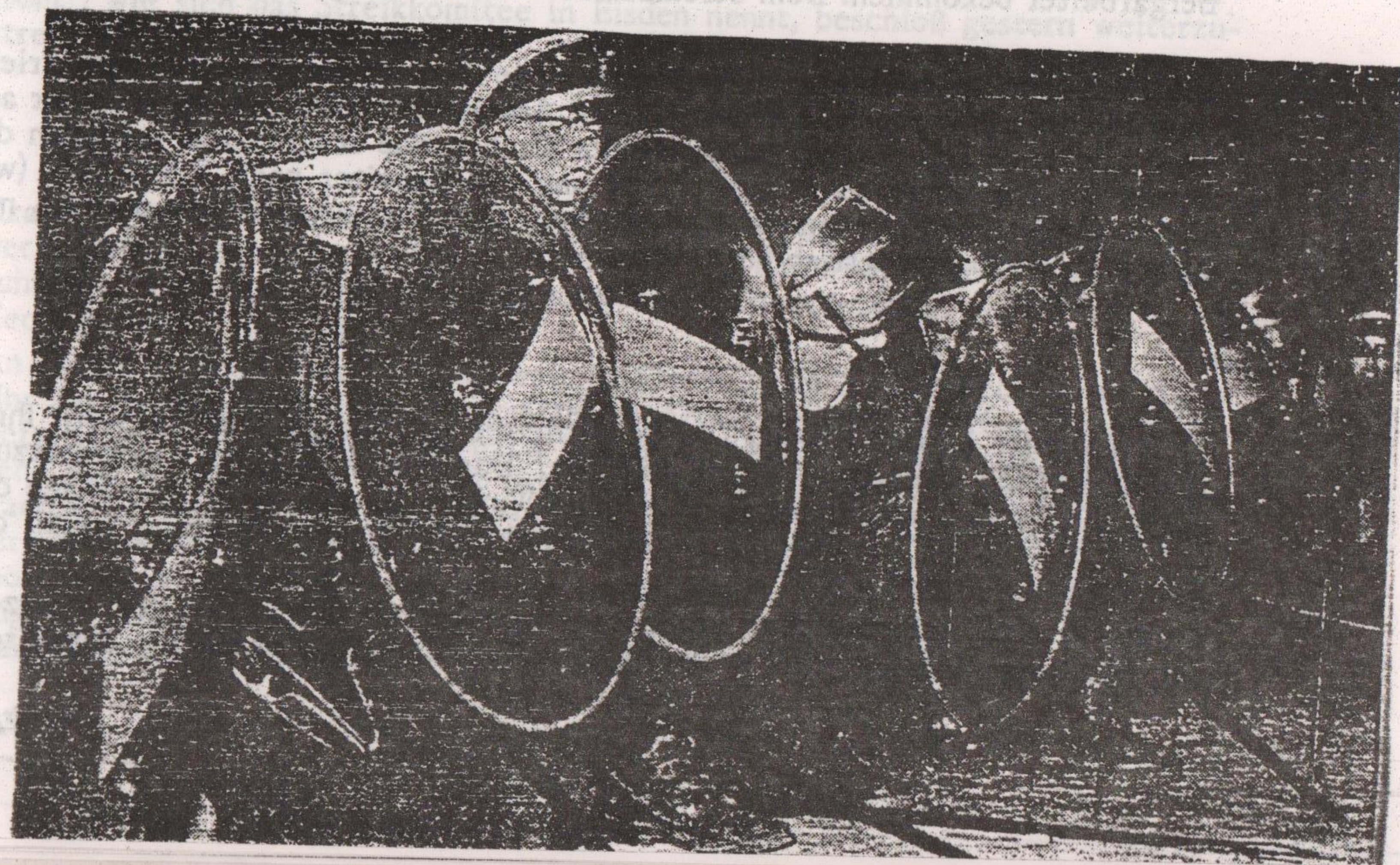
Trotzdem war in Eisden eine größere Gruppe bereit, die Aktion fortzusetzen. Der harte Kern, der gestern noch vor dem Tor blieb, war besonders enttäuscht.

vom Ablauf des wochenlangen Streiks. Den meisten scheint es ein Kampf für Nichts gewesen zu sein.

Der Direktion zufolge ist die Arbeit in Eisden fast vollständig wieder aufgenommen worden. In Waterschei streikten gestern aber noch einige Dutzend stagiairs (Probezeitler?) und Lehrlinge. Genau wie ihre Kollegen aus Winterslag, die am Dienstag Aktionen machten, fordern diese jungen Arbeiter für sich denselben Sozialplan, den es für die übrigen Arbeiter der östlichen Standorte gibt. In einer KS-Mitteilung (Direktion der Zechen) wird festgestellt, daß die stagiairs für den Sozialplan nicht in Frage kommen, aber daß die Direktion Anträge auf Versetzung individuell und wohlwollend prüfen wird. Die Lehrlinge werden von der KS nicht als Bergarbeiter betrachtet, sondern als Schüler mit Praxiserfahrung.

Bis zum 28. April müssen die Bergarbeiter der östlichen Zechen Winterslag, Waterschei und Eisden erklären, ob sie die Abfindung nehmen oder in den westlichen Zechen Beringen und Zolder arbeiten wollen. Die "Bergarbeiterfront" Eisden und die PvdA (Maoisten) rufen die Bergarbeiter auf, die Abfindungsverträge nicht zu unterschreiben. Der PvdA zufolge werden die Manager ernsthafte Probleme bekommen, wenn sich drei- oder viertausend Bergarbeiter weigern zu unterschreiben. "Wir haben am Anfang unserer Streikaktionen den Plan Gheyselinc (KS-Manager) verworfen, Gheyselinc ruiniert unsere Arbeit, die Zukunft der ganzen Provinz. Das Bestechungsgeld von 800.000 bfrs (ca. 40.000 DM) pro Bergarbeiter ändert daran auch nichts." ("Bergarbeiterfront")

Spontane Aktion bei Coditel. Bei Coditel-Flandern, einem Kabelbetrieb, ist gestern ein spontaner Streik für mehr Lohn ausgebrochen. Ungefähr 90% der Belegschaft nehmen an der Aktion teil. Der Streik, für den inzwischen die Gewerkschaften Unterstützung zugesagt haben, bezieht sich auf die neuen Tarifverhandlungen, die seit zwei Monaten fast keine Ergebnisse gebracht haben. Wichtigster Anstoß für den Konflikt bleibt aber die Tatsache, daß die Arbeiter von Coditel-Flandern kurze Zeit vorher erfahren haben, daß die Arbeiter der Tochterfirma Coditel-Luik (Lüttich) im Jahresdurchschnitt 1.750 bfrs mehr bekommen. Die Direktion hatte versprochen, den Unterschied von 1987 an auszugleichen, aber die Arbeiter forderten ab 1988 noch einmal 1.750 bfrs zusätzlich, weil herausgekommen war, daß die Kollegen aus Lüttich schon seit 1981 mehr Lohn kriegen. Der Versand von Kabeln ist durch den Streik momentan nicht bedroht, aber es werden keine Reparaturen ausgeführt.



Den nachstehenden Leserbrief haben Leute aus Zürich und Berlin geschrieben, die selber in Frankreich waren und mit den streikenden Eisenbahnern Kontakt aufgenommen haben. Zur Information sei nur kurz darauf hingewiesen, daß die französischen GenossInnen, die den Artikel geschrieben haben, mit Situationisten nichts zu tun haben, sie bezeichnen sich selber wohl eher als Rätekommunisten. Noch eine Anmerkung zum Datum, mit dem der Brief unterzeichnet ist: wir haben den Brief nicht im Mai, sondern erst am 24. 6. 1987 bekommen. Deshalb erscheint er auch erst jetzt.

Leserbrief zum Eisenbahnerstreikartikel in der wildcat 41

Die 'einfachste' Kritik ist die rein formale: französische Abkürzungen werden weder übersetzt, noch erklärt. Dies setzt bereits ein Wissen über Frankreich voraus; es dürfte doch kein Problem sein, den Artikel nicht nur "runterzuübersetzen", sondern auch etwas zu überarbeiten. Beispielsweise könnte man 'EDF' kurz erklären oder auch ein paar Sätze zu 'Lutte Ouvrière' schreiben.

Der Artikel bleibt fragmentarisch, und zwar gerade nicht deshalb, weil er nicht alle Fakten, Aktionen, lokalen Besonderheiten des Streiks aufzählen kann. Dies kann u.E. kein Artikel darüber leisten, und das ist auch gar nicht nötig. Der Hinweis auf regionale und lokale Besonderheiten dieser Bewegung - und da gibt es viele - genügt an sich schon. Vielleicht versucht man noch, das an zwei, drei Beispielen zu erläutern. Das Problem des Artikels ist u.a. eher, daß er die diversen Chroniken und Entwicklungen durcheinanderwirft und eine etwas verwirrte Leserin zurückläßt. Auf der anderen Seite kommt eine weiterreichende Analyse des Streiks, seiner Ursachen viel zu kurz. Es wird zwar öfters mit Worten wie (Klassen-) "Zusammensetzung", "Forderungen" und "Arbeitsbedingungen" hantiert, was aber darauffolgt, bleibt äußerst dürftig.

Und das nun führt auch zum zentralen Problem, an dem der Artikel "hinkt", der Ideologie der AutorInnen nämlich. Unsere französischen GenossInnen halten den Mythos vom "autonomen, wilden Streik" dermaßen hoch, daß niemand mehr drankommt, sprich: der Gebrauchswert des Artikels minimal wird. Die Ausbeutungsbedingungen der französischen EisenbahnerInnen bleiben im Nebel, aus dem aber plötzlich mit Macht dieser Teil der Arbeiterklasse herausbricht. Alle kämpfen sie einig nun gegen ihren Hauptfeind: die Gewerkschaften (S.18: "...Wirkung der gewerkschaftlichen Offensive (unterstützt durch die Direktion der SNCF)..."). Der Streik wird also in "Basiskomitees" und in "direkter Demokratie" geplant und organisiert - an diesen Schlagworten weidet man sich dann seitenweise!

Nach dem "Ende" des Streiks verschwinden diese 230 000 Voll-Autonomen wieder, als ob nichts gewesen wäre. (Wenn sie wieder einmal Gegenstand eines Artikels werden wollen, müßte mindestens ein vierwöchiger wilder Streik her, klar.) Scheinbar sind sie jetzt auch wieder alle von den Gewerkschaften kontrolliert.

Diese Betrachtungsweise (eine "Ideologie", die u.E. in Frankreich weitverbreitet ist, die Situationisten von '68 lassen grüßen!) zieht sich dann wie ein roter Faden durch den ganzen Artikel. Wir denken, daß sie wenig hilfreich ist für brauchbare Einschätzungen einer ausländischen Streikbewegung. Und sie ist genausowenig hilfreich, wenn es darum geht, den Klassenkampf in der BRD einzuschätzen, wo proletarische Ausbrüche in diesem Ausmaß und in dieser Form in den letzten Jahren nicht stattfanden.

Diese den Artikel beherrschende Ideologie ist fatalistisch. Das "Große Fremwörterbuch" definiert das so: "Fatalistisch ist untätig dem vermeintlich unvermeidlichen und vorherbestimmten Geschehen ergeben." Da man ja den "Ausbruch" solcher autonomen Streiks sowieso nicht vorherbestimmen kann und den ("mühseligen" und nicht ganz so bombastisch geführten) alltäglichen Klassenkampf sowieso nicht erkennen oder gar überblicken kann, erübrigt sich jede Intervention! Tenor: 'die Klasse wird 's schon richten' - oder auch nicht.

(Die AutorInnen hängen sich gegebenenfalls ran und schreiben schlaue Artikel. Sie gründen Komitees der "Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel" zur Unterstützung des Streiks und werfen jede Menge situationistischer Flugblätter auf den Markt.) So wurden z.B. auf einer Veranstaltung der "Solidaritätskomitees Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel-Eisenbahner" im Januar in Paris Massen von Flugis in diesem Stil verteilt. Jeder, der etwas zu sagen hatte, unterschrieb mit einem (fiktiven) "Komitee" ("des 5. Dezember", "der Freunde der direkten Demokratie", "für die Ausweitung der Bewegung bis zum Ende des Planeten" usw!). So entstanden wahre Berge von Flugblättern, in denen aber oft solche Nebensächlichkeiten wie Arbeitsbedingungen der EisenbahnerInnen u.ä. nicht mehr aufgegriffen wurden. Hauptsache "wild", "unbeherrscht", "gewerkschaftsfeindlich", "direkte Demokratie", "spontan", "radikal" ... Alles Worte aus den Flugis...

So wird auch klar, warum ausgerechnet von diesem Streik das "Schicksal der Revolution abhängt" (Zitat aus einem Flugis): das Schicksal der Revolution hängt einfach von jenem Streik in Frankreich ab, an den sich anarchistische FlugischreiberInnen dermaßen ranhängen. Ist der Streik dann "zusammengebrochen", bedeutet das nichts anderes, als daß die Gewerkschaft (wer sonst?) wieder völlig Herr der Lage ist. Jetzt "lohnt" es sich noch weniger, sich praktisch mit den (Eisenbahn-)ArbeiterInnen auseinanderzusetzen, belegt doch das Streik-Ende deren Integration in den ungestörten Ablauf des grauen, kapitalistischen Alltags. So nach dem Motto: war da was? Soviel zum "Situationismus" (wobei es sich lohnen würde, darauf genauer einzugehen ...). Diese Ideologie übertüncht also eher die realen und widersprüchlichen Prozesse, die im Klassenkampf der EisenbahnerInnen täglich stattfinden. Sie ist u.E. weit davon entfernt, diese Bewegungen und Kämpfe "aufzudecken" und verständlich zu machen (wie es auch vor nicht allzu langer Zeit - "militante Untersuchung" - noch von der wildcat gefordert worden wäre).

Was für eine Bedeutung hat der Streik für die gesamte Situation der französischen Arbeiterklasse? dazu heißt es einmal lapidar: "Das französische Kapital befindet sich in einem Prozeß von Intensivierung der Arbeit durch Restrukturierung und Flexibilisierung ..." (S.14). Dies ist sage und schreibe die einzige Äußerung der GenossInnen im ganzen Artikel, die versucht, ein paar verallgemeinerte (Kampf-)Bedingungen der frz. ArbeiterInnen zu nennen! Kein Wort über die "rein ökonomischen" Auswirkungen des Streiks auf die frz. Eisenbahnen und auf diverse Fabriken. Wenngleich die Zeitungsartikel über Produktionsausfälle wegen der Blockierung des Güterverkehrs übertrieben sein dürften, so müßte man doch zumindest mal darauf eingehen. Man müßte die Frage stellen, ob es tatsächlich Produktionsausfälle gegeben hat, wie die "betroffenen" ArbeiterInnen damit konfrontiert waren, wie und auf wen diese "Schäden" (in Zukunft) abgewälzt werden sollen usw. Wie ist generell das Verhältnis zwischen Güter- und Reiseverkehr? Hat die Taktik der Streikenden, vornehmlich den Güterverkehr zu blockieren, auch wirklich gegriffen? (Uns gegenüber wurde dies als wichtigster Punkt bei der Blockierung bezeichnet.) Oder wurde vielleicht über vermehrten LKW-Einsatz versucht, den Streik zu unterlaufen? Alles Fragen, die im Artikel nicht mal erwähnt werden.

Kein Wort auch über die "politischen" Auswirkungen dieser Streikwelle ... Einige (welche?) Gesetzesentwürfe werden erstmal zurückgestellt, weil die Regierung weitere Kämpfe und v.a. Solidarisierungseffekte (z.B. zwischen Franzosen und AusländerInnen) befürchtet, die Regierung bezeichnet sich selbst als "handlungsunfähig". Durch die kapitalistische Presse geistern wieder Parolen wie "Investitionsstreik der Unternehmer" wegen der drohenden "sozialen Konflikte" etc. Tatsächlich erwarteten die Kapitalisten in Frankreich eine weitere Ausdehnung der wilden Streiks, falls die Eisenbahnen bzw. die Regierung in den Lohnerhöhungen über das angekündigte Maß hinausgehen sollten. Man befürchtete, daß das Beispiel der EisenbahnerInnen "Schule machen" würde, wenn diese durch den Streik etwas erreichten. Daher auch die Rigorosität der Regierung und der Eisenbahndirektion in den Verhandlungen.

Hatte der Zeitpunkt des Streiks eine besondere Bedeutung gegenüber der frz. "Wirtschaftspolitik" (Stichworte: neue Maschinerie in den Fabriken, "Privatisierung" der staatlichen Betriebe und staatlicher Lohnstopp)? Gab es etwas qualitativ Neues in den Forderungen und Inhalten des Streiks und/oder in seinen Organisations- und Kampfformen? Diese

Fragen sind entweder gar nicht gestellt/beantwortet oder man beantwortet sie in bekannter fatalistischer Manier: "Die Arbeiter finden Bekanntes wieder und werden dieselben oder andere Wege als Antwort auf ihre (...) Bedürfnisse benutzen, einfach deshalb, weil sie vor sich dieselben - oder andere - Repressions- und Herrschaftskräfte, dieselben Lücken, dieselben Widersprüche, dieselben Enttäuschungen wiederfinden werden." (S.11) Wenn sich aber Geschichte eh nur wiederholt, wozu dann noch Artikel schreiben, liebe Freunde?

Wir wollen nun versuchen, die spärlichen Informationen, die der Artikel gibt, etwas zu präzisieren. Was wir dazu wissen und beitragen können, haben wir zum einen aus frz. Zeitungen und Flugblättern (hauptsächlich vom Januar); zum anderen haben wir in Paris mit einigen GenossInnen über den Streik geredet, desweiteren mit einigen CGT-Funktionären, was aber nicht viel gebracht hat. In Mulhouse/Elsaß sprachen wir mit Leuten vom (Lokführer-)Streikkomitee.

Im zweiten Abschnitt des Artikels "Die Gründe des Streiks ..." sind viele Probleme und Diskussionspunkte der EisenbahnerInnen tatsächlich aufgeführt, aber eben zu knapp behandelt. So war eine immer wieder auftauchende Kritik der Lokführer auf die erwähnten "medizinischen und psychologischen Untersuchungen" gerichtet. Warum? Der Lohn setzt sich ja bei ihnen aus einem Grundlohn und den diversen Prämien zusammen (nicht nur beim fahrenden Personal!) und der Prämienbestandteil am Lohn ist bei den Lokführern relativ groß. Die o.g. Untersuchungen bedeuten für die Lokführer nichts anderes als eine drastische Lohnsenkung! Wird einer für "untauglich" befunden - dies kann auch vorübergehend gelten und öffnet so der "Willkür" der vorgesetzten bzw. Mediziner Tür und Tor, deren hierarchischer Stellenwert wieder mehr betont werden soll - muß er "Dienst am Boden", in den Bahnhöfen oder Werkstätten, verrichten. Jetzt verliert er aber seine "Lokführerprämie", die übrigens nach der Zahl der gefahrenen Kilometer berechnet wird. In dem zitierten zweitägigen autonomen Streik vom Herbst 1985 war eine Forderung, diese Prämie in einen festen Lohnbestandteil umzuwandeln. Das geschah nicht.

Die Zahl der Arbeitsunfälle - auch und gerade "Zugunglücke" jeder Größenordnung - ist in den letzten Jahren drastisch angestiegen. Dies hängt eng zusammen mit der "Einsparung" an Personal. Die Loks werden nur noch von einem Zugführer bedient, deren Streß dadurch enorm angestiegen ist (früher gab es pro Lok zwei Zugführer). Ein Nickerchen wie früher ist nicht mehr drin, die Vermehrung der Signalanlagen und der Einbau von Computern in der Lok, die er zu überwachen und bedienen hat, tun ihr Übriges zur "Verdichtung der Arbeit". Hier wäre es interessant zu wissen, was für Computer da eingebaut wurden. Darüber gibt der Artikel leider keinen Aufschluß, der lapidar nur von einer "Auto-matisierung" der Züge spricht ... Soweit wir wissen, wurde der Zusammenhang zwischen dieser ansteigenden Zahl von Arbeitsunfällen und den "Personaleinsparungen" deutlich gesehen und im Streik thematisiert (in Richtung: mehr Neueinstellungen).

Die 'coordination nationale intercategories', von der auch die Rede ist, spricht übrigens von 45 000 abgebauten Stellen zwischen 1976 und 1986; in einem anderen Flugblatt von ihnen heißt es, jährlich würden etwa 10 000 EisenbahnerInnen entlassen (in neuerer Zeit zumindest).

Der sog. "Lohnrahmen" bzw. "Besoldungsschlüssel" (ist damit eigentlich dasselbe gemeint?) bleibt auch unklar. Immerhin war die Ankündigung dieses Plans ein wesentlicher Grund für die rasche Ausdehnung des Streiks. In dem für 1988 geplanten neuen Besoldungsschlüssel ("grille des salaires") sollte die Individualisierung der Löhne weiter vorangetrieben werden. Die nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit ("l'ancienete"), dem "Dienstalter" festgelegten, automatischen Übergänge in höhere Lohnstufen sollten verändert werden. Das Kriterium für die Beförderung (und für mehr Lohn) sollte sozusagen "weg" von der Dauer der Betriebszugehörigkeit. Dafür sollte dann in Zukunft bei den - individuellen! - Lohnerhöhungen etwas mehr Gewicht auf die "merite" (das Verdienst) gelegt werden. Das heißt nichts anderes, als daß z.B. die Lokführer von ihren Vorgesetzten je nach Wohlverhalten gegenüber der Arbeit und der Arbeitszeit beurteilt würden. Und nach diesen Beurteilungen richtete sich dann die Lohnerhöhung. Wer z.B. auf telefonischen Abruf arbeiten

geht, weil ein Kollege krank wird, obwohl er selbst "eigentlich" frei hätte, der kriegt dann umso eher eine vorteilhafte Beurteilung durch seinen Vorgesetzten.

Dieser - angedrohte - neue Besoldungsschlüssel wurde bereits nach wenigen Tagen Streik von der Eisenbahndirektion und der Regierung "suspendiert", d.h. auf Eis gelegt. So sollte die wichtigste Forderung der Streikenden - Rücknahme dieses Projekts - (vorläufig) erfüllt werden und sie wieder an die Arbeit gebracht werden!

Die EisenbahnerInnen streikten aber weiter: sie wollten eine Garantie für die endgültige Beendigung dieses Plans - und die gab es nicht. Im Gegenteil: kurz nach der "Suspendierung" wurde von der Eisenbahn und der Regierung unmißverständlich klargestellt, daß dieser neue Besoldungsschlüssel so "bald wie möglich" eingeführt werden würde.

Im Gegenzug wurde am 14. Januar von den Vollversammlungen der Streikenden auch nicht das "Ende" des Streiks, sondern nur dessen - vorübergehende? - "Aussetzung" beschlossen. Sie kündigten neue Streiks an, falls der Besoldungsschlüssel wieder auftaucht, oder wenn Repressionen gegen die am Streik Beteiligten ergriffen würden (Kündigungen, Anzeigen, Schadensersatzklagen etc.). Diese "Nachfolgestreiks" sind auch in der zweiten Januarhälfte vereinzelt abgelaufen (gegen Kündigungen, soviel wir wissen). Die (bürgerlichen) Zeitungen schreiben deshalb im Januar auch alle von einem vorläufigen "Ende" des Streiks, von "weilerschwelenden Konflikten", von "verbleibenden Widerstandsnestern" u.ä. Im Übrigen ist die "Suspendierung" dieses neuen Besoldungsschlüssels (zunächst) doch ein Erfolg des Streiks. Bleibt zum Schluß noch die Frage offen, inwieweit er auf das Personal "am Boden" angewandt wird bzw. was für eine Rolle hier die automatischen Beförderungen gespielt haben.

Wir finden hier noch ein paar ergänzende Bemerkungen zur allgemeinen Lohnpolitik in Frankreichs öffentlichem Dienst notwendig. Im Artikel ist bereits gesagt, daß es seit mehreren Jahren eine Art Lohnstopp bei der Eisenbahn gibt. Bei den relativ schnell steigenden Preisen in Frankreich bedeutete dies eine beträchtliche Lohnsenkung für die ArbeiterInnen. Wie sieht der Lohnstopp in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes aus? Wir wissen, daß die Regierung neue Tarifverträge und auch Lohnerhöhungen von maximal 3% für 1987 angekündigt hatte, und zwar für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Bei dieser Lohnerhöhung handelt es sich aber um eine 3%ige Erhöhung der "Lohnmasse" für einen gesamten Bereich (z.B. eben bei der Eisenbahn). Sie bedeutet also gerade nicht, daß jeder individuelle Lohn um 3% erhöht würde, im Gegenteil: über einen relativ komplizierten, dauernd geänderten Kriterienkatalog wird diese "Lohnmasse" auf die diversen Berufsgruppen und Besoldungsstufen verteilt. Dieser Kriterienkatalog nennt sich GVT: Glissement, Vieillesse, Technicite sind die Schlagworte: glissement, das Gleiten bezieht sich auf die Zusammensetzung des Personals, die "gleitend" dauernd verändert wird, wobei den "Jungen", die neu in den öffentlichen Dienst eintreten, weniger bezahlt werden soll als den "Alten", und ihre Pensionsansprüche an den Staat ebenfalls gekürzt werden sollen. Die vieillesse bezieht sich wieder auf die Betriebszugehörigkeit, wieviel Geld muß aufgrund von "altersbedingten" Gründen für Lohnerhöhungen bereitgestellt werden? Latechnicite, das Können, der fachliche Charakter, bezieht sich u.E. auf besondere Gratifikationen <da sind wir uns nicht sicher>.

Während also manche Besoldungsstufen vielleicht eine reale Lohnerhöhung (oder zumindest keine Verschlechterung) erhalten, tut sich bei anderen Gruppen - z.B. bei den "unqualifizierten Neuzugängen" - nichts auf der Lohnabrechnung. Diese zunehmend stärkere Hierarchisierung und auch Individualisierung der Löhne war ein starker Kritikpunkt in den Streiks, v.a. bei den sogenannten "unteren Einkommensschichten". Diese differenzierte Einkommenspolitik im öffentlichen Dienst ist u.E. der in Italien vergleichbar und zielt im Groben darauf, die tendenzielle Nivellierung der Löhne, die "Überbezahlung der Unqualifizierten", wie sie in den 70er Jahren erkämpft wurde, wieder zu zerstören. An den Lohnunterschieden sind dann vielfältige Spaltungsmöglichkeiten gegen die ArbeiterInnen auszuprobieren.

In diesem Zusammenhang werden auch die - lt. Artikel - zwischen 1980 und 1982 eingestellten "Jugendlichen" interessant, von denen die Hälfte den Job wieder geschmissen

AUSZUG AUS EINEM BRIEF

hat. Zu ihnen und überhaupt zur Zusammensetzung der Arbeitskraft bei der Eisenbahn steht ja schlichtweg nichts im Artikel. Was ist aus der "Hälfte" geworden, die "drin" geblieben sind? Wer arbeitet auf den Bahnhöfen (die sedentaires), was für diverse 'Kategorien' gibt es hierbei, gab es Gruppen oder 'Schichten', die sich beim Streik besonders hervorgetan haben oder vielleicht gegen den Streik waren (der ja von den Lokführern ausging)? Läßt sich etwas Allgemeingültiges sagen über die Beziehung zwischen den "Fahrenden" und den sedentaires? (immerhin arbeiten maximal 20 000 auf/in den Zügen und etwa 210 000 auf Bahnhöfen, Werkstätten etc.!) Fragen über Fragen, mit Antworten sieht 's mau aus...

In "4. Die Vollversammlung der Basis ..." wird kurz die Arbeit angeschnitten, die "Militante", die in der Eisenbahn arbeiten, dort machen. Auch hier hört der Artikel genau dort auf, wo es anfängt, für uns interessant zu werden: nämlich bei einer Intervention, bei einer kommunistischen Praxis INNERHALB der Ausbeutungssituation. Wenn außer 'aktueller Information' durch den Artikel etwas vermittelt, womöglich sogar vorgeschlagen werden sollte, dann müßte er an dieser Stelle weiterreichen. Stichworte: gibt es bei der SNCF gezielte politische Interventionen außerhalb der Gewerkschaften, "autonome Gruppen"? Spielen die o.g. "Jugendlichen" eine Rolle hierbei? Welche Bedeutung hat die Intervention der Trotzlisten ('rouge', 'lutte ouvrière'), sind sie vergleichbar der gewerkschaftlichen "Linken" in der BRD? Wo arbeiten diese "Militanten" in erster Linie, im Zug oder auf den Bahnhöfen? Qualifikation? Befristete Verträge? Immerhin haben sie sich zusammgefunden, "um die Kämpfe voranzutreiben" (S.15); dann sollte man ihnen auch etwas mehr Aufmerksamkeit widmen!

Was die Chronik, die Entwicklung des Streiks angeht, die finden wir brauchbar. U.E. fehlt aber, daß die Regierungspartei mit Chirac an der Spitze im Januar eine ziemlich breit angelegte Hetzkampagne gegen die Streiks (v.a. eben der SNCF- und der Metrostreik in Paris) entfacht hatte. Die gipfelte in Ausnahmefällen darin, daß auf streikende und ihr Werk besetzende Elektrizitätsarbeiter von "wütenden Bürgern" geschossen wurde. In Paris und mehreren Provinzstädten gab es Demos, die die Regierungspartei angemeldet und organisiert hatte. Nach Paris z.B. versuchten sie per Bus ihr ganzes "Fußvolk" zu holen und bezahlten all das mit "Steuergeldern". Wir erwähnen dies nicht, weil wir an die angeblich "demoralisierende Wirkung" dieser "wütenden Benutzer" (usagers) auf die Streikenden glauben. Aber es zeigt die Mittel auf, mit denen solche Streiks auch bekämpft werden sollen.

Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen zu den anderen Streiks im Januar; auch hier hält sich der Artikel unverhältnismäßig zurück. Zählen wir die uns bekanntgewordenen Streiks erstmal auf: im Dezember/Januar noch Streiks der Hafentarbeiter, Teilen der staatlichen EDF (Stromversorgung), einiger Tausend ArbeiterInnen bei der Post, der Pariser Metro und Busse (RATP), der Pariser Vorortbahnen (RER) und einiger Kohlenbergwerke in Nordfrankreich, deren wilder Streik eine Reaktion auf einen Schließungs- und Entlassungsplan darstellte. Im Januar in Paris noch Lehrerstreiks an einigen Grundschulen. Zusätzlich kämen noch einige von der Gewerkschaft organisierte Streiks, z.B. in den Munitionsfabriken. Bei dem Ende Dezember beendeten Streik der Fährschiffer (Vertragsabschluß) brach sofort nach dem Vertrag wieder der Streik los: hier ging es um die nachträgliche Bezahlung der Streiktage. Im 'autonomen' Hafen von Marseille gibt es Mitte Januar einen mehrtägigen Streik gegen geplante Entlassungen (vgl. dazu auch wildcat 41).

Die Streiks bei der Post, bei der EDF und bei dem Pariser öffentlichen Nahverkehr brachen entweder auch "an der Basis" aus - mit den üblichen Erscheinungsformen wie beschlußfähige Vollversammlungen in den Depots oder Kraftwerken - oder mußten von den Gewerkschaften, v.a. der CGT, ausgerufen werden aufgrund des zunehmenden Drucks ihrer Basis. Es ging dabei sowohl um eine Verbesserung der jeweils eigenen Situation als auch um eine Solidaritätsaktion für den Eisenbahnstreik. Es bestanden Kontakte zwischen den EisenbahnerInnen und den Streikkomitees der MetroarbeiterInnen, auch außerhalb der Gewerkschaften. Daß auch diese anderen Streiks relativ autonom geführt wurden, zeigte sich auch daran, daß z.B. nach Aufrufen zur Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Gewerkschaften noch viele Bereiche weiterstreikten und öffentliche Unzufriedenheit über hastig abgeschlossene Verträge äußerten.

Bei den RATP rief die SAT (autonome Gewerkschaft der Metro- und BusfahrerInnen) nach einigen Tagen wieder zur Arbeitsaufnahme auf, in einigen Endbahnhöfen wurde trotzdem von den Streikkomitees weitergekämpft. Bei den Elektrizitätswerken gab es bei den "Militanten", der Basis von FO (Force Ouvrière, rechtssozialdemokratische Gewerkschaft) und CFDT ("sozialistische" Gewerkschaft) eine riesige Unzufriedenheit, nachdem diese beiden einen den Streik beendenden Vertrag unterschrieben. Diese "Militanten" streikten dann mit der CGT weiter, in der auch die Masse der E-ArbeiterInnen drin sind.

Als Kampfform in diesem Streik sind die (anfängs wahllosen) Stromabschaltungen zu nennen. Die CGT intervenierte natürlich sofort, um die "Stromabschaltungen in einem vernünftigen Rahmen zu halten" (Liberation). In den Vollversammlungen der EDF wurden alternativ zu den Stromabschaltungen für ganze Gebiete bald "verbraucherfreundliche" Kampfformen diskutiert. Dabei gab es Vorschläge wie Abstellen der Stromzähler in den Privathaushalten, Abschalten des Stroms nur in Fabriken, Blockade der EDV-Zentralen der EDF, um Stromrechnungen zu stören. Zeitweise wurde so gratis Strom geliefert (z.B. in Val-d'Oise), oder zumindest verbilligt. In Lyon gab es eine sehr weitreichende Bewegung bei den E-Werken, in der auch alle Gewerkschaften zu einem einheitlichen Vorgehen gezwungen wurden. Hier scheint die Diskussion über "neue Kampfformen" besonders massiv gewesen zu sein. (Haben hier diese Gewerkschaften versucht, den Streik totzulabern?)

"Verbraucherfreundlich" war auch die während des Metrostreiks in Paris allgemeine Beförderung zum 0-Tarif, um den Unmut der MetrobenutzerInnen über die spärlichen Verbindungen einzudämmen. Bemerkenswert also auch an diesen anderen Streiks zum einen die Organisationsformen. Zum anderen finden wir ebendiese Diskussion und teilweise Realisierung der "verbraucherfreundlichen Kampfformen" wichtig. U.E. ist hierbei aber auch wichtig zu klären, inwieweit diese Diskussionen von den Gewerkschaften beherrscht oder aufgezwungen ist. So läuft z.B. in den italienischen Gewerkschaften die Debatte über diese Kampfformen als Alternative zu jedweder "echten" Arbeitsniederlegung. (Ende)

So, das war 's, Mai 87

Frankreichs Wirtschaft traf der Arbeitskampf schwer

Umsatzrückgang bei Kaufhäusern um ein Drittel — Bahn büßte 1,2 Mrd. Franc ein

Paris (Reuter). Die langen Arbeitskämpfe im französischen Eisenbahn- und Energiewesen haben für die Wirtschaft des Landes offenbar weitreichende Folgen gehabt. Ein Sprecher des französischen Arbeitgeberverbandes CNPF sagte am Mittwoch, bislang gebe es noch keine exakte Schätzung über den angerichteten Schaden, aber die Streiks hätten mehrere Wochen lang Firmen getroffen, die jeden Tag 10 Mrd. Franc (rund 3 Mrd. DM) erwirtschafteten. Aus Industriekreisen verlautete, die französischen Unternehmer befürchteten jetzt, daß der Abstand zur bundesdeutschen Wirtschaft noch zunehme.

Die Winterurlaubsorte, die über Neugier ein Drittel ihrer jährlichen Einnahmen verlieren, rechnen mit streikbedingten Umsatzeinbußen zwischen 8 und 12 Prozent. Kaufhäuser berichten von Umsatzrückgängen um ein Drittel, und

Frankreichs größtes Versandhaus berechnet 20.000 ausgefallene Arbeitsstunden. In der Chemie-, Stahl- und Papierindustrie haben Transport- und Energieprobleme starke Produktionseinbußen zur Folge gehabt. Der staatliche Chemiekonzern Rhone-Poulenc verzeichnet allein Einbußen von mehr als 30 Mill. Franc (rund 8,9 Mill. DM).

Die finanziell geschwächte staatliche Eisenbahngesellschaft SNCF beziffert ihre Verluste durch den Arbeitskampf auf 1,2 Mrd. Franc (rund 360 Mill. DM), obwohl es Einsparungen durch fortfallende Lohnzahlungen und eingesparten Strom gab. Der neue Chef des CNPF, François Perigot, sagte am Dienstag nach seinem ersten offiziellen Treffen mit Ministerpräsident Jacques Chirac, er habe die ernsthaften Konsequenzen des Streiks für das private Unternehmertum betont.

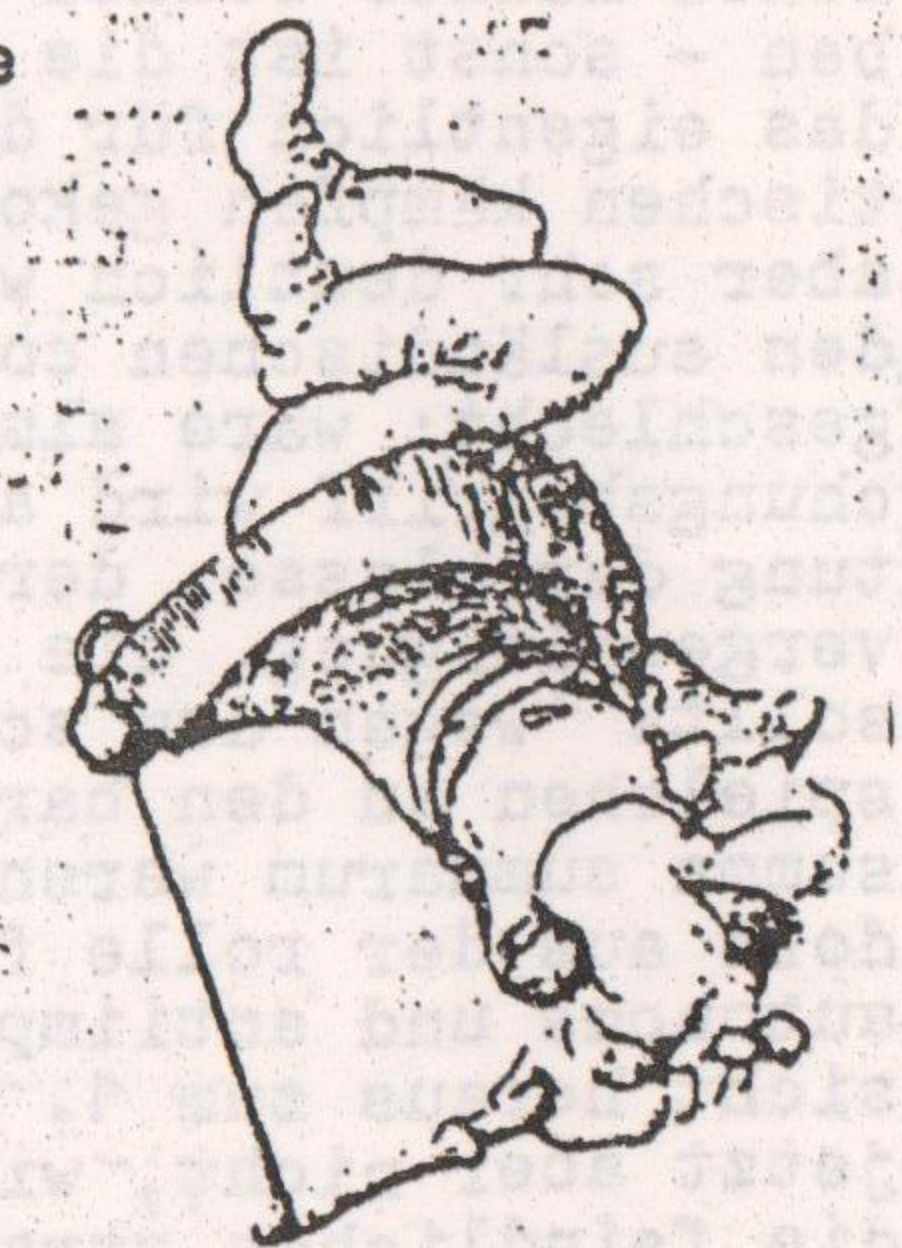
AUSZÜGE AUS EINEM BRIEF VON KLAUS VIEHMANN

KLAUS LEGT WERT AUF DIE FESTSTELLUNG,
DASS DAS FOLGENDE VORLÄUFIGE UND
KURZ NACH DEM 1. MAI ENTSTANDENE
ÜBERLEGUNGEN SIND, DIE WEDER DEN
ANSPEUCH AUF VOLLSTÄNDIGKEIT NOCH
DEN AUF VOLLKOMMENHEIT ERHEBEN



WERL, 31.5.87

gestern abend habe ich die erinnerungen von dem guevara senior an seinen sohn zu ende gelesen - kein besonders gutes buch, zusammengestückelte mythologie - und nun versuche ich mal den sprung von bolivien nach kreuzberg. (so eng liegt das aber auch nur auf'm schreibstisch zusammen!)
in deinem brief schreibst du einiges über das linke umgehen mit revolten. über den fehler, erstmal alles höher und politisch-bewusster einzuschätzen, als es real war und ist. ich finde das zutreffend beschrieben - auch in bezug auf den 1. mai in kreuzberg. die ersten briefe von dort waren sehr euphorisch noch, aber inzwischen steht das 'was nun?' wieder vor augen und es zeigt sich auf den üblichen ätz-plenen, dass ein sozialer knall noch lange nicht die schwäche der linken im kiez beendet. er deckt sie höchstens für ein paar tage zu. es ist wohl abzusehen, dass dort auch keine eingehende analyse gemacht werden wird; die vv zum reagan besuch soll erheblich voller gewesen sein als eine zum 1. mai - das hangeln von anlass zu anlass geht weiter!
ich nehme an, dass ihr sowas wie ne analyse in angriff nehmt? nen paar gedanken, auch wenn ich eulen nach athen trage, wollte ich dir mal aufschreiben. festhalten kannste erstmal nur, dass unter obj und subj bedingungen, wie sie z.b. in kreuzberg schon länger da sind, bei gleichzeitigen fehlern des staats(apparats), die übliche massenloyalität gewaltförmig zusammenbricht. was für brd-bedingungen schon ganz bedeutsam ist!
wie in den englischen riots ist aber auch hier sehr ungezielt vorgegangen worden, zufällig zumeist. es ging nicht gegen sozialämter, rathaus etc, sondern gegen dieses und jenes - je später der abend, desto mehr. diese tatsache ist nen hinweis auf die mangel einer reinen spontanität in so einer revolte. es wäre falsch, sich da was in die tasche zu lügen.



überhaupt wird deutlich, wie wenig die revolte selbst zu organisieren gewesen wäre - läuft die erstmal, so ist da nicht mehr viel zu 'steuern'. das kann nur vorher oder nachher versucht und untersucht werden. genau daran wird es m.e. hapern aufgrund der altbekannten autonomen schwäche, langfristig und verbindlich politisch zu organisieren über das scene-getto hinaus. du lässt anklingen, dass es an einem 'modell' oder an politischem selbstverständnis fehlt - sicher fehlt das. aber genauso fehlt es an den materiellen 'füßen' für beides. zahlenmässige schwäche der linken, historische unbewusstheit, mangelnde 'kader', gettoisierung, usw sind via noch so schlaudem modell auf absehbare zeit kaum zu überwinden. aus dem grunde wird kreuzberg 1987 nicht milano 1977 werden - diese hoffnung ist so verbreitet wie eben trügerisch. oder wie siehst du das?

zur analyse zurück: in ner älteren ksz war mal eine zum häuserkampf, da war glaub ich einiges schon drin, was jetzt wieder auftauchte. (ich hab's nicht auf zelle, 'nur' so in erinnerung.) für ne grob-analyse würde ich die letztesmal erwähnten drei kategorien klasse - 'rasse' - geschlecht als brauchbare arbeitsbegriffe ansehen.

klasse: da müssten die bekannten untersuchungen/zahlen über einkommen und arbeitslosigkeit, sozi und jobberei, mal von links aus aufgerollt werden. die blasse feststellung, dass die leute so arm sind, dass sie hundefutter und zucker plündern sagt ja nur indirekt was. die zusammensetzung, die in kreuzberg ja sehr speziell ist(?), und laut 'tagesspiegel' durch zuzug besser situierter mieter (so stand es dort!) entspannt werden soll, spielt sicher ne hauptrolle in einer analyse. welche gruppen und parteien in kreuzberg massierter als anderswo auftreten, wäre die politische seite. bei der gelegenheit liesse sich nebenbei nachweisen, wie wenig wahlergebnisse mit ner mobilisierungsfähigkeit zu tun haben. (kreuzberg hat ja nen cdu-bürgermeister und - schon länger als in hessen! - nen al baustadtrat).

'rasse': als kategorie natürlich noch sehr ungenau bestimmt, die englischen linken sind da etwas weiter. im wesentlichen ginge es mir hier darum, wie die türkischen jugendlich, frauen und männer sich in dieser nacht anders organisiert verhalten haben, als sie es sonst tun. (jugendliche oft in diesen streetgangs, frauen 'unsichtbar' und männer halt malochen oder in ihren community-strukturen). und wie sie sich mit den deutschen anders 'zusammengesetzt' haben. (pux und türkische frauen zusammen getanzt - wo käme das tagsüber vor? ne streetgang haut dir evtl eine auf's maul oder hängt in ner dösisen disco rum - in der nacht war das genau nicht so. die türkischen männer sollen sehr solidarisch beim abschleppen geholfen haben - sonst ist die spaltung viel zu selbstverständlich). ich halte das eigentlich für den positivsten aspekt, dass es nicht zu rassistischen kämpfen gekommen ist, wie in den usa-gettos früher üblich. aber sehr deutlich wird auch nen linkes unwissen über das, was in den ausländischen communities vorgeht! nen schwerer mangel.

geschlecht: wäre als kategorie auch gut zu bestimmen. als untersuchungsbegriff wird aber so schon schnell deutlich, dass diese spaltung der klasse, der revolte bestehen blieb. es gab wenigstens eine vergewaltigung, die auch noch von 'streetfightern' vertuscht werden sollte 'wegen dem schlechten eindruck'; es gab die üblichen machospielchen an den barrikaden ('frauen haben hier nix zu suchen') und summa summarum waren wohl die türkischen frauen die einzigen, die dort aus der rolle fielen - im besten sinne des wortes. nen paar autonome und antiimp frauen wollen wohl aus ner militanten frauensicht heraus zum 1. mai noch mal überlegen oder schreiben. ich weiss jetzt aber nicht, wieweit das schon gediehen ist.

die feindlichen strategien wären erst in zweiter hinsicht zu analysieren. die sozialtechnische via kohle in'n kiez dürfte wohl der al, bzw ihrer klientel zu gute kommen - die al wird da auch gerne mitspielen, da die die revolte als simples armuts-problem sehen. die



vom senat breitmäulig angekündigte repressive schiene dürfte wohl ne ad hoc massnahme sein, langfristig würde sie richtung 'belfast' laufen und ich denke nicht, dass sie den fehler machen werden. möglich ist es aber schon. profitieren werden die sicherheitsdienste und bullen davon und den underdogs wird's 'zu gute' kommen.

zu deiner bemerkung, dass die linke scene zur zeit halt nur ihr getto anzubieten hat fiel mir nen zitatz aus dem england buch ein: "...gilt, dass die gewalt, die sich nicht auf halbwegs intelligente weise in der zerstörung der warenbeziehung zum ausdruck zu bringen weiss, in einem strudel der brutalität versinkt." dieser 'strudel' bedroht m.e. auch das getto, kann zu getto-internen auseinandersetzungen führen, die ihre ursache in der isoliertheit haben. aufgrund der sprach- und perspektivlosigkeit auch linker gruppen suchen und finden die ihre themen und leute nur noch innerhalb des gettos, was zunächst die überein- und zustimmung zwar scheinbar erhöht. - in konsequenz aber einenimmer höhere barriere zum 'rest' der gesellschaft entstehen lässt.

Bericht der Hannoveraner Jobber

Die letzte hannover-messe endete ungewöhnlich spektakulär. Am letzten Tag dieses show-spektakels des internationalen kapitalen sahen sich seine organisatoren mit einem arbeitskampf konfrontiert. Mit streik, demo und einer presseerklärung wurde ein teil der parkwächter/innen gegen ihre arbeitsbedingungen aktiv. Wir, die jobbergruppe hannover hatten zuvor ein jahr lang versucht die bedingungen bei messejobs zu thematisieren. Mit diesem artikel wollen wir versuchen einige bedingungen und entwicklungen hinter dem spektakulären ereignis "die jobber streiken" aufzuzeigen.

dazu gehört zunächst, wie wir selbst zur messe gekommen sind. Die jobbergruppe entsand zunächst als reiner selbsthilfeansatz aus diskussionen nach dem silvestertreffen 85/86 in der hamburgener hafenstr. Bei diesen diskussionen ging es um die diskrepanz zwischen der identifizierung mit dem projekt hafenstr. und den darin angelegten utopien einerseits und der mangelnden politisierung des eigenen alltags in hannover andererseits. Mit der idee, sich bei streß in den jobs, ärger mit dem chef, linkereien um die kohle, etc. gegenseitig unterstützen zu können gründete sich die jobbergruppe. Die aktuellen konflikte aber, in denen wir sofort hätten intervenieren können, fehlten dann. Trotz anfänglicher skepsis, in stellvertreterpolitik hineinzurutschen und andere zu organisieren statt für uns selbst authentisch zu handeln, begannen wir nach möglichkeiten einer längerfristigen praxis zu suchen. Auf die messe kamen wir aus mehreren gründen. Wichtig war uns vor allem, daß wir aus den szenezusammenhängen bereits viele leute kannten, die in verschiedenen bereichen auf der messe jobbten. Wir hatten dadurch auch schon einige informationen über arbeitsbedingungen und frühere konflikte. Wobei bislang die gemachten erfahrungen wegen der fluktuation der jobber oft untergingen. Außerdem war die messe in der vergangenheit oft genug angriffsziel politischer kampagnen (IDEE, "partnerland türkei", schlesiertreffen) ohne daß bisher die messe in ihrer eigentlichen funktion (organisation von ausbeutung im großen) oder die arbeitsbedingungen (konkrete ausbeutung im kleinen) mit angesprochen worden wäre.

Auf einem treffen mit messejobbern aus der autonomen linken haben wir zunächst erfahrungen und bedingungen einzelner arbeitsbereiche zusammengetragen. Klar war, das aus eigener kraft der scene noch keine direkte praktische intervention möglich war. Wir beschränkten uns also auf ein flugblatt, in dem uns bekannte mißstände, aber auch die politik der messe-ag und die entgarantierung von arbeitsverhältnissen aufgegriffen und als erste praktische schritte die einrichtung eines beschwerdetelefons und ein treffen nach der messe angekündigt wurde.

Die reaktionen auf dieses flugblatt waren ebenso positiv wie passiv. also viele fanden's gut, daß es so'n flugi gab, fanden auch die inhalte richtig, fühlten

sich deswegen aber noch lange nicht angesprochen auch selbst was für deren umsetzung zu tun. So erschienen zu dem treffen nach der messe lediglich acht leute, für die mit diesem abschließenden erfahrungsaustausch die messe auch erstmal erledigt war.

So blieb von den verschiedenen messejobbereichen nur der parkplatz als ansatz für unsere weitere arbeit bestehen. dies vor allem deshalb, weil sich hier gleich ein weiterer praktischer schritt anbot.

Doch zunächst zu den parkplätzen selbst: die bei großen messen bis zu 350 parkwächter/innen sind schüler, studenten, rentner, alles, was nicht sozialversicherungspflichtig ist. Auf acht parkplätzen verteilt kassieren sie parkgebühren und sollen ansonsten präsenz zeigen. zwölf stunden täglich, zehn tage lang - natürlich ohne zuschläge. Wer krank wird hat eben pech gehabt und ohnehin kann von einem tag zum anderen gefeuert werden. "Wegen zu geringem verkehrsaufkommen" heißt es meist. Was den job erträglich macht sind verschiedene schwarzgeschäfte. Etwa ausstellern freikarten abschwatzen und anschließend an besucher verscheuern. So erhöht sich der stundenlohn für einige von 8,50 dm auf gute 30 dm. Allerdings nur bei den großen messen. Außerdem versucht die gesellschaft für verkehrsförderung (GfV, eine steuerrechtliche konstruktion der messe-ag) diese aneignung durch kontros und lockspitzel in den griff zu kriegen.

Damit sind schon die linien festgelegt, an denen sich das geschehen auf den parkplätzen dynamisiert. Durch die verstärkten kontrollen wird eine gewisse organisation erzwungen. Beispielsweise werden die parkplätze stärker bespitzelt, die nicht reibungslos funktionieren (verbaute parkreihen, zuviel autos nicht abkassiert, usw.) Im normalen arbeitsablauf sind manche leute aber geschäftlich kaltgestellt - weil sie etwa an einer kreuzung stehen und nur fahrende autos einweisen. Unter diesem druck entstanden gruppen, die in eine kasse arbeiten, wobei die einen den parkplatz an laufen halten und die anderen sich den deals widmen. Aus diesen kassen wird auch der lohn weitergezahlt, wenn parkwächter/innen auffliegen und gefeuert werden. So begeistern diese aneignung auch zunächst erscheint: sie hat auch ihre kehrseiten. Eine davon ist die erreichte befriedung. Mit dem erzielten extragewinn lassen sich die parkwächter/innen zum teil die wut über konkreten nerv abkaufen. So kamen zu unseren ersten aktionen denn auch hauptsächlich leute, die bereits direkt gefeuert waren oder bei neubewerbungen einfach nicht mehr eingestellt wurden. 'ne andere geschichte ist die konkurrenz untereinander. Etwa abgrenzung der "alten hasen" im geschäft von "neuen", die nicht wissen wo's lang geht.

Unser erster anknüpfungspunkt nach der messe war der geschäftsführer der GfV, prof. h.c. heddergott. Heddergott, ehemals fraktionsvorsitzender der F.D.P. in hannover, hält seine professorenwürde durch ein ständiges seminar an der hiesigen uni: "parteien und fraktionen in der verfassungswirklichkeit". Da lag es nahe den herrn geschäftsführer mal etwas klarer mit seinen studentischen arbeitskräften zu konfrontieren. Uns schwebte dazu eine art go-in im seminar vor. Bei der mobilisierung erlebten wir erstmal wieder 'ne ziemliche pleite. Erst im zweiten anlauf

kamen genug leute für eine aktion zusammen. Das "go-in" wurde dann mehr zu einem länger ausgedehnten disput, in dem heddergott - unterstützt von durch unsere flugblätter alarmierte profs und später auch von seinen seminarteilnehmern - sich strikt weigerte über die parkplätze zu reden, weil er nicht in seiner eigenschaft als geschäftsführer anwesend sei. Nachdem das eigentliche aktionsziel (die konfrontation direkt an heddergott heranzutragen und spürbar werden zu lassen) ausgereizt war, gingen wir auf einen deeskalationsversuch anderer profs ein, die versuchten einen termin in der uni zu einem anderen zeitpunkt zu vermitteln. Wir haben uns darauf eingelassen, weil wir uns einen zusätzlichen mobilisierungseffekt davon versprachen, heddergott im quasi offiziellen rahmen vorführen zu können. Diese Überlegung hat sich dann auch als richtig herausgestellt. Die bereitschaft direkt in eine konfrontation einzusteigen hatten wir offenbar überschätzt. Unter dem offiziellen etikett veranstaltung aber kamen erstmals an die dreißig parkwächter/innen zusammen. Dankenswert offen hat heddergott dann seine rolle als geschäftsführer entwickelt und deutlich gemacht, daß die interessen der GfV am einfachsten zu lasten der beschäftigten zu verwirklichen sind.

Nach der veranstaltung zeigten sich zunächst mehrere parkwächter/innen bereit bei weiteren aktionen mit zumachen. Allerdings war die nächste messe erst ein viertel jahr später und über diesen zeitraum reichte die betroffenenheit dann doch nicht. Lediglich zwei frauen verwirklichten ihre ankündigung die arbeitsverträge mal juristisch überprüfen zu lassen.

Die herbstmesse war dann mehr anlass die belegschaft über die gelaufenen aktionen zu informieren und so weiter zu mobilisieren. Für direkte aktionen sind die großen frühjahrmessen ungleich geeigneter. Bei CeBIT und industrie-messe läßt sich der betriebsablauf infolge des größeren andrangs und des sturen verhaltens der aussteller (die mit ihren schlitten am liebsten direkt bis zu ihrem stand fahren würden) leicht und empfindlich stören. Außerdem baut die messe-ag an diesen messen ihr bedeutungsimago auf - ein punkt an dem sie ausgesprochen sensibel reagiert.

Unsere hoffnung durch kontinuierliche flugblätter und oberflächliche private kontakte bereits auf eine spontane aktionsbereitschaft zurückgreifen zu können erwies sich dann aber noch einmal als verfehlt. Unsere initiative vor der CeBIT scheiterte an den gleichen anlaufschwierigkeiten (siehe flugi).

So kam es erst vor der industrie-messe zu zwei treffen (eins davon auf initiative einer parkwächterclique) mit insgesamt 25 parkwächter/innen, auf denen diskutiert wurde, welche handlungsmöglichkeiten aus diesem kreis selbstständig entwickelt werden konnten. Als ergebnis waren zu beginn der

messe die als pausenraum dienenden containerbutzen mit parolen besprüht. Über weitere aktionen wurde zu beginn der messe zwar diskutiert; sie wurden jedoch nicht verwirklicht, da sich nur auf zwei parkplätzen jeweils die hälfte der parkwächter/innen dahintergestellt hätte. Andererseits schufen diese diskussionen eine stärkere sensibilität gegenüber den auf jeder messe ablaufenden schweinereien seitens der GfV. Verschärfte kontrollen und "anwesenheitsappelle" sorgten für die stimmung, die dann nach der kündigung von zwei parkwächtern explodierte. Am letzten messtag zogen etwa 40 parkwächter/innen zuerst zum pressepavillon auf der messe und danach zum büro der GfV. Die reagierte prompt mit einem sofortigem zählappell auf allen parkplätzen und kündigte allen, die dabei nicht angetroffen wurden. Für den betrieb des letzten halben tages wurden die personallücken mit eilig angekehrten verwandten der büroangestellten aufgefüllt. trotz der kündigungen - die von den betroffenen teils als vorgezogener feierabend gefeiert wurden - sehen wir in der aktion zunächst einen erfolg. Vor allem durch das aufsehen, das sie erzeugte und das selbst vorstandsmitglieder der messe-ag zu stellungnahmen nötigte (die ja sonst mit der GfV angeblich nichts zu tun haben). Wie kurzlebig dieser erfolg eventuell ist muß sich noch herausstellen. Ob durch die kündigungen die unruhe eingedämmt ist und ob die betroffenen nun keinen grund sehen sich weiter zu verhalten sind dabei die entscheidenden fragen. Unser ziel, die kämpfe auf den parkplätzen von unseren von außen kommenden anstößen unabhängig werden zu lassen, ist mit sicherheit noch nicht erreicht.

Parkwächter CeBit 87

Unter dem Markenzeichen der schwarzen Katze erscheinen nun seit einem Jahr Flugblätter zur Situation auf den Parkplätzen.

Wir, aktive und ehemalige Parkwächter sowie die Jobbergruppe Hannover, haben in diesem Jahr versucht, den Kampf um die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen aufzunehmen. Möglicherweise haltet ihr jetzt aber unser letztes Flugblatt in den Händen. Was ist passiert?

Bei unserer bisherigen Arbeit (Flügis, Veranstaltung mit Heddergott, Überprüfung der Arbeitsverträge) ist die Initiative immer von wenigen ausgegangen. Diese Initiativen sind zwar von einigen Parkwächtern/innen zeitweilig aufgegriffen, für gut befunden und mitgetragen worden, — eine kontinuierliche, tragfähigere Organisation ist bisher aber ausgeblieben. Deshalb wollten wir vor der CeBit—Messe eine breitere Diskussion über unsere nächsten Schritte ermöglichen. Über Mundpropaganda bei Bekannten und deren Bekannten hatten wir zu einem gemeinsamen Treffen aufgerufen. Dieses Treffen ist aber an mangelnder Beteiligung gescheitert.

Wenn jedoch nicht mehr Parkwächter/innen aus der Passivität herauskommen haben weitere Aktionen wenig Sinn. Denn einmal können und wollen wir uns nicht mit wenigen zu einer Art Stellvertretertum aufschwingen, Vorschläge erarbeiten, die zwar unsere Vorstellungen enthalten, aber möglicherweise an vielen anderen vorbei gehen, — zum anderen wird sich an den Arbeitsbedingungen auch nur etwas ändern, wenn mehr Parkwächter/innen selbst aktiv werden. Es bedarf des stärkeren Einsatzes von allen, die ernsthaft eine Veränderung auf den Parkplätzen wollen. Es liegt dabei nicht daran, das »die anderen« ja eh nicht zu gewinnen sind, sondern zunächst liegt es an DIR, ob DU bereit bist zu handeln.

Ohne stärkeren Rückhalt können wir unsere bisherige Arbeit nicht weiterführen. Um zu sehen, ob dieser Rückhalt da ist oder nicht, machen wir einen letzten Versuch mit einem:

Treffen nach der CeBit am 12.3. um 20 Uhr

im Stadtteilzentrum Stärkestr.15, Hannover-Linden

Als Info für diese Messe noch einmal, was wir bisher zu den Verträgen erfahren haben.

Die Anstellungsverträge sind faul

Wir unterschreiben unter Ziffer 4, daß wir mit der sofortigen Entlassung oder Arbeitszeitverkürzung einverstanden sind, falls die Parkplätze nur teilweise belegt sind. Auch mit unserer Unterschrift ist das arbeitsrechtlich nicht haltbar, weil dadurch ein unternehmerisches Risiko auf uns abgewälzt wird. Ihr habt einen für die Messe befristeten Vertrag. Ihr könnt also nur bei nachgewiesenen schuldhaften Verhalten gefeuert werden. Ansonsten steht euch für die gesamte Vertragszeit die Kohle zu. Ihr könnt auch Überstundenzuschläge einfordern, wenn sie in der Abrechnung nicht auftauchen. Diese Klagen müssen allerdings innerhalb von 14 Tagen eingereicht werden. Bisher haben wir folgende Forderungen entwickelt:

Zuerst wollen wir mehr Lohn

Während die Preise ständig steigen, sind die 8,50 DM seit mindestens sieben Jahren nicht mehr erhöht worden. So billig soll unsere Arbeitskraft nicht zu haben sein. Zumal die Industrie gerade mit Aushilfskräften in den letzten Jahren überall die Löhne drücken will und auf unsere Kosten reichlich fett wird. Wir halten einen Stundenlohn um 12 DM durchaus für angemessen. Die GfV hat auch durchaus das Geld dafür. 1985 gab sie für Lohnkosten 630 000 DM aus und führte gleichzeitig einen Gewinn von 1,1 Millionen DM (als sogenannte Umsatzpacht getarnt) an die Messe-AG ab. Durch die Vielzahl der Messen 1987 werden die Gewinne eher weiter steigen.

Wir wollen Zuschläge für Überstunden

Ganz klar, wenn wir mehr als acht Stunden arbeiten, geht das zu Lasten unserer eigenen Interessen. Wer 12 Stunden auf dem Parkplatz ist, kommt nicht einmal zum Einkaufen. Diese Mehrarbeit muß natürlich auch extra bezahlt werden. Nach §15 Arbeitszeitordnung (AZO) müssen Überstunden (mehr als 48 Stunden die Woche) auf jeden Fall mit 25% Zuschlag entlohnt werden.

Wir wollen Lohnfortzahlung bei Krankheit

Auch das ist selbstverständlich. Wer krank ist, braucht auch Geld zum Leben.

Wir wollen eine Wiedereinstellungsgarantie

Diese Forderung ist umstritten, weil sie für manche nach Privilegien sichern riecht und anderen zu unrealistisch erscheint. Wir brauchen aber einen wirksamen Kündigungsschutz. Zur Zeit halten viele von uns Parkwächter/innen die Klappe, aus Angst, auf der nächsten Messe einfach nicht wieder eingestellt werden. Heuern und Feuern hängt von Heddergotts schwarzen Listen ab und damit muß Schluß sein. Wie realistisch eine Forderung ist, muß sich in den konkreten Kämpfen erweisen. Forderungen von uns sind aber zunächst erstmal da, auszusprechen, was wir wollen und für richtig halten. Unrealistisch ist aber an irgendeinem Punkt zu hoffen, daß Heddergott freiwillig unseren Interessen Geltung verschafft.

Ihr erreicht die Jobbergruppe per Post:

Jobbergruppe
c/o Internationalismus Buchladen

Engelboster Damm 10 3000 Hannover 1

Bitte informiert uns über alle Vorfälle auf den Parkplätzen.

Eine Zusammenfassung des Buches "Rote Brigaden Fabrikquerrilla in Mailand 1980-81". Soar ich mir, weil eine Besprechung in der "Wildcat" Nr 40 gewesen ist.

Zunächst einmal einige der politischen Fragestellungen mit denen die Veranstalter die Diskussion anpacken wollten:

• was verstehen wir unter Arbeiterstandpunkt

Anhand der Diskussion über das Buch und einigen Referaten sollten diese Fragestellungen angegangen werden: Umstrukturierung bei Alfa Romeo

77er Bewegung

Die verschiedenen Arbeitergenerationen in Italien

Was für ein Verhalten haben Autonome in Frankfurt zur Klasse?

...

Zum ersten Referat: von dem heißen Herbst 69 bis zum Aufkauf der Alfa, bis dahin staatlich, durch die FIAT. Ich will hier nicht das ganze Referat wiederholen, das wird es demnächst übersetzt geben, sondern nur einige mir wichtig erscheinende Punkte:

Die Fabrik Anfang bis Mitte der 70er Jahre als Ausgangspunkt anderer sozialer Kämpfe. In der Fabrik wurden Räume erkämpft, dh von Schachspielen, selbstbestimmten Bars, Pausen bis zu den Diskussionslo-

nen von Wohnungs- oder Hausbesetzungen, Strompreisreduzierungen und anderen Formen von proletarischem Strompreisfestsetzungen.

Genau gegen diese erkämpften Punkte ging das Kapital vor.

Die Cassaintegration als Spaltungsversuch in der Fabrik (Cassaintegration = Kurzarbeit). Die Kurzarbeiter bekommen etwa 70% ihres Gehaltes, Großteil davon finanziert der Staat, und können nebenbei schwarzarbeiten. Bei Streik verlieren sie kein Geld, während die Arbeiter der Fabrik den Streik aus eigener Tasche zahlen müssen, weil es keine Streikkasse der Gewerkschaft gibt.

Ein weiterer Angriff war die Auslagerung von Produktion in Klitschen. Und der Kampf gegen Samstagarbeit und Schwarzarbeit vor allem in den Klitschen war auch ein Kampf gegen die Zersetzung der Arbeiterklasse. In der Fabrik war ein höherer Grad der Organisation gegen die Arbeit da.

So etwa ab 76 gab es die "proletarische Runden". Arbeiter und Jugendliche zogen durch das Viertel und spürten Samstagarbeit oder Schwarzarbeit auf. Sie forderten den Betrieb auf die Arbeit einzustellen andernfalls stellten sie den Strom selber ab. Der Kampf ging nicht gegen die Arbeiter sondern gegen die Klitsche.

79 war das auch der Punkt an dem Fabrikkampf und die Jugendbewegung zusammenkamen.

Die 77er Bewegung war dadurch gekennzeichnet, daß eine massenhafte militante Bewegung für die eigenen Bedürfnisse, vorhanden war. In Rom werden sogar die Waffenläden geplündert und die Bewegung diskutierte über die Möglichkeit, daß das Militär gegen sie eingesetzt wird.

Über die genauen Gründe der Zerschlagung der Bewegung wird in Italien wahrscheinlich noch ewig diskutiert. Hier nur einige Standpunkte: Was die BR in der Frühjahrsoffensive 78 (Entführung Moro u.a.) als Angriff auf das Herz des Staates an Militanz einbracht hat, konnte sie auf Massenebene nicht halten; in Italien wurde immer nur über die Ausweitung der Kämpfe quantitativ aber nicht qualitativ geredet (z.B. die Schließung des Knastes Asinara wurde lange thematisiert aber erst durch die Knastfront der BR 81 durchgesetzt.); die Bewegung hat sich militarisiert und dabei den Kontakt zur Fabrik und anderen entscheidenden Brennpunkten verloren.

Tatsache ist: Tausende sind ab 79 eingeknastet worden, untertaucht, ausgewandert, am Arbeitsplatz jeder autonomer Ansatz als "terroristisch" diffamiert und verfolgt. Und genau das war die Gelegenheit weiter umzustrukturieren, da ja keine Gegenwehr zu erwarten war. Die Walter Alasia operierte erst 80/81. Wie wird in dem Buch geschildert. Doch wie weit ihr Reformismus und ihre Schizophrenie ging - einerseits BR und andererseits Betriebsratsmitglied zu sein - scheinen sie verschweigen zu wollen. Im Gegenteil, teilweise behaupten sie daß gerade in der Fabrik gewußt hätte, daß sie Brigadisten sind.

Die Geschichte der Fabrikkämpfe in Italien hat ganz verschiedene Arbeiterverhalten gesehen.

Von dem Emigranten aus dem Süden, der Fabrikarbeit überhaupt nicht gewohnt war und direkte Formen der Auseinandersetzung kannte - bei Problemen direkt ohne Vermittlung gehandelt - Anfang der 60er; den Massenarbeitern Ende der 60er / Anfang der 70er die Krankfeiern und mit den traditionellen Gewerkschaftsformen brechen, für den Einheitslohn kämpfen; bis zu der Jobbergeneration die sich überhaupt nicht mehr mit der Fabrik identifizieren.

Heute sieht es so aus, daß zwar gearbeitet wird, daß aber nicht mehr zum Thema gemacht wird und nur über die Freizeit geredet wird. Das wurde Parallelismus genannt.

Fähende Untersuchungen über den heutigen Stand der Umstrukturierung der Arbeit wurde mit den Jahren der Repression begründet. Erst seit etwa zwei Jahren wird wieder angefangen die Situation zu untersuchen.

Der Kampf der Hafenarbeiter in Genua wird unterstützt. Es stellt sich aber die Frage inwieweit das wieder ein Versuch ist sich auf die alte Arbeitereinheit zu beziehen, die für die meisten überhaupte nicht mehr Sache in Mailand ist. Die Kritik ist nicht die, daß Kämpfe unterstützt werden, sondern daß z.B. wenn Alfa heute Zentralisierung des Kommandos und Dezentralisierung der Arbeit - also Auslagerungen - bedeutet, wie ja schon 80 festgestellt wurde, dann sich die Alfa-Arbeiter eben damit auseinandersetzen sollten und nicht nach Genua starrten wo es noch eine alte Klassenzusammensetzung gibt.

Der Anspruch der Veranstalter anhand von den Erfahrungen in Italien über hier zu reden ist wieder einmal gescheitert.

Zu ungenau war die Vorbereitung. Dadurch war es nicht möglich zu unseren Kämpfen/Ansätzen/diskussionen hier zu kommen.

Die letzten Referat: was für ein Verhalten haben Autonome in Frankfurt zur Klasse?

These: vom Kampf für die Klasse Anfang der 70er Jahre zum Kampf gegen die Klasse Anfang der 80er Jahre.

Was im Walter Alasia Buch gut rauskommt ist, daß Selbstbewußtsein mit dem die Genossen im Stadtteil in der Fabrik handelten. Es ist, daß sie sich als Teil des Proletariats begreifen und nicht als etwas vollkommen außergewöhnliches. Dieses Gefühl ist da, weil sie in dem Stadtteil aufgewachsen sind politisch auch handelten.

Die Diskussion über das Buch sollte auch dazu dienen über ganz bestimmte Dinge hier zu reden. Über den vollkommen fehlenden Bezug zum Territorium (Stadtteil, Job, etc), dem fehlenden Selbstbewußtsein der Klasse zu sein. Das mit dem Selbstbewußtsein ist ein Punkt, der für ziemlich alle politischen Gruppen zutrifft. Es ist nicht ganz egal ob sich die Gruppe mit Ausländerarbeit, Volkszahlung, Computerisierung, Akw's, usw beschäftigt. Wichtig ist die Frage, inwieweit das was die Gruppe macht auch im Alltag eingebracht werden kann. Wie sehen die Auswirkungen der Sozialplanung im Viertel z.B. aus? Oder was für einen Bezug haben wir zu den Akw's (Energie als Strategie des Kapitals, Strompreise Leiharbeit, usw.)? Oder was hat die Startbahnbewegung mit der Fabrik Flughafen zu tun.

Situation der meisten ist doch, daß Politik und Alltag zwei vollkommen getrennte Dinge sind. Tags über isoliert sein überleben absichern und dann Abends Politik machen.

Den Wunsch nach Kollektivität haben viele. Aber alleine die Kollektivität sagt noch nicht allzuviel aus. Wen Kollektivität losgelöst vom Alltag, von der Klasse ist, ist es fürn Arsch.

Deswegen die These vom Kampf für die Klasse zum Kampf gegen die Klasse. Das Verhalten der autonomen, der antiimperialistischen und der anarchistischen Bewegung hat sich seit dem Anfang der 70er Jahre oft um 180 Grad gedreht. Wo damals für die Arbeiter, für die Bürger oder sonstwie Politik gemacht wurde, wird heute oft nur noch für sich selbst Politik gemacht und es ist vollkommen egal was um einen herum geschieht. Das soll jetzt keine Propaganda für Sozialarbeit sein!


Kollektives arbeiten - schön und gut - daß darf aber nicht auf Kosten von anderen gehen. Für eine Politik, die sich mit dem Alltag in der Metropole auseinandersetzt.

Beispiel - Vorschlag: Hinterhofbegrünung in Bornheim im Zusammenhang mit Sanierung und den Planungen zur City-West diskutieren.

Wo wird versucht die Linke zu kaufen und zu beruhigen um gleichzeitig in aller Ruhe kapitalistische Projekte durchzuführen?

Welche Funktion sollen die verschiedenen Stadtteile in Zukunft haben? Und wo können wir gegen ihre Planungen ansetzen?

dazu wollen wir Material im Libertären Zentrum sammeln und Diskussionen/Veranstaltungen vorbereiten



FÜR EINE ORGANISIERUNG DES METROPOLLENPROLETARIATS!

Autonome aus dem Libertären Zentrum

VORSCHLAG FÜR EIN SCHULUNGSKONZEPT (Herbst 1985) *Hamburg*

Vorbemerkung

Wir, die wir dieses Konzept vorschlagen, gehören nicht zu denen, die im Laden (Balduinstraße) regelmäßig mitarbeiten. Unsere ersten und prägendsten politischen Erfahrungen haben wir in der ersten Hälfte der 70er Jahre gemacht. Die politischen Impulse, die aus und in der Folge der Studentenbewegung entstanden waren, waren für uns sehr lebendig. Die Bewegung selbst, wie sie in den 60er Jahren sich dargestellt hatte, gab es zwar nicht mehr. Aber die Impulse, die sich mittlerweile in andere politische Bereiche und Konzepte umgesetzt hatten, lebten aus der Kontinuität der Studentenbewegung. Dieses Sich-zurück-Besinnen auf die eigene politische Tradition ist etwas, was in den letzten fünfzehn Jahren sehr unmorden geworden ist. Wir müssen uns dabei auch an unsere eigene Nase fassen: Zu wenig haben wir getan, um diesen kollektiven Gedächtnisschwund aufzuhalten.

Uns hat schon überrascht zu sehen, daß heute das Interesse an "Schulungen" wieder grasst, ein Wort, das in den Mund zu nehmen ich mich bis vor vielleicht einem Jahr gar nicht mehr getraut hätte ... Das Bedürfnis, das dahinter steht, fordert uns heraus: Wir hätten da einiges beizutragen, was die Erfahrung mit und in der Diskussion der letzten 15 Jahre angeht. Damit wollen wir hier beginnen.

Entscheidend wichtig finden wir, sich genau Rechenschaft abzulegen, woher dies Bedürfnis nach "Schulung" entstanden ist. Nach unserem Verständnis steht der Wunsch im Zusammenhang mit der praktischen Arbeit im Laden. Die Erfahrung, tagtäglich auf irgendetwas politisch reagieren zu müssen; das Fehlen eines strategischen Konzepts, aus dem sich Antworten herleiten lassen; die Unsicherheit auch bei allgemeinen Fragen - etwa: was bedeutet heute und hierzulande "revolutionär"; das Unbehagen bei der alltäglichen scheinbar oder tatsächlich reformistischen Werkelei - all das schafft den Wunsch, sich viel genauer der Grundlagen, sich des eigenen politischen Ortes zu vergewissern. Eine gute Voraussetzung für die Beschäftigung mit grundlegenden politischen Fragen und klassenkämpferischen Traditionen. Unter diesem Anspruch sollte man und frau es tatsächlich nicht machen. Nicht um Wissen anzuhäufen, sondern der Besinnung auf die Geschichte und unserer Stellung heute und jetzt wegen.

Wir schlagen vor die Schulung unter einem inhaltlichen Leitfaden ins Werk zu setzen. Ob die inhaltlichen Prämissen, die in ein solches Konzept eingehen und notwendig eingehen müssen, von allen geteilt werden, ist ungewiß. Aber wir denken, es ist schon jetzt und heute möglich, sich ohne ideologische Festlegung über ein methodisches Vorgehen zu verständigen.

Noch einmal: Als Ziel der Schulung gilt, sich des eigenen politischen Ortes zu vergewissern. Von dieser Forderung her müssen auch die Fragen formuliert werden, die das ganze Programm organisieren: Was sind die Bezugspunkte unserer Politik? In welcher Tradition stehen wir? In welchem aktuellen Kräftefeld bewegen wir uns? Auf wen hin orientieren wir unsere Politik? Diese Fragen laufen zusammen in der Beschäftigung mit der Realität der Klasse. Und das scheint uns auch für das Schulungskonzept der zentrale Ausgangspunkt.

Zum Begriff der Klasse

Was verstehen wir unter "Klasse"? Traditionell ist das Bestimmungskriterium für (Arbeiter-)Klasse das Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Alle, die keine Produktionsmittel besitzen und (produktive) Lohnarbeit verrichten, gehören zur Klasse. Das ist zunächst eine nur analytische Bestimmung und beschreibt nur eine Seite des Klassenbegriffs. Erst wenn diese Klasse sich bewegt, lebendig wird, zu sich kommt, wird sie zum revolutionären Proletariat.

Diese Unterscheidung in zwei Momente von Proletariat ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung recht einseitig interpretiert worden. Als revolutionär galten potentiell - und das schwingt auch heute unterschwellig immer noch mit - nur die Schichten des Proletariats, die produktive Lohnarbeit verrichteten. In diese Sichtweise geht eine Reihe von Unterstellungen ein, die wir heute mit unseren historischen Erfahrungen alle als zumindest problematisch betrachten. Ein Festhalten am Klassenbegriff, der auf Produktivität und Lohnarbeit eingengt wird, scheint uns die Sicht auf die Klassenrealität und unsere eigene eher

zu verstellen. Wir schlagen daher eine etwas verschobene Ausgangsperspektive vor, die allererst den Blick auf die Zusammensetzung der Klasse heute freigibt.

Zunächst: Was sind die Unterstellungen, die in den traditionellen "produktivistischen" Klassenbegriff eingehen? Ich will nur die wichtigsten nennen: Das ist zum einen die These, daß die Tendenz des Kapitals dahin geht, die Lohnarbeit als universelle Existenzweise zu setzen. Das heißt, traditionelle soziale Zusammenhänge werden tendenziell aufgelöst in Lohnarbeiterverhältnisse. Und unterstellt ferner, daß "richtig" revolutionär eigentlich nur die Industriearbeiterschaft sein kann; denn der Kern des Kapitalverhältnisses sei in der Fabrik zu finden.

Der Klassenbegriff hat sich für uns in den Jahren unserer politischen Arbeit und Diskussion gewandelt. Er ist reicher geworden, auch schwieriger und uneinheitlicher. Dafür jedoch realitätsnäher und historisch anschaulicher. Wir schlagen vor, die Schulung an einem historisch orientierten Klassenbegriff aufzuhängen.

Wir schlagen vor, uns zu Beginn ein Bild von Klassenrealität zu machen, also in einem soliden Sinn materialistisch vorzugehen. Wir wollen uns nicht im ersten Schritt mit den ideologischen Formen der Arbeiterbewegung befassen, sei's mit Lenin, Luxemburg und Thälmann oder Bakunin, Pannekoek und Gorter.

Für fruchtbarer im Sinne einer revolutionären Selbstverständigung halten wir, sich ein Bild von der Klasse zu machen, die historisch schon immer vielfältiger war, als daß man sie auf "Lohnarbeiter" hätte beschränken können. Der Blick auf die Geschichte und auf die Welt-situation heute beweist, daß die Lohnarbeit ein zwar zentrales, aber lediglich eines der außerordentlich unterschiedlichen Produktionsverhältnisse darstellt, die die kapitalistische Produktionsweise hervorgebracht hat. Lohnarbeit und Entwicklung der Produktivkräfte ist nur eine Erscheinungsform von Arbeitsverhältnissen. Erst in der Kombination aller dieser Verhältnisse, die völlig unterschiedlich sind, bildet sich das heraus, was als kapitalistische Produktionsweise zu begreifen ist.

Kapitalistische Entwicklung kennt kein Gesetz, nach dem die Lohnarbeit sich verallgemeinern würde oder die Produktivkräfte sich überall entfalten würden. Vielmehr ist kapitalistische Entwicklung so zu verstehen, daß sie die Menschen mobilisiert, daß sie traditionelle Lebensformen zerstört, auflöst. Die Menschen finden sich dann in Produktionsweisen uns Lebensformen wieder, die nicht mehr ihre alten sind, aber eben auch nur zum Teil Lohnarbeiterverhältnisse sind.

Das Nebeneinander der verschiedenen Produktionsweisen ist keineswegs ungewollt; Unterentwicklung ist keine krisenhafte Fehlentwicklung, die dem gesamten System zuwiderlaufen würde, sondern immanenter Bestandteil und sogar Basis der kapitalistischen Reproduktion.

Für die Schulung heißt das: Wir schlagen einen ersten Komplex vor, der die soziale Existenzweise der Klasse erhellen soll. Formen der Mobilisierung durch das Kapital und die Verlaufsformen von Widerstand stehen dabei auf dem Programm. Systematisch unterteilen wird diesen Punkt in

1. Sozialgeschichte hier: Welche Formen der Auflösung traditioneller Verhältnisse hat das Kapital hervorgebracht? Welche Schichten der Unterlassen entstanden mit der Pauperisierung (= Prozeß der Verarmung, der in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Aufkommen der kapitalistischen Produktionsweise steht)? Wie haben die Mobilisierten sich gewehrt?
2. Neue Armut in den drei Kontinenten (d.h. Asien, Afrika, Lateinamerika): Welche Formen der Mobilisierung gibt es weltweit (Wanderarbeit, Kontraktarbeit, Squatter-siedlungen, Flüchtlingsströme)? Welche Formen des Widerstandes entwickeln sich?
3. Neue Armut in den Metropolen: In diesem Teil wird es darum gehen, unsere eigene Situation seit den letzten Jahren zu untersuchen und dabei die Erfahrungen in anderen Ländern des imperialistischen Zentrums (USA, England) einzubeziehen.

Auf dem Hintergrund dieses Wissens, mit einem Begriff von Klassenrealität und Klassengeschichte ausgestattet, wollen wir im folgenden zwei weitere große Komplexe angehen, und zwar

- (1) Themen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung
- (2) internationale Kapitalstrategien und Internationalismus

zu (1): Erst hier wollen wir uns mit "klassischen" Fragen befassen. Das Wissen aus dem ersten großen Block wird uns Kriterien an die Hand gegeben haben, unter denen diese Fragen sicherer zu beurteilen sind. Ideologische Streitfragen in der traditionellen Arbeiterbewegung bekommen eine andere Färbung, wenn man die Positionen auf ihren sozialen Gehalt hin befragt.

Im einzelnen werden wir diskutieren:

- über Sozialdemokratie und Reformismus
- über Gewerkschaften und Gewerkschaftsgeschichte
- über die Organisationsfrage
- über Leninismus

zu (2): Unverzichtbar ist heute die Beschäftigung mit den Strategien des Imperialismus. Die Welt ist ein Dorf und wir haben ein Recht drauf zu erfahren, was in der Hütte der Häuptlinge ausgekugelt wird.

Im einzelnen schlagen wir vor:

- internationales Finanzsystem; Verschuldung; IWF und Weltbank
- Transnationale Konzerne; besonders die Rolle des Agrobusiness
- das internationale politische System
- Bevölkerungspolitik

Ein zweiter Schwerpunkt in diesem Themenblock soll die Beschäftigung mit den nationalen Befreiungsbewegungen, mit Revolutionen und revolutionären Regimen sein. Zentrale Frage wird etwa sein, wer da eigentlich revolutionär ist (eine These schon mal vorweg: alle Revolutionen im 20. Jh. waren Bauernrevolutionen). Ferner: Wen vertreten die Befreiungsbewegungen und für welche Ziele kämpfen sie? Daraus ergibt sich dann die weitere, für uns besonders wichtige Frage: Was heißt Solidarität mit Befreiungsbewegungen? Was kann Internationalismus für uns heißen? Hier werden wir dann wieder die Ausgangsfrage des ganzen Unternehmens aufgreifen: Auf wen beziehen wir uns?

Zum Vorgehen

Unser Vorschlag ist kein einfaches Unterfangen. Es läuft nicht in einem unmittelbaren Sinne darauf hinaus, "mal wieder richtig Ordnung in die Birne zu bekommen" - so formulierte ein Genosse mir gegenüber seine Erwartungen an eine Schulung. Wir haben keine Lehrsätze oder formulierte Strategien anzubieten. Wir verstehen die Beschäftigung mit den vorgeschlagenen Themen auch nicht so, daß wir die Texte lesen wollen und aus dem Gelesenen anschließend unmittelbar praktische Handlungsmöglichkeiten herausziehen. Das wäre ein Verständnis von Verwertbarkeit, das wir nicht nur nicht teilen; nein, dieser Anspruch, aus Texten möglichst umstandslos die Nutzenanwendung hervorzuzaubern, verrät vielmehr, wie tief die Ideologie des Kapitals in unseren Köpfen steckt: Alles nur danach befragen, was bringt es mir unmittelbar, kann ich einen Nutzen daraus ziehen; alles nach dem Motto bewerten, wenn ich keinen Gewinn aus dem, was ich tue, ziehe, ist die Zeit, die ich aufwende, vergeudet - genau das ist die Verinnerlichung der Ökonomie.

So also nicht. Wir streben vielmehr an, über die Vermittlung von Wissen hinaus eine Bereitschaft herauszubilden, sich der Wurzeln der eigenen politischen Identität immer aufs neue zu vergewissern. Wir wollen Offenheit für die Wirklichkeit der Klasse wecken, der Klasse, die heute sichtbarer als je zuvor eine internationale ist. Wir wollen eine Methode des Herangehens an politische Fragen schulen, die als einzigen letzten Bezugspunkt die soziale Lage der Unterlassen gelten läßt. Wir wollen dazu beitragen, eine Sichtweise zu fördern, die beim Blick auf die politische und soziale Wirklichkeit nicht als erstes danach fragt, welche der Organisationen die korrekte Linie drauf hat, sondern die sich darum bemüht, die Linien des Klassenkampfes in dem Prozeß selbst, wie die Menschen handeln und welche Lebensformen sie entwickeln, zu entdecken.

All das ist anstrengend und wird keine einfachen Antworten liefern, nicht "Ordnung in der Birne schaffen" im Sinne, daß die Widersprüche mit Etiketten versehen ihren Platz in der Schublade Marxismus oder Geschichte der Arbeiterbewegung oder was auch immer haben. Es werden vielmehr neue Fragen auftauchen, manches wird ungelöst bleiben. Für uns gibt's dennoch oder gerade deswegen keine Alternative: Diese Denkweise ist die einzige, die uns hilft, die Frage danach, wie wir uns heute als Revolutionäre orientieren und verhalten können, neu zu beantworten.

Arbeitskreis zum Klassenbegriff (1)

Wir schlagen vor, gemeinsam zum Thema Klasse zu arbeiten. Dazu wollen wir eine regelmäßige Arbeitsgruppe initiieren, an der teilzunehmen wir hierdurch einladen. Das Vorgehen, auf das wir uns in der Vorbereitung geeinigt haben, orientiert sich an einigen allgemeinen Positionen, die selbst auch Teil der Erörterung in der Gruppe sein werden.

Klasse heißt zunächst: Klasse gegen das Kapital als weltweitem gesellschaftlichen Verhältnis. Klasse konstituiert sich je neu im dialektischen Verhältnis zum Kapital, sie nimmt also unterschiedliche Formen an, sie drückt sich vielfältig aus. Klasse ist zunächst einmal nichts Homogenes, sie verändert ihr Gesicht.

Um sich der Klasse - als Realität und als Begriff - zu nähern, sind verschiedene Hinsichten denkbar; nicht als pluralistische Herangehensweise, sondern als Näherungen, die allesamt notwendig sind:

- * Klasse als eine, die heute überhaupt nur noch auf der Ebene der Weltgesellschaft vorstellbar ist;
- * Klasse in ihren unterschiedlichen historischen Formen;
- * Klasse in den Metropolen (unter der Fragestellung: In welchem Verhältnis stehen wir zu ihr?)
- * Klasse als theoretisches Konzept.

Das Vorhaben, die Klasse selbst gewissermaßen sprechen zu lassen, hat sich auf der Ebene des Literaturstudiums als schwierig erwiesen. Gemeinhin ist in den Texten vom Kapital und seinen Strategien die Rede - die Klasse erscheint dann mehr als Vexierbild auf diesem Hintergrund. Wir werden nicht drum herumkommen, uns auch mit den Strategien des Kapitals zu befassen; aber das wird nicht das Zentrum sein.

Die zentrale methodische Prämisse für die Arbeit, die wir mit Euch beginnen wollen, wird selbst immer wieder zur Diskussion stehen. Wir wollen versuchen, alle sozialen und ökonomischen Kategorien in Klassenkampf aufzulösen, ihnen ihre scheinbare Objektivität zu nehmen. Zu jeder der vier Hin-Sichten auf den Klassenbegriff (s.o.) werden wir exemplarisch arbeiten. Es kann nur darum gehen, schlaglichtartig Einblicke zu verschaffen. Jede Einheit wird in sich abgeschlossen sein.

1. Internationale Zusammensetzung der Klasse

Wir beginnen mit einem Blick über unseren nationalen Tellerrand hinaus, weil die entscheidende Auseinandersetzung mit dem Kapital an der Peripherie des Weltsystems stattfinden wird. Das bedeutet keine Geringschätzung der Klassenkämpfe hier, sondern soll darauf verweisen, daß die Schärfe des Klassenkonflikts vor allem in Regionen zur Todfeindschaft sich zuspitzt, wo die Klasse noch nicht zur reinen Lohnarbeiterklasse umgewandelt ist.

Wir werden uns mit Wanderungsbewegungen beschäftigen und an einigen Beispielen exemplarisch erarbeiten, welches die Gründe sind, warum Menschen fortgehen; was sie in den Regionen machen, in die sie - gewollt oder ungewollt - hinkommen; wie sie sich mit dem Kapital konfrontieren; und was das Kapital mit ihnen macht.

Damit ist die Frage der internationalen Klassenzusammensetzung nicht hinreichend erschöpft; es geht uns in diesem Abschnitt darum, vor einer allgemeinen Theoretisierung die Realität der internationalen Klasse an einem entscheidenden Punkt klarer zu bekommen.

2. Zusammensetzung der Klasse und Arbeiterbewegung: Technischer Fortschritt als Klassenkampf

In diesem Abschnitt wird der Begriff der Klassenzusammensetzung zu erläutern sein. Sie ist der geschichtliche Ausdruck eines Standes von Klassenkämpfen. Die Organisation der Produktion ist selbst Kampfresultat. Auf eine bedrohliche Kampfstärke der Klasse reagiert das Kapital, indem es ihre soziale und politische Zusammensetzung angreift. Ein Mittel dazu sind technologische Umgestaltung und Rationalisierung der Produktion. Auf diese Weise entzieht das Kapital der Klasse den Boden für ihre Kampfformen, es versucht den proletarischen Eigenwillen zu brechen. Und erreicht damit doch nur, daß es auf einer anderen, neuen Ebene mit der Widerspenstigkeit der Klasse konfrontiert ist.

Wir werden an Beispielen (Taylor, Wobblies, evtl. Organisationsfrage in Deutschland in den 20er Jahren) dieses Bewegungsprinzip der Klassengeschichte erläutern. Daran wird sich notwendig eine Debatte über das, was Fortschritt heißt, anschließen.

3. Aktuelle Zusammensetzung der Klasse in den Metropolen

Mit diesem Rüstzeug als gewissermaßen analytisch-methodischem Gepäck wenden wir uns nun unserer eigenen Situation zu, hier und jetzt. Wir werden sehen, ob sich diese These halten läßt:

1. Wir haben es heute mit einer Neuzusammensetzung der Klasse zu tun, die über den Mechanismus der Krise durchgesetzt wird;
2. Die Neuzusammensetzung ist als Reaktion des Kapitals auf Klassenkämpfe der 60er und 70er Jahre zu verstehen.

4. Theorie der Klasse und politischer Gehalt

Schließlich werden wir die Ergebnisse aus den ersten drei Einheiten zusammentragen und versuchen, sie theoretisch zu bündeln. Wir werden dann die Resultate mit theoretischen Positionen konfrontieren, die auf unsere Fragen je spezifische und sehr kontroverse Antworten geben.

Diesen Abschnitt haben wir weitgehend offengehalten: Die Arbeit am Material wird erst zeigen können, welche der entstandenen Fragen uns am brennendsten erscheinen und welche wir uns von verschiedenen Theoretikern beantworten lassen. Denkbar sind etwa:

- * Welches theoretische Konzept von Klasse hat welche politischen Implikationen?
- * Wie wird die Klasse an sich zur Klasse für sich?
- * Was ist Fortschritt?

Arbeitsgruppe zum Klassenbegriff (2)

Warum beginnen wir mit dem Blick auf die Klasse in den drei Kontinenten?

Dieses Papier versteht sich als Diskussionsbeitrag zu den offenen Fragen des Vorbereitungstreffens. Wir wollen noch einmal plausibel machen, warum wir es für unabdingbar halten, den Begriff der Klasse weltweit zu fassen. Bei der Entwicklung unserer Argumente werden darüber hinaus einige unserer zentralen methodischen und inhaltlichen Grundannahmen deutlich werden, von denen wir uns bei unserem Vorschlag fürs Konzept der Arbeitsgruppe leiten lassen.

Beim Vorbereitungstreffen tauchten in der Diskussion einige Vermutungen darüber auf, weshalb wir mit einem "Dritte-Welt-Thema" beginnen wollen. Diese Vermutungen treffen nicht zu. Wir wollen also nicht hintenrum aus unserer AG eine neue "Dritte-Welt-Soli-Gruppe" machen; wir meinen auch nicht, daß die Kämpfe in der Dritten Welt deshalb wichtig sind, weil es den Menschen dort dreckiger geht als hier und sie sich deshalb radikaler zur Wehr setzen als hierzulande; und schließlich schätzen wir auch nicht die Klassenkämpfe hierzulande gering ein - nach dem Motto: Hier läuft nichts, laßt uns also gucken, wo der größte Zoff abgeht ...

Wir wollen im folgenden unsere Position in drei Abschnitten erläutern.

1. Klasse ist Klasse in Bewegung

Der Klassenbegriff wird traditionell am Verhältnis zu den Produktionsmitteln festgemacht. Proletarier ist, wer kein Eigentum an Produktionsmitteln besitzt und seine Arbeitskraft verkaufen muß. Wir leugnen nicht diese strukturelle Bestimmung, halten sie aber für völlig unzureichend, historische Realität damit begreifen zu wollen. Der Blick auf das, was an der Klasse dynamisch, Bewegung ist, ist sehr viel näher zur revolutionären Strategiebildung.

Das Kapital preßt Mehrarbeit ab. Die Klasse wehrt sich dagegen. Das ist das bewegende Prinzip des Klassenkampfes. Wenn wir Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt ihrer Veränderbarkeit beschreiben wollen, ist kein anderes als dies materialistische Prinzip denkbar zum Verstehen von Geschichte und der Welt, in der wir leben.

Der Kampf zwischen Kapital und proletarischem Eigenwillen nimmt immer wieder neue Formen an. Die Konstellationen, die wir vorfinden, ändern sich in immer neuen Zyklen -

die Klasse entwickelt andere Formen und Inhalte des Kampfes; das Kapital erzwingt veränderte Zusammensetzung der Klasse.

Deshalb ist es trivial, in je neuen historischen Situationen nur das immer schon Dagewesene zu entdecken: vielmehr halten wir dafür, die Wahrheit der Klasse in ihrer Geschichte aufzuspüren. Damit verliert der Begriff vielleicht an seiner positivistischen Schärfe, gewinnt jedoch auch an dialektischer Tiefe.

Ein Beispiel mag dieses Prinzip - Auflösung von Kategorien in Geschichte, in Bewegung - veranschaulichen.

Gegen Ende des 19. Jh. gibt es einen vorherrschenden Typus des Handwerker-Arbeiters. Er ist qualifiziert, identifiziert sich mit den inhaltlichen Teilen seines Proletarierdaseins, ist stolz drauf, Bergmann, Schiffsbauer oder was auch immer zu sein. Er überblickt dank seiner Qualifikation noch größere Teile der Produktion; identifiziert sich mit seiner Arbeit. Sein Kampf gegen die Ausbeutung, gegen seine Unterdrückung, gegen das Kapitalverhältnis trägt denn auch die entscheidenden Züge: Mit Zerstörung der Maschinen etwa kann er wenig anfangen, es geht ihm um eine Übernahme der Fabrik in proletarische Regie. Die Kampfkraft und die Kampfformen der Klasse gründeten auf der Machtstellung der Arbeiter in der Produktion. Folgerichtig richtete sich die Strategie des Kapitals in den folgenden Jahrzehnten genau auf diese Bastion im Klassenkampf: Das Wissen der Arbeiter im Produktionsprozeß wurde enteignet; es wurde durch wissenschaftliche Betriebsführung und die Entwicklung neuer Technologien den arbeitenden Menschen entzogen und in Maschinerie und Betriebsorganisation vergegenständlicht. Am Ende dieses Prozesses stand der Beginn der Massenproduktion, das Fließband - und: es gab auch eine neue, andere Arbeiterklasse. Das handwerkliche Wissen um die Produktion war entwertet. Es konnte nicht mehr als Druck- und Kampfmittel verwendet werden. Die Zerlegung der Arbeiten in Zeit- und Bewegungseinheiten machte die Kontrolle der Arbeiter im Arbeitsprozeß selbst möglich; es machte sie auch austauschbarer. Aber auch ihr Bewußtsein war ein anderes: die Verbindung zum handwerklichen Können war abgeschnitten, der Produktionsprozeß selbst war sehr viel weiter weg, die Identifikation schwächer. Forderungen wie die nach Übernahme der Produktion entsprachen nicht mehr der materiellen Situation der Arbeiter. Das Kapitalverhältnis war ihnen näher auf den Leib gerückt, wurde sichtbar in Form der technischen Organisation der Produktion. Was verband sie jetzt noch mit dem Arbeitsprozeß? Neue Konfrontationslinien entstanden nun: Störungen des Produktionsflusses etwa gewannen eine größere Bedeutung als unter den alten Produktionsverfahren.

Worauf es uns zusammenfassend ankommt: eine "innere Geschichte" der Klasse zu entwickeln und aus ihrer Dynamik den Begriff sich entfalten zu lassen.

2. Klasse ist international zusammengesetzt.

Klassenkampf spielt sich nicht allein auf der Ebene der Fabrik ab. Das Kapital entwickelt vielmehr im Laufe seiner Geschichte übergreifende Mechanismen, um den Kampf um den Mehrwert für sich zu entscheiden.

Das Kapital weicht damit zunehmend den Auseinandersetzungen im Produktionsprozeß aus, versucht die Kämpfe dort durch das Setzen von Rahmenbedingungen außerhalb dieses unmittelbaren Kampfplatzes zu beeinflussen. Die Zusammensetzung der Klasse zu Beginn unseres Jahrhunderts läßt sich noch weitgehend in den jeweiligen nationalen Grenzen der kapitalistischen Gesellschaften verstehen. Seit dem II. Weltkrieg jedoch gibt es systematische Anstrengungen, den Klassenkampf international zu entscheiden. Sie stützen sich auf die Institutionen und Mittel, die im Anschluß an die Weltwirtschaftskrise 1929 erprobt wurden.

In den 70er Jahren spätestens springt die Internationalität der Klasse endgültig ins Auge. Es sind im Zusammenhang mit der Krise seit der Mitte des letzten Jahrzehnts Versuche sichtbar, die Klasse international neu zusammensetzen. Es liegt hier ein Wechsel der Perspektive vor, der uns zwingt, den Versuch, nationale Klassen als Bezugspunkt revolutionärer Politik zu denken, als völlig unangemessenen Zugang zu verabschieden.

Unangemessener Zugang heißt: Die Bedingungen, die die Klasse je vorfindet, sind heute auf einer Ebene bereits entschieden worden, die sich ihrem Zugriff unmittelbar entzieht; und: eine Perspektive, die sich im Entwurf bereits auf eine nationale Befreiung beschränkt, wo der Internationalismus vielleicht noch als Programmpunkt angehängt ist, die

Befreiung jedoch nicht internationalistisch formuliert ist - eine solche Perspektive hat heute keine Chance mehr.

Und glaube niemand, diese Zwänge gälten nur für Länder der Drei Kontinente (Nicaragua etwa); die Politiken der europäischen Metropolen hängen ebenso in diesem imperialistischen Netz. Erinnert sei hier an die Erfahrung der frühen Mitterand-Ära in Frankreich. Die - ohnehin zahnlosen - Versuche einer linkssozialdemokratischen Wirtschaftsreform sind nicht am Widerstand der Rechten in Frankreich zuschanden geworden, sondern mußten kläglich aufgegeben werden unter dem Sperrfeuer der internationalen Finanzinstitutionen, das das Mitterandregime auf die allgemeine Linie einer Austeritätspolitik zurückbrachte. Wir haben dazu keine zusammenhängende Theorie. Dennoch sind uns die Belege dafür, daß wir es heute internationalen Zusammensetzung der Klasse, und das in einem entscheidend neuen Sinn, zu tun haben, zwingend.

- Die imperialistische Strategie bindet längst auch andere Produktionsweisen an ihr weltweites Konzept an. Es wird sichtbar, daß Kapitalverwertung angewiesen ist auf die Erhaltung oder gar neuerliche Hervorbringung sog. nicht-kapitalistischer unterentwickelter Sektoren.
- Klassenkampf von oben heißt heute die Verflüssigung von Kapital; im Rahmen der sog. Neuen Internationalen Arbeitsteilung reagiert das Kapital ungeheuer schnell auf manifeste Widerstände der Klasse. Beispiel: Die Chip-Produktion von Control Data Corp. in Südkorea kam am massiven Widerstand der beschäftigten Frauen zum Erliegen. Der Multi ließ sich auf keine Verhandlungen mit ihnen ein; er verlagerte innerhalb weniger Monate die gesamte Produktion aus Südkorea nach Manila.
- Schon sprichwörtlich ist die Weltsozialpolitik, die über IWF und Weltbank allen Staaten aufgezwungen wird, die ihre internationale Verschuldung über diese Institutionen regeln. Über dieses Instrument wird weltweit eine nivellierte Sozial- und Wirtschaftspolitik durchgesetzt, die die Kampfstärke der Klasse empfindlich schwächt; und zugleich den Gegner an dieser Front des Klassenkampfes nur schwer angreifbar macht.
- Die Agromultis spielen einen entscheidenden Part in der Auflösung von Subsistenz-Produktionsweisen und in der Zurichtung agrarisch strukturierter Gesellschaften auf das imperialistische Weltssystem hin.
- Die weltweite Krise ist zum bevorzugten Steuerungsinstrument im Klassenkampf von oben geworden. Über sie wurden seit der Mitte der 70er Jahre die Reallöhne gesenkt; die Arbeitsverhältnisse weltweit flexibilisiert; die Errungenschaften der kämpfenden Klasse zunichte gemacht.

All dies zusammengenommen bedeutet in der Konsequenz eine Angleichung der Kampfbedingungen weltweit - und über die Schwächung der Klasse hinaus eröffnet sich die Möglichkeit, an eine Homogenisierung der Kämpfe zumindestens zu denken.

Akzeptieren wir diese Gesamtbeschreibung, können wir uns der Klasse auch hier nur noch auf dem Hintergrund des Wissens um dieses "Weltproletariat" nähern.

3. Kämpfende Klasse ist Klasse im Übergang

Die These, die wir hier entwickeln wollen, liegt quer zur marxistischen Dogmatik. Sie hat für die Strategiebildung eine ganz entscheidende Bedeutung.

Die Klassenkämpfe, die die größte soziale Kraft entfesseln und die das Kapital am radikalsten verneinen, werden von den Teilen der Klasse getragen, die dem Kapital noch nicht in allen Bereichen der Reproduktion reell subsumiert sind. Das soll erläutert werden.

Dazu als erstes: Was bedeutet formelle Subsumtion der Klasse unters Kapital, was reelle? Formell subsumiert ist die Klasse, wenn das Kapital das Kommando über ihre Reproduktion übernommen hat; von reeller Subsumtion ist die Rede, wenn die Reproduktion selbst in ihren einzelnen Teilen kapitalistisch bestimmt ist. Also Leute, die einen winzigen Pachthof, der sie nicht ernährt, haben und einmal im Jahr für paar Monate Saisonarbeit auf einer Farm eines Agromultis verrichten, sind formell subsumiert. Ihre Reproduktion geschieht innerhalb ihrer bäuerlichen Familie, zu einem wesentlichen Teil zumindest.

Ein Malocher in einer Automobilfabrik, der eine Kleinfamilie hat; im Supermarkt einkauft; in einer Werksiedlung wohnt; dessen Kinder zur staatlichen Schule gehen, in der ihnen das herrschende Wertesystem beigebracht wird usw. ist reell subsumiert.

Im ersten Fall gibt es ein Geflecht von ökonomischen und sozialen Beziehungen, das nicht kapitalistisch strukturiert ist. Entsteht nun eine Konfrontation mit dem Kapital, entwickelt diese "moralische Ökonomie" eine außerordentliche Widerständigkeit. Die Penetration mit dem Kapital bedroht die hergebrachte Existenzweise. Daraus entsteht eine Kompromißlosigkeit, die in Konfrontationen mit Teilen der reell subsumierten Klasse nicht auftaucht. Deren Lebenssituation nämlich ist durch das Kapital, das sie bekämpft, auch gleichzeitig vermittelt, so daß eine Zerstörung des Kapitals gleichzeitig eine Zerstörung der eigenen Reproduktionsbasis bedeutet.

Es sind heute vor allem die Mobilisierten in den Drei Kontinenten (d.h. die aus ihren Produktions- und Lebensweisen rausgeworfenen, aber nicht dem modernen Sektor einverleibten Menschen), die zu dem ersten Typus gehören. Sie machen heute den größten Teil der internationalen Klasse aus.

Auf zwei Einwände gegen diese Darstellung der Klasse sei hier noch eingegangen.

1. Sind die Kämpfe, die sich aus vorkapitalistischen Produktionsweisen speisen nicht reaktionär?
2. Handelt es sich nicht um Schichten von Ausgebeuteten, die historisch irgendwann verschwinden müssen - dann nämlich, wenn diese Klasse im Übergang endgültig zu Lohnarbeitern geworden sind?

Diese Fragen werden uns hoffentlich während unserer Arbeit beschäftigen. Wir meinen, daß wir dazu kommen sollten, den Begriff von Fortschritt, der in den Einwänden steckt, hinter uns zu lassen:

Die Mobilisierten von denen die Rede war, sind nicht aufgrund ihrer Klassenlage (nämlich weil sie aus agrarischen Verhältnissen stammen) reaktionär. Die Erinnerung an die vergehenden Produktionsweisen macht ihre Position im Kampf stark, weil sie eine andere Realität als die des Kapitals kennen oder zumindest als Erinnerung wahren. Zudem ist es so, daß der Rückweg zu feudalen oder agrarischen Produktionsweisen, wenn sie einmal mobilisiert in den Städten oder auf Agromulti-Farmen leben, versperrt ist.

Im übrigen spricht einiges dagegen, die beschriebenen Teile der Klasse als untergehend zu begreifen: Es ist keinesweg so, daß es eine allgemeine Tendenz zur Lohnarbeit gibt. Im Gegenteil, das internationale Kapital schafft immer aufs neue ein Geflecht von Produktionsweisen, die ineinander greifen.